

Deutschland-Journal

SWG

2018

**„Wir haben im Moment ... eine
Herrschaft des Unrechts.“**

Horst Seehofer



swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.

Deutschland-Journal

„Wir haben im Moment ...
eine Herrschaft des Unrechts.“

Horst Seehofer

Zum Titelbild:

Giovanni Domenico Tiepolo (Venedig 1727-1804)

Die Prozession des Trojanischen Pferdes nach Troja (ca. 1760)

Ein Schelm, wer darin auch so manche
blinde Begeisterung von Zeitgenossen sehen will.

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 96
ISSN 0944-324X ISBN 3-88527-121-4
Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2018 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /
Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Stv. Vors.

Beirat: Wilhelm v. Gottberg MdB, Pater Lothar Groppe SJ,
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Hans-Joachim von Leesen,
Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400
geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de
www.swg-hamburg.de

Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

„Wir haben im Moment ... eine Herrschaft des Unrechts.“

Horst Seehofer

Inhalt

Manfred Backerra	Vorwort zur Lage	5
Bernd Kallina	„Linksradikale Kräfte in der SPD“	7
Willy Wimmer	„Unsere Elite missachtet die Verfassung“	17
Reinhard Uhle-Wettler	Der programmierte Deutsche	29
Felix Dirsch	„Mythos 1968“: Der missglückte Umgang mit Freiheitserfahrungen	37
Gerd Schultze-Rhonhof	Der UN-Welt-Pakt über „Sichere, Geordnete und Reguläre Migration“ -	71
Günther Strauß	„Massenmigration ist Völkermord“	83
Florian Josef Hoffmann	Dreistigkeit siegt	85
Heidrun Christine Schüler	Arminius und die Niederlage des Varus	89
Buchbesprechungen		
Dirk Bavendamm	„Amerikas Griff nach der Weltmacht“ (Rezension von Manfred Backerra)	105
Willy Wimmer	„Deutschland im Umbruch“ (Rezension von Manfred Backerra)	111
H. Mitterer	Bevölkerungsaustausch in Europas Mitte: Wege zum Gegen-Steuern	115
Rolf-Peter Sieferle	„Das Migrationsproblem“ (Rezension von Reinhard Uhle-Wettler)	119
Siegfried Lautsch	„Grundzüge des operativen Denkens in der NATO“ (Rezension von Hans-Christian Beck)	123
Die Referenten der SWG		127
SWG-Veranstaltungen		135

swg

Deutschland-Abo

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Prämie für 28 Euro

Bestellen Sie auf: jf.de/deutschland-abo

Wählen Sie
Ihre Prämie

A



Deutschland von oben
im Wert von 9,99 Euro

B



Aufgespießt
JF-Karikaturen in einem Band
im Wert von 14,90 Euro



Lesen, was Sache ist.

Vorwort zur Lage

Der russische Lyriker Fjodor Tjutschew¹ (1803-73) sagte 1866: *Mit dem Verstand ist Rußland nicht zu begreifen, mit normalem Maßstab nicht zu messen. Es hat ein eigenes Sein – an Rußland kann man nur glauben.*

Gut 150 Jahre später drängt sich der Eindruck auf, daß dieses Wort leider auch das heutige Deutschland kennzeichnet.

Deutschland verdankt sein Wohl und seine Bedeutung weitestgehend seiner Wirtschaftskraft. Deren Basis sind äußere und innere Sicherheit, eine gut funktionierende, starke Rechtsordnung und Rechtssicherheit, ein leistungsstarkes Bildungs- und Ausbildungssystem, sozialer Frieden und nicht zuletzt leistungswillige und –fähige Menschen, welche in Praxis immer noch die Tugenden leben, die unser Land einmal groß gemacht haben.

Wie kann man verstehen, daß dieses Land sich einer politisch-medialen Funktions“elite“ unterwirft, die per saldo diese Basis in wesentlichen Bereichen angreift, schwächt oder zunichte macht – und das in einem schon jahrzehntelangen Prozeß?

Trotz starker Wirtschaft können, seit der „shareholder value“ die Soziale Marktwirtschaft verdrängt hat, sehr viele Menschen nicht mehr von ihrem Arbeitseinkommen leben und sind auf soziale Unterstützung angewiesen. Doch der Staat läßt Millionen Kulturfremder in die Sozialsysteme einwandern, obschon mit viel weniger Geld zigfach mehr Menschen in den Gebieten ihrer Herkunft geholfen werden könnte, und der Innenminister „die Migrationsfrage“ als „die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land“ benennt.

Derselbe geißelte als Ministerpräsident den offenkundigen Rechtsbruch der Grenzöffnung mit den Worten: „Wir haben im Moment



1 Slawophiler, feinfühlicher Nachdichter von Goethe, Schiller und Heine, viele Jahre Beamter der russischen Gesandtschaft in München und kurz Gesandter in Turin, später Vorsitzender der Zensurbehörde für ausländische Literatur. Sein Wort im Original: Умом Россию не понять, Аршином общим не измерить: У ней особенная стать — В Россию можно только верить.

keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“

Doch weder Kabinett, noch Parlament, noch Verfassungsgericht sind eingeschritten.

Zur Unterstützung ihrer Politik verwendet die Regierung Informationen, die amtlich als falsch festgestellt worden sind.

Die etablierte Politik fördert anarchistische Gruppierungen und läßt sie als Schlägertruppe gegen abweichende politische Bestrebungen wirken.

Ausgerechnet eine auf das soziale Wohl des Volkes ausgerichtete Partei verlangt vehement den Familiennachzug für nur zeitweilig geduldete Einwanderer – zum Schaden des Sozialsystems und der inneren Sicherheit.

Im immer noch solidesten Bundesland Bayern, mehr noch in Hessen, wählt fast ein Fünftel der Wähler eine Partei, deren Protagonisten, offen erklärt, Deutschland zu einem Multikulti-Gebiet machen wollen.

Diese Beispiele mögen genügen, um festzustellen, daß für Menschen, denen Deutschland am Herzen liegt, und die wissen, was (noch) unseren momentanen Wohlstand begründet, Deutschland nicht mehr zu begreifen ist.

„Da hilft nur noch beten“, mögen Gläubige sagen. Doch wer noch an Deutschland glaubt, sagt: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ und übt mit allen legitimen Mitteln Widerstand gemäß Artikel 20,4 des Grundgesetzes, indem er/sie für eine Politik im Geiste des Grundgesetzes eintritt. Das tun in Deutschland viele, aber immer noch zu wenige.

Seien wir dabei, und tun wir alles uns Mögliche, diese Bestrebungen wirksam zu machen!

Manfred Backerra

„Linksradikale Kräfte in der SPD“

Warum Deutschlands Geheimdienstchef Hans-Georg Maaßen entlassen wurde

Von Bernd Kallina

Hans-Georg Maaßen, der Chef des deutschen Inlandgeheimdienstes, wurde von Innenminister Horst Seehofer (CSU) am 5. November 2018 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Das ist das Ergebnis eines wochenlangen Konflikts um die Deutung der Demonstrationsereignisse in Chemnitz, der sich unmittelbar nach der Tötung eines Deutschen durch Migrantengewalt ergab.

Zunächst sollte Maaßen mit Seehofers Unterstützung Staatssekretär und später Sonderbeauftragter für Sicherheitsfragen im Innenministerium werden. Der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gegen ihn brachte, war dann eine Abschiedsrede des scheidenden Verfassungsschutz-Präsidenten vor den Chefs der europäischen Inlandsgeheimdienste in Warschau. In ihr sprach Maaßen von „linksradikalen Kräften in der SPD“ und bezeichnete die deutsche Ausländer- und Sicherheitspolitik als „idealistisch, naiv und links“. Auch hielt er an seiner Deutung von „Chemnitz“ fest, wobei er wahrheitsgetreu die von Linksextremisten verbreitete und von Leitmedien sowie der Bundeskanzlerin Angela Merkel übernommene Falschbehauptung zurückwies, dass es in der sächsischen Stadt zu „Hetzjagden gegen Ausländer“, gar zu „Pogromen“ gekommen sei. Diese mutige Positionierung glich nicht nur einer „Majestätsbeleidigung“ gegenüber der Kanzlerin, sondern verstieß auch gegen die Quasi-Staatsideologie der „antifaschistischen Berliner Republik“ mit ihrer Feindfixierung gegen „Rechts“.

Die Liste von Fehlleistungen und Skandalen deutscher Sicherheitsbehörden seit Gründung der Bundesrepublik ist gewiss lang und variantenreich, was auch mit ihren besatzungsgeschichtlichen Ursprüngen zusammenhängt. Erinnerung sei nur an den ersten Präsidenten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, der zu Hochzeiten des Kalten Krieges (1954) plötzlich unter mysteriösen Umständen beim „Klassenfeind“ in Ost-Berlin auftauchte.

V-Leute-Praxis:

Giftige „Beweise“ gegen missliebige Partei

„Auf einmal kommt heraus, dass sogar gewählte NPD-Funktionäre V-Leute waren. Da kommt schnell der Verdacht auf, dass der Verfassungsschutz diesen Leuten gesagt hat, wie sie zu agieren haben...“

Ich kann nur sagen, was ich selbst erfahren habe: Es gab NPD-Kundgebungen, da soll die Hälfte der Teilnehmer aus V-Leuten bestanden haben. Sie haben angeblich auch verfassungsfeindliche Symbole in Umlauf gebracht, um sie anschließen wieder einzusammeln und als Beweise zu verwenden.“

Dieter Berberich, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft von Baden-Württemberg, in: „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 16/17. Februar 2002.

Oder an das erste gescheiterte NPD-Verbotsverfahren zu Beginn der 2000er Jahre, als das höchste deutsche Gericht die Eröffnung des Verfahrens deswegen ablehnte, weil eine Überfülle von so genanntem „Belastungsmaterial“ gegen die NPD offenbar gar nicht von der Partei selbst stammte, sondern von aus Steuergeldern bezahlten V-Leuten der Verfassungsschutzämter (siehe Kasten Zeuge: Dieter Berberich).

Vom NSU-Skandal ganz zu schweigen, bei dem die hintergründigen Verwicklungen eigener und/oder fremder Geheimdienste immer noch auf eine umfassende Aufklärung warten. Es könnte jedoch eine Art „Warten auf Godot“ werden, denn zentrale NSU-Akten sind für die nächsten 120 Jahre gesperrt, so z.B. in Hessen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Doch die jüngsten Turbulenzen um die Ablösung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, stellen einen ganz anderen Fall dar. Der Skandal liegt dieses Mal nämlich nicht beim Amtschef und seiner Behörde, vielmehr hat er mit den katastrophalen Folgen von strategischen Fehlentscheidungen im Kanzleramt der (noch) führenden CDU-Politikerin Angela Merkel zu tun, die nicht nur die Bevölkerung, sondern auch alle Sicherheitskräfte auszubaden haben. Gemeint ist die von der Kanzlerin befeuerte illegale

Masseneinwanderung von Millionen so genannter „Flüchtlinge“ seit September 2015, die nach einer Aussage des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer tatsächlich zu einer „Herrschaft des Unrechts“ in Deutschland geführt hat.

Sloterdijks Alternative: „Abwehr an der Grenze“

Dabei hätte es durchaus robuste Alternativen gegeben: Anstatt z.B. auf den staatspolitischen Rat des renommierten Philosophen Peter Sloterdijk – seit Jahrzehnten zuverlässig politisch „links“ verortet - zu hören, der nur wenige Wochen vor Merkels Grenzöffnung in einer DLF-Sendung anmahnte, „dass eine allzu attraktive Nation ein Abwehrsystem aufzurichten habe, zu dessen Konstruktion eine wohltemperierte Grausamkeit vonnöten sei“ („Zeitzeugen im Gespräch“, Deutschlandfunk, 30. Juli 2015), entschied sich die deutsche Kanzlerin lieber für eine importierte Kriminalitäts-Grausamkeit, statt zur „Abwehr an der Grenze“. Die Folgen sind bekannt, hat sich doch seither Migrantengewalt über das ganze Land verbreitet – auffällig angefangen mit der Kölner Silvesternacht 2015/16 bis hin zu Chemnitz, Köthen oder Köln in diesen Tagen. Hinzu kommt, dass von einer Beruhigung der angespannten Lage überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die Unruhe in der Bevölkerung nimmt angesichts einer regierungsamtlich verordneten Fremdeninvasion täglich zu, weil sie, empirisch eindeutig belegt, von der Bevölkerung-Mehrheit ganz klar abgelehnt wird. Merkels Durchhalteparole zum Auftakt der euphorischen Willkommenskultur „Wir schaffen das!“ ist inzwischen zur tragischen Phrase verkommen.

Maßen, Jurist und ein in Fachkreisen hoch geschätzter Experte auf seinem Gebiet, seit 2012 Chef des bundesdeutschen Verfassungsschutzes, promovierte zum Dr. jur. mit einer 1997 erschienenen Arbeit zum Thema: „Die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht“. Er fungiert insofern beim Sicherheitsthema Nr. 1 mit doppelter Kompetenz: Einmal als Geheimdienstexperte und zusätzlich als Fachmann zu Fragen von Migration und Asylrecht. Er entwickelte sich rasch zum Gegner der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel, die mit ihrer Grenzöffnungs-Agenda ihr Land in die größte Krise seit Bestehen der Republik brachte. Ihre flapsigen Bemerkungen zum an-

gerichteten Schaden, wie „Jetzt sind sie (die „Flüchtlinge“) halt da!“ oder „Ich wüsste nicht, was ich hätte anders machen sollen“, steigerten den Vertrauensverlust zwischen Regierung und Bevölkerung enorm. Außerdem passierte infolge dieser gravierenden Negativentwicklung das „Vorhersehbarste“, das in einer Demokratie passieren kann: Die Wahlbevölkerung entscheidet sich in immer größerem Umfang jenseits der etablierten Altparteien. Dass ausgerechnet dieser Vorgang selbsternannte Demokratie-Wächter aus dem Häuschen bringt, sagt mehr über die seltsamen „Wächter“ aus, als über das Volk, das sein Wahlrecht nicht, wie geunkelt wird, „missbraucht“, sondern „gebraucht“ und zu Alternativen wechselt.

Händeringend preschten auch Teile des Sicherheitsapparates nach vorne: Schon kurz nach den folgenschweren Ereignissen im Herbst 2015 wurden der Öffentlichkeit Geheimpapiere zugespielt, in denen ganz klar die Problematik der illegalen Grenzöffnung für alle verdeutlicht wurde, O-Ton-Auszug:

„...Der hohe Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen wird zu Instabilität unseres Landes führen....Wir produzieren durch diese Zuwanderung Extremisten, die bürgerliche Mitte radikalisiert sich, weil sie diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will und ihr dies von der politischen Elite aufgezwungen wird...Wir werden eine Abkehr vieler Menschen vom Verfassungsstaat erleben...“

Überhörte Alarmsignale: Die Dienste arbeiten mit „der Faust in der Tasche“

Dass gerade aus den Diensten solche Warnungen kamen, überrascht nicht, haben deren Mitarbeiter doch im täglichen Procedere mit den Konsequenzen anhaltender Fehlentscheidungen der Politik unmittelbar zu tun. Nicht umsonst teilt in diesen Tagen der Ex-BND-Chef, Gerhard Schindler, über die Bild-Zeitung einem Millionenpublikum mit: „Sicherheitsbehörden arbeiten mit der ‚Faust in der Tasche‘ – Woher die zunehmende Entfremdung zwischen Sicherheitsbehörden und Politik rührt, ist klar:

- Der Umgang mit der Flüchtlingskrise sorgt für immer größeren Unmut unter Beamten:
- Bereits Mitte 2014 (ein Jahr vor dem Höhepunkt der Flüchtlings-

Maaßen an Seehofer: Hetzjagden hat es in Chemnitz nicht gegeben.

„Hetzjagden“ oder Menschenjagden auf Ausländer hatte es in Chemnitz am 26. August 2018 nach den Erklärungen der zuständigen Stellen nicht gegeben. Gegenteilige (Medien-) Berichte sind demnach anzuzweifeln.

Das von Antifa-Zeckenbiss verbreitete Video belegt nicht, dass „Hetzjagden“ in Chemnitz stattfanden. Das 19-sekündige Video zeigt lediglich, dass – vermutlich auf der Bahnhofsstraße in Chemnitz – eine Person von anderen Personen über etwa fünf bis sieben Meter verfolgt wird. Das Video dokumentiert selbst keine Szenerie einer Menschenjagd und schon gar nicht von Menschenjagden und „Hetzjagden“. Aus dem Video wird nicht erkennbar, warum die dort zu sehende Person verfolgt wurde (handelte es sich z.B. um die Verfolgung im Rahmen einer vorangegangenen Auseinandersetzung?), wann das Video aufgenommen wurde und wer wem kurzfristig nachstellte.

Erst durch die von Antifa-Zeckenbiss verwendete Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ wird suggeriert, das Video zeige authentisch „Menschenjagd in Chemnitz“ am 26. August 2018, was nicht der Fall ist.“

Auszüge des Berichts von Hans-Georg Maaßen an den deutschen Innenminister Horst Seehofer

- krise) warnte Bundespolizeichef Dieter Romann vor Schleuserbanden („Tendenz steigend“) und Massenzuwanderung nach Europa. Deutschland werde ‚Hauptzielland Nummer eins‘. Die Bundesregierung müsse dringend handeln („Das wirft Systemfragen auf“).
- Am 13. September 2015, als 21 Hundertschaften der Bundespolizei bereitstanden, um alle Übergänge zwischen Österreich und Bayern zu schließen, traf die Kanzlerin die folgenschwerste Entscheidung gegen die Empfehlung ihrer Sicherheitsbehörden – und ließ die Grenzen öffnen.“ (Bild, 18.09.2018).

In diese unerquickliche Gesamtlage platzten dann die Ereignisse von Chemnitz im August, wo nach der Tötung eines 35-jährigen Deutschen durch Migrantengewalt Tausende besorgter Bürger auf die Straße gingen, um trauernd für das Opfer zu demonstrieren und gleichzeitig auf eine überbordende Ausländerkriminalität aufmerksam zu machen, die ursächlich mit der illegalen Masseneinwanderung zu tun hat. Unter der Mehrzahl von friedlichen Demonstranten befanden sich auch Rechtsextremisten. Darunter einige, die provokatorisch den Hitlergruß zeigten und – erwartungsgemäß – die Berichterstattung dominierten. Solche Vorlagen zur Ausgrenzung von Multikulti-Skeptikern lassen sich die rot-grün geprägten Leitmedien nicht entgehen. Heribert Prantl, Chefkomentator der „Süddeutschen Zeitung“, brachte seine Sicht der Dinge auf den Punkt einer klassischen Antifa-Propagandaformel: „Offenbar haben sich in Chemnitz unter der erhobenen Hand des Hitlergrußes AfD und Ultrarechte verbrüdet“ (SZ vom 9. September 2018).

Linkes Angriffsmuster: „Rassismus nach innen“

Aus diesen Abläufen wird deutlich: Kommt es zu Migrantenkriminalität gegen Deutsche, z.B. in Form von Messerattacken, Vergewaltigungen oder Tötungsdelikten, entwickelt sich ein typisches Konfrontationsmuster: Sofort bilden sich anti-rassistische Bündnisse gegen Rechts, in der Regel unter Einschluss und Führung von Linksextremisten und deren Bündnisgruppen, die sich inzwischen aus Vertretern der Altparteien, Gewerkschaften sowie Kirchen und anderen „fortschrittlichen Kräften“ zusammensetzen. Deren von Leitmedien breit unterstützten Protestaktivitäten richten sich aber nicht gegen die kriminellen Täter, das würde ja das hehre Zukunftsbild einer bunten Regenbogen-Gesellschaft nur stören, sondern sie thematisieren einen angeblichen Rassismus der einheimischen Bevölkerung, vor allem wenn aus deren Reihen es zu Trauer- und Protestkundgebungen kommt. Eine geradezu absurde Täter-Opfer-Umkehr kennzeichnet dieses Muster. Ihm liegt eine ideologische Orientierung zugrunde, die mit aggressiven Impulsen ein „Rassismus nach innen“ praktiziert, in der nur Deutsche als „Täter“ infrage kommen können.

Als besonders wirksames Propagandamittel spielte dabei in Chemnitz ein von der Antifa-Gruppe „Zeckenbiss“ verbreitetes Wackelvideo,

das als angeblicher Beweis für Hetzjagden und Pogrome in der sächsischen Stadt benutzt wurde und in Endlosschleifen bei ARD und ZDF wiederholt wurde. Faktisch war auf dem Clip nichts zu sehen, was den weltweit verbreiteten Vorwurf einer „Hetzjagd“ begründen könnte. So das einhellige Urteil aller Sicherheitsorgane und auch von Teilen der Lokalpresse vor Ort. Genauso sah es der oberste Verfassungsschützer der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Georg Maaßen, zu dessen dienstlichen Aufgaben auch die Aufklärung über „Des-Information“ gehört. Als er dies zunächst intern gegenüber Innenminister Seehofer (siehe Kasten) äußerte und später öffentlich machte, brach ein Entzündungs-Tsunami über ihn herein mit den bekannten Folgen. Zu den Kuriosa dieser an Hysterie grenzenden öffentlichen Dauer-Erregung gehört auch die Stellungnahme einer Ausnahme-Erscheinung in Person des Oberbürgermeisters von Tübingen, Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen). Wem sei mehr zu trauen, fragte er. Einer verdeckt operierenden linksradikalen Webseite namens „Zeckenbiss“ oder einem Beamten, der seit sechs Jahren den Inlandsnachrichtendienst leitet?

Dieser Beitrag erschien zunächst in einer Sonderbroschüre des Wiener Wochenmagazins „Zur Zeit“ Ende November 2018. Bezugsadresse: verlag@zurzeit.at; Tel.: 0043-1-712 10 57; Internet: www.ZurZeit.at; Gratis Probeabo: www.ZurZeit.at/GGratis-Abo.

Wir dokumentieren Maaßens Redemanuskript im Wortlaut. Gehalten in Warschau am 18. Oktober 2018:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich heute aus diesem Kreis nach über sechsjähriger Zugehörigkeit von Ihnen verabschieden. Manche Abschiede sind geplant, z. B. wenn der Arbeitsvertrag befristet oder wenn eine bestimmte Altersgrenze erreicht ist, wie bei unserem Freund Rob, andere Abschiede sind nicht geplant und etwas überraschend, wie bei mir.

Die Vorsitzenden der drei Parteien, die die Bundesregierung in Deutschland bilden, Frau Merkel, CDU, Herr Seehofer, CSU, und Frau Nahles, SPD, hatten am 23. September beschlossen,



Unionsministerium des Innern/Sandy Thieme, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=20489853>

dass ich als Präsident des Bundesverfassungsschutzes abgelöst werden soll. Damit ist eine Regierungskrise in Deutschland beendet worden. Die SPD hatte mit einem Bruch der Koalition gedroht, wenn ich weiter im Amt bleiben würde.

Hintergrund der Regierungskrise war die Tatsache, dass ich am 7. September gegenüber der größten deutschen Tageszeitung „Bild-Zeitung“ die Richtigkeit der von Medien und Politikern verbreiteten Berichte über rechtsextremistische „Hetzjagden“ bzw. Pogrome in Chemnitz in Zweifel gezogen hatte.

Am 26. August 2018 war ein Deutscher von Asylbewerbern in Chemnitz getötet worden. Am gleichen Tage gab

es Demonstrationen in Chemnitz gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von normalen Bürgern aber auch von Rechtsextremisten. Dabei kam es vereinzelt zu Straftaten.

Am folgenden Tag und an den darauffolgenden Tagen stand nicht das Tötungsdelikt im politischen und medialen Interesse, sondern rechtsextremistische „Hetzjagden gegen Ausländer“. Diese „Hetzjagden“ hatten nach Erkenntnissen der lokalen Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Lokalpresse, des Ministerpräsidenten des Landes und meiner Mitarbeiter nicht stattgefunden. Sie waren frei erfunden.

Ich habe bereits viel an deutscher Medienmanipulation und russischer Desinformation erlebt. Dass aber Politiker und Medien „Hetzjagden“ frei erfinden oder zumindest ungeprüft diese Falschinformation verbreiten, war für mich eine neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland. Ich hatte mich in der darauffolgenden Woche gegenüber der „Bild-Zeitung“ in nur vier Sätzen dazu geäußert, indem ich klarstellte, dass es nach Erkennt-

nissen aller zuständigen Sicherheitsbehörden keine derartigen rechtsextremistischen „Hetzjagden“ gab.

Gegenüber den zuständigen Parlamentsausschüssen stellte ich in der folgenden Woche klar, dass ein Kampf gegen Rechtsextremismus es nicht rechtfertigt, rechtsextremistische Straftaten zu erfinden. Die Medien sowie grüne und linke Politiker, die sich durch mich bei ihrer Falschberichterstattung ertappt fühlten, forderten daraufhin meine Entlassung. Aus meiner Sicht war dies für linksradikale Kräfte in der SPD, die von vorneherein dagegen waren, eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, der willkommene Anlass, um einen Bruch dieser Regierungskoalition zu provozieren. Da ich in Deutschland als Kritiker einer idealistischen, naiven und linken Ausländer- und Sicherheitspolitik bekannt bin, war dies für meine politischen Gegner und für einige Medien auch ein Anlass, um mich aus meinem Amt zu drängen.

Aufgrund des schon erwähnten Beschlusses der drei Parteivorsitzenden werde ich mein Amt aufgeben, sobald ein Nachfolger bestimmt ist. Dies wird voraussichtlich in den nächsten Wochen der Fall sein. Bundesinnenminister Seehofer, der mich und meine Position in dieser politischen Auseinandersetzung sehr unterstützte und dafür selbst viel Kritik von den Medien erfuhr, möchte mich als seinen Berater bei sich behalten. Ob und unter welchen Bedingungen dies stattfinden soll, wird im Einzelnen in den nächsten Wochen geklärt werden müssen.

Jedenfalls kann ich mir auch ein Leben außerhalb des Staatsdienstes zum Beispiel in der Politik oder in der Wirtschaft vorstellen. Ich hätte nie gedacht, dass die Angst vor mir und vor der Wahrheit Teile der Politik und Medien in solche Panik und Hysterie versetzt, dass vier Sätze von mir ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es fällt mir schwer, mich nach sechs Jahren von Ihnen zu verabschieden. Ich habe diesem Kreis sehr gerne angehört und habe in allen Sitzungen und bei allen Gesprächen ein hohes Maß an Kollegialität und an Solidarität festgestellt. Ich habe festgestellt, dass wir die gleichen Ziele haben, die gleichen Werte teilen und

gegen die gleichen Gegner von Freiheit und Demokratie kämpfen. Ich bin der Auffassung, dass wir in den letzten sechs Jahren viel erreicht haben.

Viel auch für die Sicherheit meines Landes. Ich habe in den letzten Jahren viel Unterstützung von Ihnen erfahren bei der Lösung unserer nationalen Sicherheitsprobleme und ich habe mich immer bemüht, Sie auch bei Ihrer Arbeit zu unterstützen, damit Ihre Länder und Europa sicherer werden. Ich möchte Ihnen für all das danken. Danken möchte ich Ihnen auch für die vielen persönlichen und freundschaftlichen Momente, die ich erfahren durfte. Ich würde mich sehr freuen, auch nach dieser Zeit mit manch einem von Ihnen persönlich und privat in Kontakt bleiben zu können.

Zuletzt möchte ich die Bitte äußern, dass Sie mit meinem Nachfolger die Zusammenarbeit in gleich intensiver Weise partnerschaftlich fortsetzen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Wladislaw Podkowsinski: La Folie/Der Irrsinn (1894) Wikipedia

Willy Wimmer
**„Unsere Elite
missachtet die Verfassung!“**

**Die Aufgabe nationaler Kompetenzen durch die
Bundesregierung**

Er war 33 Jahre lang Abgeordneter im Deutschen Bundestag und bekleidete hohe und einflussreiche Ämter. Die Rede ist von Willy Wimmer. Man erlebte ihn als Verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und als Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE.



Aufsehen erregte seine 1989 mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl abgesprochene Entscheidung, aus der NATO-Übung Wintex/Cimex auszusteigen, in der Wimmer als „Verteidigungsminister (üb)“ teilnahm. Seitens der Übungsleitung war nämlich ein Atomwaffeneinsatz auf Dresden und Potsdam vorgesehen, den er nicht mittragen wollte. Als Spezialist für außen- und sicherheitspolitische Fragen ist der 1943 in Mönchengladbach geborene CDU-Spitzenpolitiker bis heute ein gefragter Interviewpartner nationaler und internationaler Medien. Kürzlich veröffentlichte er im Zeitgeist-Verlag das Buch „Deutschland im Umbruch – Vom Diskurs zum Konkurs – Eine Republik wird abgewickelt“. Mit Willy Wimmer sprach Bernd Kallina in Bonn.

Beginnen wir mit einem damals Aufsehen erregenden Vorgang, der Sie in gewisser Weise „berühmt“ gemacht hat, und der in die Endphase des Ost-West-Konflikts zu Zeiten des Kalten Krieges fiel. Sie fungierten 1989 bei der NATO-Übung Wintex/Cimex als Verteidigungsminister (üb = übungshalber) und brachen überraschend, nach Rücksprache mit Bundeskanzler Kohl, die Bundeswehr-Teilnahme ab. Weshalb?

Sie werden in das Tor der Hölle gestoßen, wenn Sie ein groß angelegtes NATO-Manöver als übender Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten haben. D.h. nämlich nichts anderes, als dass Sie dabei konventionell und nuklear in Deutschland und Europa Krieg zu führen haben. Das muss gar nicht erkennbare Wirklichkeit sein, es reicht völlig aus, wenn Sie zu Beginn des Manövergeschehens folgendes feststellen: Schon allein die vor jedem kriegerischen Groß-Konflikt zwangsläufig entstehenden Flucht- und Migrationsbewegungen bedeuten das Ende unserer Gesellschaften, von den Schlachten auf den Gefechtsfeldern, die in dicht besiedelten Gebieten stattfinden, einmal ganz abgesehen. Also, wer unter diesen Umständen auch nur im Entferntesten ernsthaft daran denkt, konventionell oder nuklear in Europa Krieg zu führen, der gehört in die Irrenanstalt und dort für immer weggesperrt. In einem solchen Manövergeschehen tauchte die drängende Frage auf: Was sind eigentlich unsere deutschen Interessen?

Als die Manöverleitung der NATO von mir verlangte nuklearen Angriffen auf Ziele in Dresden und Potsdam zuzustimmen, habe ich Bundeskanzler Kohl sofort darüber in Kenntnis gesetzt und ihm gleichzeitig gesagt, dass ich diese Übung nicht weitermachen würde. Daraufhin ist Kohl umgehend aus Wintex/Cimex ausgestiegen. Wir haben die letzten drei Tage dieser simulierten Kriegsveranstaltung dann nur noch mit weißem Rauch aus dem Kamin mitgemacht. Und das hat natürlich, wie ich später erfuhr, auf der Seite der NVA und des Warschauer Pakts Nachdenklichkeit hervorgerufen. Aus deren Sicht der Dinge kam man zur Auffassung, dass damit zum ersten Mal in der Geschichte der NATO und ihrer großen Manöver deutsche Interessen im Zusammenhang mit den Übungsszenarien deutlich artikuliert worden sind. Mich beschäftigte vor allem damals und auch heute noch die Frage, warum deutsche Offiziere dieses Übungsgeschehen bereits zwei Jahre vor dem Manöverbeginn so formuliert haben, dass es zu diesen Nuklearwaffen-Angriffen auf wichtigste deutsche Städte und überhaupt auf Deutschland kommen konnte. Da hätte ich mir von unserer Generalität doch ganz andere Optionen vorstellen können – und gewünscht!

Außenpolitisches Ziel der USA seit 1871:

Keine Kooperation zwischen Russland und Deutschland

„Nach Aussage des langjährigen Chefs der amerikanischen Denkfabrik ‚Stratfor‘, Georg Frieman, haben die Vereinigten Staaten seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 alles, aber auch alles unternommen, eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland zu hintertreiben.“

(aus Willy Wimmer in: „Deutschland im Umbruch“)

Funktion der Nuklear-Waffen in Deutschland

Hätte denn die Bundesregierung im Kriegsfall eine wirksame Verhinderungsoption gegen den Einsatz nuklearer Kampfmittel im geteilten Deutschland gehabt?

Das ist eine sowohl praktische als auch theoretische Frage. Praktisch ist die Frage deshalb, weil man sich darüber im Klaren sein muss, welche Aufgaben die in Deutschland stationierten Nuklearwaffen haben.

Und: Welche Funktion haben sie, Herr Wimmer?

Vor dem Hintergrund meines Wissens gehe ich davon aus, dass deren Funktion im unmittelbaren Schutz der amerikanischen Verbände auf deutschen Territorien zukommt. An etwas anderes sollte man in Deutschland nicht denken!

Auch heute noch, Jahrzehnte lang nach dem Ende des Ost-West-Konflikts?

Ich glaube nicht, dass sich der Einsatzcharakter für dieses in Deutschland vorhandene Atomwaffenarsenal substantiell verändert hätte.

Herr Wimmer, von Charles de Gaulles stammt der viel zitierte Satz, dass Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen haben. Nach der Wiedervereinigung wurde z.B. die deutsche Bundeswehr bis zur

Unkenntlichkeit heruntergefahren, weil wir doch „nur noch von Freunden umgeben“ seien. War das ein Irrtum?

Nein, dass wir zu Beginn der 1990er Jahre in Europa von „Freunden“ umgeben waren, das war überhaupt kein Irrtum, sondern die damalige Realität, die wir auch bewusst angestrebt hatten. Wir waren einhellig der Auffassung, dass mit der „Charta von Paris“ vom 21. November 1990 die Zeit eines europäischen Friedens anbrechen würde. Diese Charta war ja ein grundlegendes internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung und wurde als Schlussdokument der KSZE-Sonderkonferenz von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterschrieben.

Die US-Strategie zur Weltherrschaft

Die Tatsache, dass alles anders gekommen ist, hing ausschließlich und alleine mit den amerikanischen Überlegungen zur Weltherrschaft zusammen. Das ist ja auch vom damaligen US-Präsidenten Bush (senior) ausdrücklich als neue Weltordnung so apostrophiert worden. Und das hat uns nicht in das gemeinsame Europäische Haus gebracht, sondern dazu beitragen, dass wir absprache- und vereinbarungswidrig mit der NATO an die russische Westgrenze vorgerückt sind, und das Ergebnis zerrütteter Beziehungen können wir heute „bewundern“.

Um auf den Satz von Charles de Gaulles in Ihrer Frage zurückzukommen: Ich finde ihn nur bedingt richtig! Wir haben als Bundesrepublik Deutschland unsere Sternstunden unter den Kanzlern Adenauer, Brandt, Schmidt und vor allem auch Helmut Kohl gehabt, weil wir mit unseren europäischen Nachbarn pfleglich und gut umgegangen sind und ihre Interessen immer in die deutschen Überlegungen einbezogen hatten. Die Kunst dieser Art von Politik bestand nämlich darin, die erkennbaren und legitimen Interessen unserer Nachbarstaaten von vorneherein im außenpolitischen Konzept zu berücksichtigen. Kanzler Kohl war z.B. immer streng darauf bedacht, gerade auf die besonderen nationalen Anliegen der kleineren Staaten zu achten. Das genaue Gegenteil erleben wir mit der „Zerstörungskanzlerin“ Angela Merkel, die ja im Zusammenhang mit ihrer einsamen Migrationsent-

scheidung vom 4./5. September 2015 alles daran setzte, ihr Vorhaben einer dauerhaften Grenzöffnung auf Biegen und Brechen durchzusetzen, aber keinen unserer Nachbarn in ihre Pläne einbezogen hat – bis auf den österreichischen Bundeskanzler Fayman, dem sie die Pistole auf die Brust gesetzt hat und der sofort kapitulierte.

Im Untertitel Ihres neuen Buches („Deutschland im Umbruch“, Zeigeist-Verlag 2018) steht der Satz „Eine Republik wird abgewickelt“. War hierbei der Merkelsche Verfassungsbruch durch Gewährung von illegaler Massenmigration die entscheidende Zäsur?

Ja, denn unser Land ist auf Grund dieser katastrophalen Fehl-Entscheidung nicht mehr wiederzuerkennen. Und Sie können sogar in den Publikationen regierungsfreundlicher Verlage genau nachlesen, was führende deutsche Polizeibeamte oder Mitarbeiter aus dem Sicherheitsapparat lange vor diesem verhängnisvollen Wochenende im September 2015 bei der Kanzlerin alles - geradezu händeringend - unternommen haben, um den unmittelbar bevorstehenden Übergriff an den deutschen Grenzen abzuwehren. Doch sie hat sich jedem Schutz unserer Grenzen entgegengestellt, und das Ergebnis sehen wir heute!

Kanzlerin Merkel und ihre dunklen Motive für die Grenzöffnung

Was war das Motiv der Kanzlerin?

Darüber kann man nur spekulieren. Sie hat bis heute dem deutschen Volk ihre Motivlage nicht erklärt, und der deutsche Bundestag hat vor ihr in erbärmlicher Weise gekuschelt. Selbst Ministerpräsidenten deutscher Länder reklamierten im Fernsehen, dass das deutsche Parlament dieser zentralen Aufgabe nicht nachgekommen ist. Wenn wir jedoch eine Verfassung, eine Regierung und ein Parlament haben, die ihrem Auftrag nicht entsprechen, dann müsste man die dort „Unverantwortlichen“ eigentlich in Handschellen legen!

Nun gibt es ja die Vermutung, dass die Kanzlerin vor allem deswegen keine robusten Grenzsicherungsmaßnahmen ergriffen hat, weil sie böse Bilder fürchtete, die dann von der dominanten rot-grünen Medienöffentlichkeit massiv gegen sie ausgeschlachtet worden wären.



„Flüchtlingsaufnahme“ aus dem Mittelmeer. Retter als Komplizen der kriminellen Schlepper und eine Kanzlerin, die durch illegale Masseneinwanderung Deutschland in die schwerste Krise seit 1945 stürzte.

Foto: Wikipedia, Irish Defence Forces

Böse deutsche Sicherheitskräfte, prügelnde Polizisten, weinende Kinder, verzweifelte Mütter, Verletzte und vielleicht sogar einige Tote. So hätte doch die Bilderfolge vermutlich ausgesehen, was die Kanzlerin unbedingt vermeiden wollte. Für Sie ein plausibler Erklärungsansatz für Ihr Nicht-Handeln?

Nein! Das ist die Inszenierung von Ausreden. Und zwar komplett, nicht mehr und nicht weniger. Die Migrationsentwicklung war und ist seit langem abzusehen. Ich bin vielleicht in Deutschland einer der ersten gewesen, der auf die Form von Masseninvasion im Zusammenhang mit Russland und der damaligen Sowjetunion aufmerksam gemacht hat. Denn der russische Diplomat Valentin Falin und andere hatten mich schon bei den Gesprächen zur deutschen Einheit in Moskau darauf hingewiesen, dass rund 350 Millionen Menschen auf dem indischen Subkontinent sich auf den Weg nach Europa machen würden. Sachbuchautoren, Wissenschaftler und mutige andere Politiker ließen auch Ähnliches verlauten.

Wir sind davon ausgegangen, dass wir eine ähnliche Entwicklung aus Afrika haben würden, und die damalige Bundesregierung Kohl/Kinkel hat zwei Dinge im Zusammenhang mit dem nördlichen Rand Schwarz-Afrikas machen wollen. Einmal sie in die KSZE aufzunehmen und zweitens die Möglichkeiten der damaligen europäischen Gemeinschaft auf dieses Gebiet zu erstrecken und diese Staaten vor allem wirtschaftlich zu ertüchtigen. Dieses Konzept ist von Seiten der USA, Israels und einiger arabischer Staaten 1994 zerschossen worden. Die hatten nämlich abweichende Vorstellungen von dem, was mit Europa passieren sollte - mit höchst unerfreulichen Folgen! Und wenn die hervorragenden Vertreter der Bundespolizei und der Sicherheitsorgane der Bundeskanzlerin lange, lange vor dem September 2015 gesagt hatten, was auf uns zukommt, dann kann ich nur sagen, dass das jede Legendenbildung zerstört!

Themenwechsel: Mehrfach haben Sie die Leitmedien in Deutschland scharf kritisiert. Um einigermaßen angemessen über wichtige Vorgänge nationaler u. internationaler Politik informiert zu sein, sollte man lieber auf ausländische Medien zurückgreifen, z.B. CNN oder Radio Teheran. Wie erklären Sie sich diese missliche Informations-Lage?

Das hängt u.a. mit dem Hauptstadt-Wechsel von Bonn nach Berlin zusammen und der in dieser Zeitstrecke zur vollen Wirksamkeit kommenden digitalen Revolution. Zu Bonn/Berlin: Wir haben nicht nur eine andere Medienlandschaft bekommen, sondern auch eine veränderte politische Situation im Land selber. Aus einem Land selbstbestimmter Bürger – und das sind wir in der Bonner Republik gewesen – hat sich in den letzten Jahren eine Lage entwickelt, in der die politische und administrative Macht in den Händen von Verbänden, Lobbyorganisationen und NGOs liegt und der Bürger dabei überhaupt keine Rolle mehr als Souverän spielt. Dem entspricht auch die Entwicklung von Presse und Rundfunk. Die Berliner Medienakteure bilden nicht mehr eine publizistische Vielfalt und damit den unterschiedlichen bürgerschaftlichen Willen in Deutschland ab, wie das noch zu Bonner Zeiten weitgehend der Fall war. In der Tat ist es so, dass ich - bei kritischer Nutzung - über viele ausländische Medien oftmals besser über unser Land informiert werde, als durch die eigenen.

Kriegspolitik wird zentral gesteuert

Zum 90. Geburtstag von Peter Scholl Latour hob er in einem Interview hervor, dass das Problem in diesem Zusammenhang auch „Fabriken der Des-Information“ seien, ob sie nun in North Carolina, London oder in Israel stünden. Sie zielten auf deutsche und europäische Medien und das klappe wie am Schnürchen. Von der taz bis zur Welt – unisono. Halten Sie diese Aussage für übertrieben?

Ich weiß nicht, welche Überlegungen Peter Scholl Latour im Zusammenhang mit dieser Aussage wirklich gehabt hat. Aber wenn man sich im Kontext der allgemeinen Kriegspolitik des Westens seit dem Jugoslawienkrieg 1999 die Entwicklung ansieht, dann muss man ja davon ausgehen, dass die Unterstützung dafür flächendeckend von gleichgerichteten Medienzentralen aus gesteuert worden sind. Jeder weiß, dass dabei z.B. bei CNN Frau Christiane Amanpour eine wesentliche Rolle gespielt hat, den gesamten Westen im Zusammenhang mit der amerikanischen Kriegspolitik „einzunorden“. Wenn Peter Scholl-Latour das gemeint hat, was ich vermute, stimme ich ihm natürlich zu.

In Ihrem neuen Buch erwähnen Sie ein verstärktes Einwirken politischer Kräfte von außen auf die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung. Worin unterscheidet sich dieses Einwirken im Vergleich zu der Zeit vor 1989/90?

Wir hatten vor der Wiedervereinigung eine Lage, in der wir unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten nur teilsouverän waren. Es galten die alliierten Vorbehaltsrechte, die sich auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung bezogen, und das hatte eine ganze Menge von Konsequenzen. Aber: Wie souverän Deutschland vor 1989 wirklich war, zeigte das 10-Punkte-Programm von Helmut Kohl, mit dem er den Weg zur deutschen Wiedervereinigung aufgemacht hatte. Dieses Programm wurde mit keinem der drei West-Alliierten in irgendeiner Form abgestimmt. Kohl hat das auf seine Kappe genommen, ist damit an die Öffentlichkeit gegangen und hat durch seine Vorgehensweise deutlich gemacht, dass sogar ein nur teilsouveränes Land, wenn es um die zentrale nationale Frage geht, weiß, wie es zu entscheiden hat. Papierkram hin, Papierkram her.

Das Ende der Friedenspolitik in Europa

„Bei allen Bemühungen der deutschen Außenpolitik, Konflikte und Kriege erst gar nicht entstehen zu lassen, ahnte ich, dass bei unserer Vermittlungstätigkeit eine bestimmte Frage nicht gestellt werden durfte: Vermochten wir tatsächlich Einfluss darauf zu nehmen, wer auf der Welt über Krieg und Frieden entscheidet? Das war wohl eher zweifelhaft. Sowohl bei Besuchen im Kerngebiet des eurasischen Kontinents als auch in Japan, China, Indonesien, Indien oder Pakistan verstärkte sich mein Eindruck, dass das auf fairen Ausgleich zwischen den Staaten ausgerichtete Ansinnen von Helmut Kohl letztlich auf eine unüberwindbare Hürde stieß: die Verweigerung amerikanischer und in gewissem Maße auch israelischer Politik. Es war für mich bei den Gesprächen offenkundig, dass die Vereinigten Staaten das alleinige Recht vorbehalten, über Krieg und Frieden zu bestimmen. In einer abgespeckten Version galt das auch für Israel.“

(aus Willy Wimmer: „Deutschland im Umbruch“)

Und heute?

Der Unterschied zur heutigen Situation besteht darin, dass wir über den 2 + 4 Vertrag zwar formal ein voll souveränes Land geworden sind, allerdings mit dem Ergebnis, dass wir eine nationale Kompetenz nach der anderen an internationale Organisationen oder an den amerikanischen NATO-Oberbefehlshaber - und damit dem US-Präsidenten - abgetreten haben. Siehe das Verrenken der jeweiligen Bundesregierung um den berühmten Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr, wo in diesen Tagen im Ministerium der Frau von der Leyen schon darüber spekuliert wird, wie man in Syrien in einen völkerrechtswidrigen Krieg einsteigen könnte und wie man tricksen müsste, damit der Bundestag umgangen werden kann.

Wie man Macht festigt: Beispiel CDU/CSU

„Die Mechanismen, wie man Macht festigt, sind so nachhaltig wie simpel: Die Regierungs- und Fraktionsspitze verteilt Ämter, die in der Regel erheblich dotiert sind. Damit wird sichergestellt, dass die Regierung – jenseits aller Wahlen oder Umfrageergebnisse – unbeschädigt und relativ kommod durch die vierjährige Amtsperiode kommt. Bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion muss stets davon ausgegangen werden, dass mehr als 50 Prozent der Mitglieder zusätzlich ein Regierungs- oder ein über die Fraktion zu vergebendes Amt haben. Daneben werden zu Beginn einer jeden Legislaturperiode Positionen in Rundfunkanstalten vergeben, die mit finanziellen Zuwendungen verbunden sind. Die Zusatzmandate können jederzeit entzogen werden, wenn die Fraktionsführung das will. Das bestimmt die Bandbreite von Diskussionsthemen innerhalb der Fraktion. Hinzu kommt, dass man unter besonderer Beobachtung sowohl der amerikanischen als auch der israelischen Botschaft steht, und niemand will Dauerbesuche der Botschafter in Kauf nehmen.“

(aus Willy Wimmer in: „Deutschland im Umbruch“)

Unsere Elite nimmt die Verfassung nicht ernst

Deutsche Selbstbestimmung in der NATO, in der EU, in einer globalen Welt mit großen internationalen Vertrags-Verflechtungen. Wäre unser Spielraum merklich größer, wenn wir eine patriotisch orientierte Führungselite hätten?

Wir haben noch nicht einmal eine Elite, die die Verfassung ernst nimmt. Dabei bräuchte man gar keinen besonderen Impetus zu zeigen. Ich bin sowieso auf dem Begriffsfeld „patriotisch“ nur schwer ansprechbar, weil ich der Auffassung bin: Wir leben in einem Rechtsstaat, da gelten die Gesetze und da gilt die eigene Verfassung. Aber wir haben es in den zurückliegenden fast 20 Jahren von 1999 an zweimal mit einem staatlich oktroyierten Rechtsbruch zu tun gehabt. Einmal im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg, und der zweite war die

einsame Migrationsentscheidung vom September 2015 durch eine so genannte Bundeskanzlerin, die deutsche Grenzen für eine illegale und von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnte Masseneinwanderung einfach öffnete. Beide Rechtsbrüche haben Deutschland entscheidend geschwächt, um es zurückhaltend auszudrücken!

Also sind Sie in erster Linie Verfassungspatriot?

Lassen Sie mich es so sagen: Ich bin Deutscher und freue mich immer, dass wir nahe Maastricht und Eupen leben!

Nun steht die Bundesrepublik ja wieder vor einer entscheidenden Frage dieser Art, Sie erwähnten gerade die Verteidigungsministerin. Dabei geht es um die erwogene Beteiligung der Bundeswehr an einer militärischen Aktion im Syrienkonflikt. Die würde ja sowohl gegen das Völkerrecht als auch gegen das Grundgesetz verstoßen. Womit müssen wir rechnen?

Wir müssen damit rechnen, dass an dieser Frage die Koalition in Berlin zerbrechen könnte. Denn wenn es nicht vorher schon aus anderen Gründen zum Exitus dieser komischen Regierung kommt, dann wird hier die Glaubwürdigkeitsfrage für die Sozialdemokraten eine zentrale Rolle spielen. Dabei geht es um die Interessen der Menschen dieses Landes und um die Achtung aller Staatsbürger, der Regierung und des Parlaments vor der eigenen Verfassung und des Völkerrechts. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles hat ja bereits unmissverständlich klar gemacht, dass einem Einsatz der Bundeswehr in Syrien, der von vorne bis hinten illegal wäre, seitens ihrer Partei nicht zugestimmt wird. Und ich glaube, dass es dabei bleibt.

Letzte Frage: Sie haben sich in RT-Deutschland unlängst dahingehend geäußert, dass das Schicksal der USA und der Welt an einem seidenen Faden hänge. Wie meinen Sie das?

Wir brauchen uns ja nur den Umstand anzusehen, dass in den USA ein Präsident mit dem Namen Donald Trump gewählt worden ist, von dem die „größte Gefahr“ überhaupt ausgeht, weil er sich mit der Russischen Föderation im Interesse von uns allen verständigen möchte. Dagegen steht das gesamte Kriegs-Establishment in Washington, bestehend aus einem Großteil der Republikaner und der Demokraten. Und die überschütten Trump jeden Tag mit Kübeln von Unrat, und wir

sehen ja heute schon ganz offiziell in der Welt, mit wem wir es zu tun haben. Es ist eine gefährliche, unübersichtliche Gemengelage entstanden. Niemand weiß, wer zurzeit für die Vereinigten Staaten handelt: Ist es der Präsident oder ist es das Kriegs-Establishment? Wir haben es mit einer brandgefährlichen Situation zu tun.

Herr Wimmer, vielen Dank für dieses Gespräch!

Dieses Interview erschien erstmals in der österreichischen Vierteljahreszeitschrift „Neue Ordnung“, Ausgabe 3/2018, Graz.

Bezugsadresse: Hofgasse 5, A-8010 Graz/Österreich.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlegers Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker.



Holzchnitt von Albrecht Dürer aus dem Narrenschiff (um 1494)

Wikipedia

Der programmierte Deutsche

Reinhard Uhle-Wettler

Eines der schwersten Kriegsverbrechen des 20. Jahrhunderts war die Umerziehung (re-education) des deutschen Volkes durch die alliierten Sieger des 2. Weltkrieges. Sie war eine entscheidende neue Waffe zur Vervollständigung des Sieges über den Feind und dessen dauerhafte Vernichtung durch die Zerstörung seiner Seele. Die einstigen, schon im Alten Testament oder auch im peloponnesischen Krieg (Melos) zu findenden Maßnahmen der physischen Vernichtung ganzer Völker hatten im Zeitalter der modernen Massengesellschaften ausgedient. Statt dessen erfolgte nach dem Waffenstillstand mit den Mitteln der Psychologie, die bereits als „psychologische Kriegsführung“ entwickelt und erprobt worden waren, die geistige und seelische Manipulation. Es war die Absicht, den Feind für alle Zeiten gefügig und wehrlos zu machen. Das ähnelt der Sklaverei, die den Versklavten zwar das Leben beläßt, ihnen aber ihre Eigenart, Würde und den Charakter nimmt. Es erlaubt zugleich, einen gewissen wirtschaftlichen Nutzen aus den so traktierten Besiegten zu ziehen.



Was hier geschah, hat der hochverdiente, langjährige Chef der Zeitschrift „Criticon“, Caspar von Schrenck-Notzing, in seinem trotz herrschender Zensur (silent treatment) bekannten Buch „Charakterwäsche“ schon 1965 ausführlich und gut fundiert beschrieben. „Das Ziel der alliierten Umerziehung war aber nicht, die Leute auf freiwilliger Basis etwas lernen zu lassen, sondern den deutschen Volkscharakter entscheidend zu verändern, damit die politische Rolle Deutschlands in Zukunft unter Kontrolle genommen werden kann.“ Die ergänzte Neuauflage des verdienstvollen Ares-Verlages (Graz) endet mit dem traurigen Halbsatz: „die Umerziehung der Deutschen ist -1980- erfolgreich abgeschlossen.“ Das Ergebnis war ein „neuer Deutscher“ mit dem Programm der Sieger im Kopf.



*Das Schlüsselwerk zum Verständnis der Nachkriegsentwicklung in West-Deutschland:
Caspar von Schrenck-Notzings „Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen“ (Erweiterte Neuausgabe)
Ares-Verlag.*

Der „Charakterwäsche“ folgte im Jahre 2012 das wissenschaftlich gut fundierte Buch: „Transatlantische Wechselwirkungen“ im Verlag Duncker & Humblot. Autor ist der Historiker Stefan Scheil. Er stellt u.a. inzwischen gewonnene historische Erkenntnisse bezüglich des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsgeschichte aufgrund ausführlicher Quellenauswertung ideologiefrei dar. Dabei faßt er besonders die Bildungspolitik und neudeutsche Elitenbildung ins Auge, die „letztlich als Teil der bewußten Siegesicherung, also als abschließende Kriegshandlung“ zu betrachten sind.

Eine entscheidende Ergänzung finden diese beiden Bücher durch die Forschungen des Generals a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. Sein Buch über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges trägt den bezeichnenden Titel: „Der Krieg, der viele Väter hatte“. Hier wird die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Alliierten im Zusammenhang mit der Politik der Nationalsozialisten anhand auch der gegnerischen Akten und Quellen in der nüchternen und ideologiefreien Sprache des geschulten Generalstäblers untersucht und dargestellt. Dabei wird auch die Aktenstrategie der Sieger ebenso besprochen wie die „Bearbeitung“ der geraubten deutschen Akten bis hin zu behutsamen Fälschungen.

Besonders wichtig aber ist die Erkenntnis des Autors, daß sich die BRD bis zum heutigen Tage vertraglich verpflichtet hat, die Feststellungen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zur Geschichte anzuerkennen. Sie bilden also nach wie vor die Grundlagen unserer Bildungspolitik, insbesondere der historischen Bildung. Die entsprechenden Passagen sind im Band 22 der Prozeßakten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses auf den Seiten 470-670 zu finden. Alle Behörden der BRD haben sich daran zu halten. Dem kann heute jeder

interessierte Bürger in den großen Bibliotheken unserer Hauptstädte nachgehen.

Angriff auf Traditionen und Überlieferungen als Waffe

Der große Soziologe Arnold Gehlen hat schon in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts auf der letzten Seite seines berühmten Buches: „Moral und Hypermoral“ festgestellt, daß es seit 1948 nach internationalem Recht den Begriff des „geistigen Völkermordes“ gibt, wie zum Beispiel den Angriff auf die geistige Integrität einer Gruppe. „Dieser Begriff umfaßt natürlich die Traditionen und Überlieferungen eines Verbandes ebenso wie seine Ehre, und ein Volk gewaltsam von seiner Geschichte abzutrennen oder zu entehren bedeutet dasselbe, wie es zu töten.“

Wir fügen an: „Die neuen Deutschen“ haben die Alleinschuld am 2. Weltkrieg sowie die Aufzählung der dabei verübten einzigartigen Verbrechen als „Zivilisationsbruch“ auf Druck der Sieger anerkannt und als „Kollektivschuld“ verinnerlicht. Dies verlangt ewige Scham, Sühne und Buße. Eine Erlösung gibt es nicht.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei die modernen Medien, die diesen Vorgang mittragen und fortführen. Jedermann wird von den Desinformationen in seinem Wohnzimmer erreicht und kann sich dagegen nicht wirklich zur Wehr setzen, es sei denn, er koppelt sich vollständig ab. Daran kann sich erst allmählich durch den Gebrauch der „sozialen Medien“ etwas ändern, was rechtliche Eingriffe in das Internet schon seit geraumer Zeit zu verhindern trachten. Deutlich erkennbar für den kritischen Nutzer ist das an der verdächtige Löschungen aufzeigenden Präsentation von elektronischen Enzyklopädien wie Wikipedia.

In diesem Zusammenhang müssen die Aussagen des ehemaligen Amtschefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), General a.D. Gerd-Helmut Komossa, erwähnt werden. In seinem Buch: „Die Deutsche Karte“ schreibt er folgendes (S. 21f): „Der geheime Staatsvertrag vom 21. Mai 1949 wurde vom Bundesnachrichtendienst unter Strengste Vertraulichkeit eingestuft. In ihm wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute (2007 u.-w.) wohl kaum jeman-

dem bewußt sein dürfte. Danach wurde einmal „der Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien“ bis zum Jahr 2099 fixiert. Zum anderen wurde geregelt, daß jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides die sogenannte „Kanzlerakte“ zu unterzeichnen hatte. Darüber hinaus blieben die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet.“ Wir merken dazu an, daß alle persönlichen Anfragen enttäuschter Demokraten an den Autor bezüglich näherer Angaben im Sande verliefen. Schließlich sind solche Aussagen, selbst in Buchform, lebensgefährlich.

Aus der Sicht des amerikanischen Historikers und Soziologen Harry Elmer Barnes „war die unabhängige Geschichtsschreibung das Hauptopfer des Zweiten Weltkrieges und des ihm folgenden kalten Krieges. Es könne mit großer Zurückhaltung gesagt werden, daß niemals seit dem Mittelalter so mächtige Kräfte gegen die historische Wahrheit in Marsch gesetzt worden seien wie heute, um zu verhindern, daß die Tatsachen über die Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“¹

Wir fügen hierzu an, daß zum Beispiel die sogenannten „Heßpapiere“ von England bis heute nicht vollständig freigegeben worden sind. Es muß offensichtlich verhindert werden, daß das Friedensangebot des Stellvertreters des „Führers“ die Legenden der Sieger beschädigt bzw. als solche entlarvt. Nicht ohne besonderen Grund ist der Parlamentär Rudolf Heß, ehemaliger Reichsminister, über 46 Jahre lang in Haft, zu einem großen Teil bis ins hohe Alter unter „Isolationsfolter“ in Einzelhaft festgehalten worden. Er durfte über seine Tätigkeit und das Geschehen im III. Reich weder reden noch schreiben. Die Sieger wollten ihre Legenden über den Nationalsozialismus nicht durch Revisionismus beeinträchtigen lassen.

Dem einflußreichen amerikanischen Schriftsteller und Präsidentenberater Walter Lippmann wird folgender Ausspruch nachgesagt²: „Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von nachfolgenden Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung wirklich als

1 zitiert nach Dierk Hahn: Die Versuchung des Liberalismus in: Heiko Luge (Hg.), „Grenzgänge“

2 zitiert nach Dirk Bavendamm: „Amerikas Griff nach der Weltmacht“, S. 23

*Der einflussreiche amerikanische Journalist und US-Präsidentenberater Walter Lippmann (*1889 † 1974) über die Methoden der Umerziehung:*

„Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von nachfolgenden Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung wirklich als gelungen angesehen werden.“



gelingen angesehen werden.“ Diese Feststellung Lippmanns wird wesentlich ergänzt durch eine kleine Geschichte, die wir dem General a. D. Gerd Schultze-Rhonhof verdanken. Dieser schildert in seinem Buch: „Wozu noch tapfer sein?“ auf den Seiten 167f folgendes: Vor ein paar Jahren behandelte eine meiner Töchter den Versailler Vertrag im Geschichtsunterricht. Am Frühstückstisch vor dem Aufbruch zur Schule rekapitulierte sie noch einmal vor meiner Frau und mir, was sie zu dem Thema gelernt hatte. Mir stockte der Atem, als sie uns dabei die Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg verkündete. Ich versuchte zu erklären, doch meine Tochter unterbrach mich mit den Worten „Papa, es kann ja sein, daß alles stimmt, was du sagst. Aber ich kann mir das jetzt nicht auch noch merken. Ich bin froh, wenn ich bis zum nächsten Test die Version von meinem Lehrer im Kopf behalte. Von dem bekomme ich die Punkte im Test.“

Nur wenige Deutsche dürften über die Schulbuchpolitik der Alliierten Sieger informiert sein. Sie wurde noch während des Krieges vorbereitet und mit dem Einmarsch der Besatzungstruppen etabliert. Sie ist auf allen Ebenen bis hin zur UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) verfolgt worden. Stefan Scheil hat dies ausführlich und für jeden über das Internet im „Deutschland-Journal 2017“ greifbar in einem Vortrag ausgeführt. Dessen Titel lautet: „Lebenslügen der Bundesrepublik, Politisch korrekte Schulbuchpolitik und historische Fakten.“ Am Ende steht das vorsichtig formulierte Urteil: „Das vorherrschende Geschichtsbild

ist das Ergebnis eines langen Prozesses politischer Einflußnahme auf vielen Ebenen, in dem die Geschichtswissenschaft an wesentlichen Stellen nur eine Nebenrolle gespielt hat.“

Es scheint im übrigen, daß der Mensch eine geistige Prägephase durchläuft, die etwa mit der Pubertät beginnt und bis zum Eintritt in das Erwachsenenalter reicht. Was in dieser Zeit erlernt und verinnerlicht wird, prägt oft das ganze Leben. Das haben die Machthaber, nicht nur die autoritären, erkannt und bemühen sich besonders um die Jugend. Die jungen Pioniere der DKP, die sozialistische deutsche Arbeiterjugend, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) der DDR, das Deutsche Jungvolk und die Hitlerjugend und andere bezeugen dies. Den Alliierten Siegermächten war die Erziehung der Jugend der Unterworfenen natürlich ebenfalls ein nachdrückliches Anliegen. Sie bauten auf ein umfassendes Bildungssystem im Rahmen der so genannten re-education. Ihre Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen setzten sich von Youth Programms bis in die Universitäten fort und wurden dort wesentlich von dem aus der Emigration zurückgekehrten Frankfurter Institut für Sozialforschung umgesetzt. Ganze Studentengenerationen wurden durch diese Einrichtung und dessen Lehrkräfte geprägt.

Eine Loslösung von dieser Prägung gelingt nur mit großem eigenen Bemühen. Den Willen dazu entwickeln nur wenige.

Abtrünnigen und Andersartigen geschieht, was der Große Franzose Alexis de Tocqueville zwischen 1835 und 1840 in seinem berühmten Werk: „Über die Demokratie in Amerika“ wie folgt beschrieben hat: „Der Herrscher (in den demokratischen Republiken u.-w.) sagt nicht mehr: entweder du denkst wie ich oder du bist des Todes; er sagt: du bist frei, nicht so zu denken wie ich. Du behältst dein Leben, deinen Besitz, alles; aber von dem Tage an bist du unter uns ein Fremdling. Du behältst deine Vorrechte in der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie nützen dir nichts mehr; denn bewirbst du dich um die Stimme deiner Mitbürger, so werden sie dir diese nicht geben, und begehrst du bloß ihre Achtung, so werden sie tun, als ob sie dir auch diese verweigerten. Du bleibst unter den Menschen, aber du büßest deine Ansprüche auf Menschlichkeit ein. Näherst du dich deinen Mitmenschen, werden sie dich wie ein unreines Wesen fliehen; und selbst die an deine Unschuld glauben, werden dich verlassen, denn auch sie würden gemieden. Zieh hin in Frieden, ich lasse dir das Leben, es wird aber für dich schlimmer sein als der Tod.“

Umerziehungskritiker werden als böse „Nazis“ verteufelt

Also werden die meisten zum Mitläufer. Der andere ist ein Faschist, oder noch schlimmer, ein NAZI.

Die Generation der heutigen Amts- und Mandatsträger ist nach dem Kriege geboren, also in der Besatzungszeit aufgewachsen. Sie hat die in dieser Zeit entwickelte „Geschichtspolitik“ aufgenommen und weitergetragen. Das bedeutet nicht zuletzt die Trennung von der Welt der Eltern und Vorfahren und die negative Bilanz der deutschen Geschichte, so wie die Sieger das wollten. Sie ist überwiegend mit der falschen Lehre der antiautoritären Erziehung groß geworden und durch den allgemeinen Wohlstand verwöhnt worden. Sie hat nie um ihre Existenz kämpfen müssen und die Verteidigung des Eigenen (Martin Lichtmesz) nie erlernt. Man kann sie als „Lolly-Generation“ bezeichnen, gewohnt, fast jeden materiellen Wunsch ohne große eigene Anstrengung erfüllt zu bekommen. Die astronomische Staatsverschuldung ist der Beweis und das Vorbild für diese falsche Lebensauffassung. Die Lebenswirklichkeit gerät auf diese Weise immer weiter aus dem Blick.

Der polnische Historiker Jan Jozef Lipski sagte 1981: „Die falschen Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation.“³ Wir meinen, daß diese Krankheit planvoll herbeigeführt worden ist. George Orwell hat dies beschrieben: Sein weltberühmtes Werk „1984“ endet damit, daß der geschilderte Held Winston Smith glaubt, daß $2+2=5$ ist. Er verrät seine Freundin Julia und liebt den Großen Bruder.

Schließlich sei in diesem Zusammenhang noch einmal Arnold Gehlen das Wort erteilt. Der Schlußabschnitt seines o.a. Buches lautet: „Und zuletzt: teuflisch ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen zwingt, in ihm zu leben. Das geht über die Demütigung der geistigen Abtrennung noch hinaus, dann wird das Reich der verkehrten Welt aufgerichtet, und der Antichrist trägt die Maske des Erlösers, wie auf Signorellis Fresko in Orvieto. Der Teufel ist nicht der Töter, er ist Diabolos, der Verleumder, ist der Gott, in dem die Lüge nicht Feigheit ist, wie im Menschen, sondern Herrschaft. Er verschüttet den letzten Ausweg der Verzweiflung, die Erkenntnis, er stiftet das Reich

3 ebenda S. 15

der Verrücktheit, denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.“ Viele Deutsche haben sich offensichtlich in der Lüge eingerichtet. Vielleicht hilft nur Gott, um diesen Zustand zu beenden. Im „Vater-unser“ heißt es ja: „Und erlöse uns von dem Bösen“. Widerstand ist jedenfalls angesagt und Programmwechsel. Die Canossa-Republik und das Vasallentum gegenüber den Siegern des Zweiten Weltkrieges haben längst ausgedient. Der Epochenwechsel (Sieferle) verlangt ein neues Bewußtsein. Das geht jedermann an. Die politische Klasse ist aufgefordert, entsprechend zu handeln.



Paul Richer: Attaque démoniaque/Dämonischer Anfall (um 1880)

Wikipedia

Felix Dirsch

„Mythos 1968“: Der missglückte Umgang mit Freiheitserfahrungen

I „1968“ und die beste aller demokratischer Welten: der Ort einer kulturellen Umwälzung im zeitgeschichtlichen Kontinuum

Blickt man auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zurück¹, so fallen die überaus unterschiedlichen politischen Systeme auf und die verschiedenen Übergänge, die schicksalhaften Instabilitäten, die im Kontrast zu einer gewachsenen politischen Kultur wie der angloamerikanischen stehen. Die Verfassung der USA kommt zwar nicht ohne Abänderungen aus, im Großen und Ganzen erstaunt aber im Vergleich zu Deutschland ihre Kontinuität. Der „Fundamentalkonsens“, der sich in allgemein akzeptierten Normen, Werten und Institutionen äußert, ist bis heute hoch, unabhängig von der polarisierenden Persönlichkeit einzelner Präsidenten wie Ronald Reagan, George W. Bush oder augenblicklich Donald Trump. Sie – und ihre Vorgänger – respektierten den konstitutionellen Boden, auf dem sie agierten. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die Geschichte Großbritanniens feststellen.



Anders hingegen der Verlauf der deutschen Geschichte: Auf das Kaiserreich von 1871 folgte die Weimarer Republik, die 1933 unterging. Die Zäsur kann man sich nicht katastrophaler vorstellen. Der materiale Rechtsstaat und die freiheitliche Demokratie wichen für folgenreiche 12 Jahre der Tyrannei. 1949 folgte, vier Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft, die Auferstehung in Verbindung mit

1 Zu den Versuchen der Einordnung der Bundesrepublik vgl. Peter März: Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 655-691.

den anderen freiheitlichen Ländern Europas. Die Bundesrepublik bedeutet in einer bestimmten Lesart die „Ankunft im Westen“², nachdem Deutschland einen langen Weg dorthin zurücklegen musste. So lautet eine teleologische Deutung der Bundesrepublik im Nachhinein³, die den „freiheitlichsten Staat, den es jemals auf deutscher Erde“ gab, darstellt – die Ironie des Schmitt-Forschers Günter Maschke ist unüberhörbar. So wie man traditionell den vermeintlichen oder tatsächlichen deutschen Sonderweg bis 1945 negativ beschreibt⁴, sieht man im Allgemeinen die Bundesrepublik als kontrastierende Erfolgsstory. Die Jubelchöre anlässlich diverser Jubiläen sprechen Bände.⁵ Dabei bleibt meist unbeachtet, dass man Verfassung und Verlauf der bundesrepublikanischen Geschichte durchaus als „Demokratie-Sonderweg“ charakterisieren kann.⁶ Dieser lässt seine Wurzeln in der „gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für das Grundgesetz“ erkennen, wie es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsstreit 2017 heißt.

2 Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1999.

3 Heinrich A. Winkler: *Der lange Weg nach Westen, Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 3. Auflage, München 2001. Ein „Ende der Geschichte“, obwohl immer wieder postuliert, gibt es eigentlich nicht, da der historische Verlauf stets kontingent ist. Ex post ist leicht eine Stringenz in den geschichtlichen Verlauf hineinzulesen, die jedoch nie zwingend sein muss und meist dem ordnenden Geist des Historikers entspringt. Das deutsche Kaiserreich von 1871 war im Vergleich zu anderen Staaten in vielerlei Hinsicht moderner und fortschrittlicher, etwa in den Bereichen Wissenschaft und Technik, wie die grundlegende Darstellung von Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 2013, herausarbeitet. Auch bezüglich der politischen Weichenstellung im Kaiserreich ist Differenzierung angebracht, wie die Studie von Margaret L. Anderson: *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte)*, Stuttgart 2009, anhand der Untersuchung des Parlamentarismus belegt. Hinweise auf den guten alten, von Deutschland angeblich beschrittenen Sonderweg, die die Sozialhistoriker von Schlage Hans Ulrich Wehlers und seiner Schule immer wieder hervorkramen, finden sich bei Anderson und Nipperdey nicht

4 Zu einer der materialreichsten Beschreibungen dieses vermuteten Sonderwegs vgl. Hans U. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 1-5*, München 2008, die den Zeitraum von 1700 bis in die Gegenwart umfasst.

5 Stellvertretend für viele: Christian Bommarius: *Das Grundgesetz: Eine Biographie (Rowohlt Monographie)*, Reinbek b. Hamburg 2009.

6 So ausführlich Josef Schüßlburner: *Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik. Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland*, Künzler 2004, der versteckte Repressionen bundesrepublikanischer Realpolitik, mit entsprechenden Grundlagen im Grundgesetz, aufpfeißt, etwa die Möglichkeit des Parteienverbots, die bis in die unmittelbare Gegenwart diskutiert wird.



Fast 70 Jahre nach Inkrafttreten der bundesrepublikanischen Konstitution, die aus Gründen der Gewohnheit auch nach 1990 den Namen „Grundgesetz“ beibehält, werden jedoch auch Nachteile dieses Gesetzeswerkes deutlich. Auffallend ist seine stark individualistische Ausrichtung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Interpretation in dem erwähnten Beschluss von 2017 nochmals zugespitzt hat.⁷ Diese Fokussierung ist den Vorgaben der Westmächte geschuldet, die ihr primär einzelmenschliches Modell auch in Westdeutschland durchgesetzt sehen wollten. Die Zurückhaltung der Väter und Mütter des Grundgesetzes bezüglich der Fassung elementarer Gemeinschaftsbindungen wird erst Jahrzehnte später zum Problem.

Die massiven Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, vor allem durch die ungebremschte Zuwanderung der letzten Jahre und Jahrzehnte, stellen auch die Staatsrechtslehre vor Herausforderungen. Seit einigen Jahren gibt es Streit über die Frage, ob Aussagen des Grundgesetzes dem Zustrom auf der normativen Ebene einen Riegel vorschieben können. Eine Richtung unter den Verfassungsjuristen sieht die Demokratie als konkrete Herrschaftsform für das

⁷ Zur Kritik dieser atomistischen Interpretation und der Ablehnung des herkömmlichen ethnischen Volksbegriffes durch das Bundesverfassungsgericht vgl. Thor von Waldstein: Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe. Kritische Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betreff den „ethnischen Volksbegriff“, Schnellroda 2017.

deutsche Volk, das vom Grundgesetz an einigen Stellen erwähnt wird, etwa in der Präambel. Die Folgerung daraus ist: Eine Zuwanderung, die mehrheitlich eine Bevölkerung nichtdeutscher Herkunft auf dem Territorium der Bundesrepublik ansiedelt, ist nicht mit grundgesetzlichen Vorgaben vereinbar. Für diese Position stehen Dietrich Murswiek und Ulrich Penski. Die Mehrheit der Staatsrechtslehrer hält diese Auffassung jedoch für Volksmythologie, darunter Walter Leisner und Friedrich Gräditz. Ihrer Meinung nach ist die Zuwanderungsordnung mit Mehrheit zu bestimmen. Staatsidentitätsschranken existieren nicht.

Mit Recht ist das Grundgesetz, jedenfalls seine Inhalte, als „Ende der Geschichte“ angesehen worden. Es verkörpert jene Dauerhaftigkeit, manche meinen sogar: Unsterblichkeit, die noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und im Jahrhundert zuvor, fehlte. Die innere Anlage zur Europäisierung, die zu den zentralen Strukturprinzipien dieses Rechtswerkes gehört, verleiht diesem Dokument erst recht eine (im wahrsten Sinne des Wortes) „Ewigkeitsgarantie“.

Der „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum) korrespondiert eine „geglückte Verfassung“. Sie war und ist zumindest vorerst alternativlos, und in Anbetracht der epochalen Umschwünge, die die deutsche Geschichte vor 1945 gekannt hat, mag man solche Persistenz begrüßen. Ob sich Änderungen als Folge der Masseneinwanderung und in sehr langen Zeiträumen ergeben, muss vorerst offenbleiben. Unabhängig davon bedeutet jedenfalls im Moment jedes echte „Ende der Geschichte“, gemeint im Sinne der Unmöglichkeit von über Marginalien hinausreichenden Änderungen, einen gewissen Hang zu Öde und Starrheit. Dass letzterer Begriff in den letzten Jahren über alle Maße hinaus und bei jeder Gelegenheit traktiert wurde, verwundert nicht, ist doch politisches Handeln im so genannten postideologischen Zeitalter stark technokratisch und konsensorientiert ausgerichtet.

Dieser Grundzug der Dauerhaftigkeit war bei genauerem Hinsehen bereits in den späten 1940er Jahren absehbar. Die Väter und Mütter der Verfassung versuchten, fundamentalere Wandlungen soweit wie möglich zu erschweren, etwa im Artikel 79, Absatz 3. Verfassungsfeinde sollten aktiv bekämpft werden, was durch das Verbot von SRP und KPD auf der politischen Ebene früh umgesetzt wurde. Die politische Führung war bestrebt, dem Buchstaben des Gesetzes Taten folgen zu lassen. Diesen juristischen Bestrebungen im Inneren entsprach eine intensive politische Aufsicht von außen, für die die Westmächte mittels

allerlei Vorbehalte sorgten, teils gesetzlich, teils militärisch-politisch, also auf der faktischen Ebene.

Diese – oben nur oberflächlich skizzierten – Voraussetzungen muss man kennen, um den Ort der Kulturrevolution von 1968 in der Geschichte seit 1949 einschätzen zu können. Der Verlauf des Umbruches ist einigen spezifisch bundesrepublikanischen Faktoren geschuldet, so sehr man darüber hinaus die internationale Dimension nicht vernachlässigen darf⁸.

Der weit reichende Verfassungskonsens bis Mitte der 1960er Jahre erlaubte einen Vorgeschmack auf die „politische Kristallisation“, auf das Pendant zur kulturellen also, die Arnold Gehlen um 1960 herum feststellte. Die führenden politischen Kräfte und Gruppierungen, gleich welcher Couleur, sind in ihren Grundansichten nicht weit voneinander entfernt. Manche erfreuten sich ob der politischen Ruhe, die jedweden Umsturz im politischen Kontext unwahrscheinlich, ja unmöglich erscheinen ließ. Obwohl die APO-Führer, von Rudi Dutschke über Horst Mahler bis Bernd Rabehl, immer wieder auf der Notwendigkeit insistierten, dass die parlamentarische Demokratie (als politischer Zwilling des Kapitalismus) überwunden werden müsse, erwies sich dieses Unterfangen früh zum Scheitern verurteilt. Das verhasste System war bei realistischer Betrachtung doch zu gefestigt. Der wachsende Wohlstand führte zu einer breiten Akzeptanz. Eine Delegitimierung der politischen Ordnung war nunmehr, anders als in der Weimarer Republik, unmöglich. Darüber hinaus mangelte es nicht zuletzt an einem revolutionären Subjekt. Die (zahlmäßig geschrumpfte) Arbeiterschaft hatte doch weit mehr als nur ihre Ketten zu verlieren, anders als man im 19. Jahrhundert noch von kommunistischer Seite her behaupten konnte. Die Versuche, an deren Stelle die revolutionäre oder scheinrevolutionäre Studentenschaft zu setzen, wie es etwa Habermas zeitweise versucht hat, mussten scheitern. Die Verwurzelung der Aktivistinnen in der Studentenschaft insgesamt erwies sich als eher gering, erst recht galt das bezüglich der Gesamtbevölkerung. Die Frauen-Power bedurfte erst der nötigen Anstöße. Der Blick auf die Dritte Welt und ihre Aufbrüche brachte allenfalls ein geringes Potenzial an revolutionä-

8 Statt anderer: Norbert Frei: 1968: Jugendrevolte und globaler Protest, München 2017.

närem Impetus hervor.⁹ Selbst wenn ein solches durchschlagskräftiges Subjekt vorhanden gewesen wäre: Der relative Wohlstand – gegenüber früheren Jahrzehnten – und die politischen Rahmenbedingungen ließen fundamentale Wandlungsprozesse früh in weite Ferne rücken.

Aufgrund dieser Faktoren, die früh abzusehen waren, erwies sich eine andere Strategie als erfolgsversprechend: die der Kulturrevolution. Diese Methode lässt im Rahmen der Entwicklung der kommunistischen Lehre eine lange Tradition erkennen. Der wohl bekannteste Vertreter dieser Richtung innerhalb des Marxismus war Antonio Gramsci, der einen längeren Weg zur Erlangung der kulturellen Hegemonie anempfahl, ehe es zum Umsturz kommen konnte. Dieses Projekt kann man als unabschließbares erkennen, weshalb es bis in die Gegenwart Revolutionäre stimuliert.¹⁰ Einen Markstein bei der Verwirklichung stellen wohl die – natürlich sehr unterschiedlichen – Vertreter der Frankfurter Schule dar. Die meisten von ihnen schworen früh Formen politischer Umwälzungen ab. Der Verlauf der Novemberrevolution schreckte etliche (neo-)marxistische Theoretiker wohl doch ab. Aus diesem Grund wollten sie neue Wege gehen. In der Emigration in den USA kam dann eine entscheidende Kehre: Der von ihnen vor den 1940er Jahren oft dogmatisch vorgetragene Gedankengang, es gebe einen essenziellen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, eine notwendige Entwicklung vom einen zum anderen, wurde heimlich beerdigt. Das Gastland verkörperte den Gegenbeweis. Von einem Faschismus, der den Hochkapitalismus beerben könnte, war weit und breit nichts zu sehen.

Ein nachhaltiges Ergebnis der Wende einiger Denker der Frankfurter Schule und ihres Umkreises, nach deren Rückkehr in die Bundesrepublik, wird als „intellektuelle Gründung der Bundesrepublik“ beschrieben.¹¹ Das Hauptaugenmerk des Kampfes lag nunmehr auf drei Säulen: Westbindung, Vergangenheitsbewältigung und Demokratisierung. Aus Sicht der Frühzeit der Frankfurter Schule überraschen solche Intentionen deshalb, weil das einstige primäre Analyseobjekt,

9 Einigen Zuspruch konnte Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt a.M. 1981, verbuchen.

10 Zur kritischen Analyse im Hinblick auf die unmittelbare Gegenwart Benjamin Kaiser: Kulturmarxismus, Zühlsdorf 2018.

11 Clemens Albrecht u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik: Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M. 1999 u.ö.

der Kapitalismus, nunmehr in den Hintergrund getreten ist. Diese Neupositionierung überraschte vor allem die revoltierenden Jünger. Sie wendeten das berühmte Horkheimer-Zitat aus dem Jahre 1939 mit Vorliebe auf die Situation der Bundesrepublik der 1960er Jahre an, und dies geschah in so einseitiger Weise, dass der mittlerweile längst dem Establishment angehörende Horkheimer sich von seinen Worten mehrfach distanzierte und sie als zeitbedingt einstufte: Wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, soll auch vom Faschismus schweigen!

Die individualistische Ausrichtung des Grundgesetzes wurde bereits erwähnt. Die starke Stellung der Grundrechte, etwa im Vergleich zur Weimarer Reichsverfassung, ist der deutlichste Beleg dafür. Stehen die 68er-Revoltierenden in der Tradition dieser Stärkung des Einzelnen oder nicht? Zunächst offenbaren die marxistischen Kostümierungen und die kommunistische Ideologie eine Vorliebe für kollektivistisches Gedankengut. Zeitgenössische Kritiker begründen ihre Interpretation der Eruptionen als „romantischen Rückfall“ mit den erkennbaren Tendenzen, die bereits erreichte gesellschaftliche Komplexität wenn möglich zurückzunehmen und diese in kleinere, heimelige Gemeinschaften aufzulösen.¹²

Blickt man hinter die Fassaden, sieht man die Widersprüche: Die meisten Söhne und Töchter der Wohlstandsgesellschaft schwelgten im Wohlstand und legten eine hedonistisch-konsumistische Haltung an den Tag, die man im Nachhinein als bestimmte Ausprägung eines postmodernen Lebensstils ausmacht¹³. Die individualistische Stoßrichtung zeigte sich auch in der ostentativ zur Schau gestellten sexuellen Permissivität, insbesondere in den verschiedenen, medial im Fokus stehenden Kommunen. Diese Haltung kommt in Parolen zum Vorschein, die beispielweise lauteten: „Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“. Man kann also konstatieren: Trotz der marxistischen Maskeraden, die relativ schnell verschwunden sind, förderten die Protagonisten der Revolte die westlich-individualistischen Vorgaben, die für das Grundgesetz zentral sind.

12 So zu lesen bei Richard Löwenthal: Romantischer Rückfall, Stuttgart u.a. 1970; Hintergrund ist dabei der von Ferdinand Tönnies popularisierte Gegensatz von Gesellschaft und Gemeinschaft. Die 68er präferierten eher eine heimelige Gemeinschaft denn die abstrakt-moderne Gesellschaft.

13 Dazu wichtig: Simon Kießling: Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln u.a. 2006.

Die 68er-Bewegung und das Grundgesetz

Zu den Widersprüchen zählt auch das Verhältnis zu USA und „Amerikanismus“. Einerseits protestierte man scharf gegen den Vietnamkrieg und brachte das Kürzel „USA“ in diffamierender Weise in Verbindung mit „SS“ und „SA“; somit legte man in diesem Punkt sicherlich Affinitäten zu Teilen der Vätergeneration an den Tag; andererseits wusste man die einstigen „Befreier“ zu schätzen und führte durch die häufig konsumorientierte Lebenshaltung die „Verwestlichung“ zu Ende. Kein Geringerer als der angebliche Reaktionär Konrad Adenauer und andere aus der CDU hatten diese Weichenstellung initiiert¹⁴ - über viel Spielraum verfügten sie angesichts der Dominanz der westlichen Weltkriegssieger ohnehin nicht. Die Westernisierung war in der frühen Nachkriegszeit noch umstritten, zumal nicht wenige aus der Kriegsgeneration Vorbehalte gegen die „Charakterwäsche“ hegten¹⁵, wie man die „Umerziehung“ pejorativ umschrieben hat. Die für die 68er-Bewegung typischen Ambivalenzen zeigen sich auch im Verhältnis zum Grundgesetz: Gegen zentrale Weichenstellungen liefen viele der Protestler Sturm: Den westlichen Parlamentarismus lehnte man überwiegend als „Formaldemokratie“ ab, ebenso den Kapitalismus, den man nicht zu Unrecht fundamementiert sah in der grundgesetzlichen Eigentumsgarantie. Jedenfalls zeichnete sich kurz nach dem Höhepunkt der Revolte ab, dass die parlamentarische Demokratie nicht zu überwinden war, letztlich also nur einschneidende Reformen als wahrscheinlich erachtet werden konnten. Diese waren im moralisch-gesellschaftlichen Bereich realistisch, zumal bürgerliche Verhaltensweise (etwa im Verhältnis der Geschlechter) bereits vorher in die Krise geraten war. Die Absicht solcher Reformen konnte man unschwer in Einklang mit grundgesetzlichen Bestimmungen bringen,

14 Zum Thema „Westernisierung“ und „Verwestlichung“ vgl. Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

15 Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche: die Reeducation der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen*, 3. erweiterte Auflage, Graz 2010; zur ambivalenten Sicht der USA im Blick der „Abendländer“ vgl. Axel Schildt: *Zwischen Abendland und Amerika: Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre (Ordnungssysteme, Band 4)*, Berlin/New York 1999.

"1968" kam erst in den frühen 1980er Jahren auf



etwa mit dem Artikel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die zwar postuliert, aber öfters nicht im Alltagsleben umgesetzt wurde.

Die Kulturrevolution hatte deshalb auf vielen Feldern Erfolg, weil ihre Protagonisten an Inklusionsprozesse anzuknüpfen in der Lage waren. Diese zeigen sich schon in der frühen Nachkriegszeit.¹⁶ Es zeichnete sich vor dem Hintergrund des ökonomischen Aufschwungs ab, dass bestimmte Gruppen, die vorher rechtlich-sozial eher marginalisiert waren, etwa die Kinder aus dem Arbeitermilieu oder das weibliche Arbeitskräftepotenzial, einen neuen gesamtgesellschaftlichen Stellenwert erhalten mussten. Bereits Ende der 1950er Jahren schuf der Gesetzgeber die Möglichkeit, Studienbeihilfen einzuklagen. Er garantierte damit einen Rechtsanspruch. Weiter entfiel ab 1957, nach einem aufsehenerregenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts, der Stichentscheid in Angelegenheiten des ehelichen und erzieherischen Alltags. Das bedeutet, dass dem Ehemann kein Letztentscheidungsrecht mehr gesetzlich zustand, sondern die Regelungen nunmehr einvernehmlich erfolgen mussten. Nach und nach inkludierte man weitere gesellschaftliche Gruppen, die ehemals nur am Rand stehen: Homosexuelle, Behinderte, im Laufe der Zeit auch immer mehr Migranten und so fort.

¹⁶ Wichtige Hinweise bei Armin Nassehi: Gab es 1968? Eine Spurensuche, Hamburg 2018.

Jedoch gingen die diversen Kulturrevolutionäre über diese Inklusionsprozesse hinaus.¹⁷ Sie beabsichtigten Bewusstseinsänderungen der Untertanen, beispielsweise durch neuen Lesestoff, Medienindoktrination, (schein-)emanzipatorische Pädagogik und so fort. Propaganda sollte die wichtigste Waffe sein. Konkret forderte Dutschke den viel zitierten „Marsch durch die Institutionen“, der jedoch manchen Revoluzzer disziplinierte, quasi zum behördlichen Realo machte. Ursprünglich war als ideologisches Ziel geplant, über mentale Gehirnwäsche zur Gesellschaftsumwälzung zu kommen. Doch nur relativ wenige Avantgardisten verfügten über die Ausstattung, die den Neuen Menschen kreierte. Den meisten Zeitgenossen blieb der Zugang zum „Reich der Freiheit“ verschlossen.

Es zeigt sich hier wie in anderen Kontexten: Wer im Trend liegt, setzt sich durch. Das gilt auch für einen Teil der 68er-Forderungen. Die radikalen Ziele, die ein nicht geringer der neomarxistischen Führer vertrat, mussten mangels Realisierungsmöglichkeiten ad acta gelegt werden. Die schrittweise „soziokulturelle Umgründung“, die Forderungen des Grundgesetzes (wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau) gesellschaftlich implementieren wollte, behielt gegenüber dem utopischen Versuch der Neugründung einer linken Republik die Oberhand. Bald kristallisierte sich die Priorität der Veränderung gegenüber der Zerschlagung der alten politischen und sozialen Strukturen heraus. Diese hatten sich als weitaus lebensfähiger erwiesen, als man ursprünglich meinte. 1968 war doch nicht 1933.

Genau betrachtet kann man von 1949 bis heute zwei in politischer Hinsicht fundamentale Umbrüche erkennen:¹⁸ die Entstehung der Bundesrepublik, der schwierige Neubeginn nach Massenverbrechen und Kriegselend, und die „Berliner Republik“ ab 1990. Selbst diese epochalen Einschnitte kamen nicht ohne Kontinuitäten aus. Da die Zeitgenossen vor diesen Zäsuren und danach die gleichen waren, war es nicht einmal möglich, Führungsfiguren an allen Schalthebeln der

17 Zur Definition von Kulturrevolution vgl. Helmut Kuhn: Die Kirche im Zeitalter der Kulturrevolution, Graz/Wien/Köln 1985, S. 96.

18 Zu den Zäsuren der Bundesrepublik: Claus Leggewie: „Der Mythos des Neuanfangs – Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989“, in: Helmut Berding (Hg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1996, S. 275-302; Alexander Gallus: Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Schwarz: Die Bundesrepublik (wie Anm. 1), S. 35-56.

Macht zu ersetzen. Diese Fortsetzungen sorgten im Nachhinein für beträchtliche Kritik – eine der Quellen für die nachholende Vergangenheitsbewältigung der 68er. Im vereinigten Deutschland schafft es sogar die gewendete SED (mit nur einigen veränderten Buchstaben im Parteinamen) zu reüssieren – ohne großen Widerstand der Etablierten. Dagegen wurden in den 1950er Jahren alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP konsequent verboten. Vor einiger Zeit schon gab der Münchner Historiker Michael Wolffsohn der Befürchtung Ausdruck, anlog zur linken APO könne in gehörigem zeitlichen Abstand von 1990 eine rechte entstehen, die die unbewältigte SED-Vergangenheit dann aufarbeiten könnte. Damit ist aber nicht zu rechnen, ist doch der Schrecken vor dem Ulbricht-Honecker-Regime trotz aller Menschenrechtsverletzungen bei weitem nicht so groß wie vor der NS-Herrschaft mit ihren monströsen Massenliquidationen.

Verglichen mit 1949 und 1989/90 kommt „1968“ nur als soziokulturelle Zäsur herausragende Bedeutung zu. Die Revolte ist in politischer Hinsicht glücklich gescheitert – zur Freude auch einiger Vorkämpfer von damals, die sich heute gerne als „Verfassungspatrioten“ feiern lassen, damals aber nicht selten die Transformation von Parlamentarismus und Liberalismus predigten.

Auf das Verhältnis der Kulturrevolution von 1968, hauptsächlich von Studenten initiiert, zum eigenen Staat, der 1949 das Licht der Welt erblickte, ist noch weiter einzugehen. Der Bezug ist nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Das Grundgesetz ist die Verfassung eines „Staates der Mitte“¹⁹, dessen Gründer sich explizit gegen alle Extreme ausgesprochen haben. Dieses Vermächtnis ist fortwährend aktuell. Die neomarxistische Grundausrichtung der Revolutionäre richtete sich einerseits gegen die repräsentativ-parlamentarische Ordnung der Bundesrepublik, insbesondere gegen die Marktwirtschaft, die meist als kapitalistisch verunglimpft wurde. Andererseits existieren Anzeichen, dass der Einschnitt auch als „soziokulturelle Umgründung“ (Wolfgang Kraushaar) gedeutet werden kann; und in der Tat: Beachtet man die

19 Jörn Ipsen: Der Staat der Mitte. Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2009; Herfried Münkler: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.

großen Staatserzählungen²⁰, die sich im Grundgesetz widerspiegeln, so erkennt man unschwer, dass „1968“ eine Reihe bereits im Grundgesetz angelegte Tendenzen mit Leben erfüllte. Einige der basalen Erzählmodi bundesrepublikanischer Geschichte, die Edgar Wolfrum vorschlägt, sind im Folgenden genannt:²¹

Distanziert zu Nation und Nationalstaat

Nation und Nationalstaat, Supranationalität, internationale Verflechtung, Modernisierung und Demokratisierung, Liberalisierung und Verwestlichung, Belastungs- und Aufarbeitungsgeschichte des Nationalsozialismus, Europäisierung, Normalisierung und Wiedervereinigung mit allen ihren vielen Facetten. Wenngleich die Liste weiter ergänzt werden könnte, sind doch zentrale Themen der politischen Debatten erfasst. Nation und Nationalstaat stand der Großteil der 68er distanziert gegenüber. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass vor dem Hintergrund der Konversion einiger Aktivisten von damals ins andere Lager die Problematik „1968 und Nation“ schon vor einiger Zeit in Mode gekommen ist.²² Die meisten anderen Narrationen sind von den großen Veränderungen um 1970 kaum zu trennen: Gerade Modernisierung, Liberalisierung und Toleranz schrieben sich viele 68er aufs Panier, erst recht die Aufarbeitung der Vergangenheit, die indessen schon lange vor den ersten Anzeichen der Revolte begonnen hat. Zu der großen Narration gehört die Meinung, dass autoritäre und faschistische Einflüsse nach dem Ende der angeblichen Restaurationsperiode endgültig (bis auf marginale Bestände) an Bedeutung verloren haben. Seither wird – eines der vielen linken Propagandainstrumente – in regelmäßigen, immer kürzer werdenden Abständen vor ihrer Wiederkehr gewarnt. Das ist jedoch praktisch ausgeschlossen, ist die Prägung selbst der heute älteren Mitbürger in der Regel anders verlaufen als jener, die den Krieg noch als Erwachsene erlebt haben; erst recht gilt

20 Zum Thema Staatserzählungen vgl. die Aufsätze bei Grit Straßenberger/Felix Wassermann (Hg.): Staatserzählungen. Die Deutschen und ihre Ordnung, Berlin 2018.

21 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 11-19.

22 Zu diesen Konversionen vgl. Manuel Seitenbecher: Mahler, Maschke & Co.: rechtes Denken in der 68er Bewegung? Paderborn u.a. 2013.

"1968": Die Umgründung der Republik

- Zweite Gründung, Neugründung
- "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik"

Der Mythos gründet in dem Anspruch, Neues fundiert zu haben



Oder Katalysatoren des Lebensstilwandels?

dieser Befund für die noch Älteren. Die unterschiedliche Prägung der Generationen wirkt bis heute nach.

Allerdings fällt ebenso auf: Einige Facetten der 68er-Doktrin, wie den Antiamerikanismus und den Antizionismus, aber auch den Antiliberalismus, konnten gewendete Protagonisten auf ihrer Reise von links nach rechts problemlos transponieren. Zu einem Zeitpunkt, als linkes Gedankengut die Republik längst verwandelt hat, mussten Fundamentaloppositionelle Sprünge wagen. Linksextremismus schockierte in den 1980er Jahren und danach die Öffentlichkeit weitaus weniger als Radikalismus von rechts. Das gilt selbstredend auch für die unmittelbare Gegenwart. Wenig verwunderlich ist, dass ein Provokateur wie Horst Mahler in den späten 1990er Jahren der NPD beitrug, nicht den Splittergruppen links der damaligen PDS und heutigen Partei „Die Linke“. Bürgerliche sind von der Wahl des Sozialisten Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten von Thüringen weitaus weniger echauffiert als von Reden Björn Höckes, der (bodenlos polemisch) zum Wiedergänger von Joseph Goebbels stilisiert wird.

II. Der Mythos „1968“: eine Erzählung für die mythenarme Bundesrepublik und das Antidot der Historisierung

Nach 1945 ist Deutschland (jedenfalls im politischen Bereich) ein mythenarmes Land geworden.²³ Der Kontrast zu früher ist auch hier mit Händen zu greifen. Der wohl entscheidende Grund hierfür ist die Instrumentalisierung herkömmlicher Mythen durch den Nationalsozialismus. In den 1980er und 1990er Jahren kristallisierte sich der Holocaust als zentrales Element bundesrepublikanischer Erinnerungskultur heraus. Das ist eigentlich trivial, nachdem es der damalige Außenminister Joschka Fischer in aller Deutlichkeit herausstellte. Auch das Holocaustdenkmal mitten in Berlin ist ausreichender Beleg, ebenso zahllose Mediendebatten. Dennoch ist es nicht ungefährlich, die (gewiss facettenreichen) Begriffe „Holocaust“ und „Mythos“ in einem Atemzug zu nennen. Die Kontroverse um den verstorbenen Historiker Rolf P. Sieferle liefert erneute Hinweise für diese These.²⁴ Einer der Gründe für die Heftigkeit der Diskussion liegt in der Zweideutigkeit des Ausdrucks „Mythos“. Er kann für Lügengeschichten stehen, aber auch – und das meint Sieferle – für eine sinnstiftende Erzählung. Gerade in den letzten Jahrzehnten ist die Feststellung der „Wahrheit des Mythos“ (Kurt Hübner) nach einer Welle der Entmythologisierung-Bemühungen öfters Gegenstand viel beachteter Abhandlungen geworden.

Mythen stiften Vorbilder und begründen Identität

Primäre Aufgabe der Mythenüberlieferung ist es, zwischen den Anfängen (eines Volkes, einer Familie, einer Religion, des Kosmos und so fort) und dem gegenwärtigen Leben eine Verbindung herzustellen, da der jeweilige Beginn immer Weichen stellt, die bis in weit spätere Zeiten, ja teilweise in die unmittelbare Gegenwart reichen. Ein Mythos legitimiert. Er stiftet Vorbilder. Die legendenumwobene Rettung Friedrichs von Preußen im Siebenjährigen Krieg durch seinen Verehrer, den russischen Zaren Peter III., der aus dem Bündnis der

23 Zur Relevanz der Mythen in der deutschen Geschichte vgl. den Überblick bei Herfried Münkler: Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin 2009.

24 Rolf P. Sieferle: Finis Germania, Schnellroda 2017.

Preußengegner ausscherte, schlachtete die nationalsozialistische Führung nach dem Tod des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelts kurz vor Kriegsende propagandistisch aus, um noch Siegeshoffnungen zu wecken. So kann ein alter Mythos durchaus Neues schaffen.

Der Mythos „1968“ ist bereits einige Male beschrieben worden.²⁵ Ein moderner Mythos kehrt in der Regel nicht zu Anfängen zurück, die in unvordenklichen Zeiten liegen; vielmehr gibt er vor, selbst Anfänge kreierte zu haben. So kreist der Mythos „1968“ um die Annahme, am Anfang vieler Entwicklungen zu stehen, die konstitutiv sind für den Verlauf des eigenen Staates. Etliche der Altvorderen reklamieren für sich, die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit angestoßen zu haben. Die frühere Justizministerin Herta Däubler-Gmelin hob den „Aufschrei“ ihrer Generation in der Konfrontation mit den Untaten der „Väter“ hervor. Die Auseinandersetzungen intensivierten sich zweifellos in diesen Jahren, aber begonnen hatten sie schon vorher. Auch diverse Prozesse gegen Täter des NS-Regimes brachten die Politisierung (zusammen mit anderen Ereignissen) erst in Gang. Angeblich stehen die Proteste auch am Ursprung der Gründungswelle von Universitäten. Diese wurden jedoch bereits in den 1950er Jahren geplant, etwa diejenigen an den Standorten Bielefeld und Bochum. Diese Erweiterung von Bildungskapazitäten darf eher als Voraussetzung einer zunehmenden Akademisierung gelten denn als Folge von durch die 68er angestoßenen Reformen.

Typisch auch für modern-mythische Erzählungen ist die Vorstellung, die Entwicklung am Anfang beeinflusst zu haben. Einige Interpreten verwenden deshalb die Umschreibung der Begründung. Man spricht von „intellektueller Gründung“ durch ideologische Vordenker der 68er, den Vertretern der Frankfurter Schule (Clemens Albrecht und andere), „Umgründung“ (Manfred Görtemaker)²⁶, „soziokultureller Umgründung“ (Kraushaar). Realistischer ist es hingegen, von „Katalysatoren des Lebensstilwandels“ zu sprechen, wie es der damalige Aktivist und Autor Frank Böckelmann tut. Dafür existieren etliche Hinweise. Auch in Ländern, die keine Revolte verzeichneten, weil es die politischen Umstände nicht zuließen, etwa in Spanien und Portugal,

25 Statt anderer: Gerd Langguth: Mythos ‚68: Realität und Folgen, München 2001.

26 Zur Kritik vgl. Ipsen: Der Staat (wie Anm. 19), S. 283 f., der die Folgenlosigkeit der 68er-Bewegung für die Verfassung konstatiert. Indirekte Auswirkungen auf die Gesetzgebung sind jedoch kaum zu bestreiten.

Wie äußert sich dieser Mythos?

- "68" als Aufschrei der Aktivisten gegen die Untaten der Väter (Herta Däubler-Gmelin)

Vergangenheitsbewältigung bereits vor 1968 intensiv, literarisch wie juristisch

- Die Hochschulgründungswelle geht auf die Studentenbewegung zurück

Bereits Ende der 1950er Jahre Planungen neuer Hochschulen, etwa in Bochum

lässt sich ein ähnliches Wertepreferenzspektrum (demoskopisch leicht festzustellen) wie in jenen Staaten erkennen, in denen die Unruhen starken Widerhall fanden. Der einschneidende Wertewandel infolge des Wirtschaftswunders war schon vorher wahrzunehmen. Die politischen Neuorientierungen fungierten dabei eher als ein Epiphänomen. Sie folgten erst nach Verhaltensänderungen im kulturellen Bereich. Gemeint sind Formen von Lebensführungsproblemen, einschließlich weitreichender Wandlungen im Bereich der Sexualmoral. Der subjektive Lustgewinn hatte für viele Vorrang. Die medial aufsehenerregenden Kommunarden machten das nur explizit, was sich im privaten Bereich längst verändert hatte.

Der Umbruch folgte weitgehend den Mustern spezifischer Modernitäts- und Emanzipationsprozesse. Ein Blick auf eine derartige Einordnung in die Geschichte der Bundesrepublik wie auf modernitätsspezifische Vorgänge und Mechanismen wirkt mythenzertrümmernd. Die primär ökonomisch bedingte Individualisierung und eine Reihe politischer Einflüsse (vornehmlich die vergangenheitsbedingte Belastung vieler eigenen Familien im Dritten Reich) führte zu einer nachhaltigen Schwächung grundlegender Institutionen. „Haltende Mächte“ (Hans Freyer) wie Familie, Nation, Staat und Kirche erfuhren einen weitreichenden Kontroll- und Vertrauensverlust. An dieser Diagnose ändert auch die Tatsache nichts, dass eine neuere Studie die Zahl und Heftigkeit von Konflikten in den Familien etwas relativiert.²⁷ Mancher der Aktivisten hat längst eingeräumt, dass der eigene Vater

²⁷ Christina von Hodenberg: Das andere Achtundsechzig: Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.

(ob mit oder ohne „Vergangenheit“) Sympathien für das Handeln der Söhne und Töchter bekundet hat, ob heimlich oder offen. Den Jungen wurde nur selten schroffe Ablehnung für ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Aufklärungsabsichten zuteil. Das wiederum beschleunigte oft den Autoritätsverlust zusätzlich.

Doch diese Entwicklungen beschleunigten lediglich, was die gesamte Moderne hindurch beobachtet werden konnte. Wichtige Arbeiten der Gesellschaftswissenschaften legen davon Zeugnis ab. Bereits Soziologen der klassischen Moderne um 1900 – unter ihnen herausragend der Franzose Émile Durkheim – arbeiteten die Haltlosigkeit der neueren Zeiten (im wahrsten Sinn des Wortes) heraus. Die seinerzeitige Gegenwart schleifte tendenziell einstmals intakte Geländer. Regelwerke, Institutionen und grundlegende Normen, die dem Einzelnen im Normalfall Festigkeit und Stabilität verliehen haben, verloren ihre Bindewirkung. Durkheim hat diese offenkundige Erkenntnis in seiner Studie über den „Selbstmord“ dargelegt.²⁸ Er begriff darin den Suizid nicht ausschließlich als persönlichen Entschluss; vielmehr betrachtete er die gesellschaftlich-institutionellen Hintergründe. In manchen Milieus, etwa dem katholischen, konnte man eine relative Resistenz gegenüber der Auslöschung des eigenen Lebens feststellen. In anderen Milieus, beispielsweise den Großstädten, waren die „haltenden Mächte“ nicht selten geschwächt.

Betrachtet man die verschiedenen Formen von jugendbewegten Reformwellen in der Neuzeit, so waren die katalytisch wirkenden Faktoren in den 1960er Jahren so nachhaltig und beschleunigend wie nie zuvor. Blicken wir kurz zurück: Als von jugendlichem Elan beseelt kann die Epoche des „Sturm und Drang“ gelten, die besonders mit Goethes „Werther“ verbunden ist. Im Anschluss an dieses enorm rezipierte Werk bildete sich eine jugendbewegte Symbolik aus, etwa die Werther-Tracht, die besonders den Freiheitsgedanken herausstellte. Doch die gesellschaftlichen Institutionen waren so intakt, dass die Reformimpulse bald verebbt sind. Protagonisten wie Goethe vollzogen bald eine Kehrtwende und wechselten in staatliche Dienste. Ebenso erging es den Aufbrüchen der lockeren Literatengemeinschaft „Junges Deutschland“ im frühen 19. Jahrhundert. Diese Gruppe kam nicht gegen die reaktionären Bestrebungen des Zeitgeistes an.

28 Émile Durkheim: Der Selbstmord [1897], Frankfurt a.M. 2014.

Bereits vor 1914 werden zahlreiche Aspekte der Jugendlichkeit virulent, und das ganze 20. Jahrhundert gibt es über Jugendkultur eine breite Debatte.²⁹ Eine breitere Basis besaß die Jugendbewegung, die bald nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist und den Generationenkonflikt zum Ausdruck brachte: Diejenigen, die die „Stahlgewitter“ erleiden mussten, lehnten sich gegen die Älteren auf, die die Ereignisse lediglich aus der Ferne mitbekommen hatten. Die verschiedenen jugendbewegten Gruppen, die sich in allen weltanschaulichen Milieus bildeten, wollten ein Stück weit die Erfahrungswelt der Front, sofern sie als positiv in Erinnerung blieb, bewahren. Dazu zählte vor allem das Gemeinschaftserlebnis, das der verbreiteten, als individualistisch-kommerziell empfundenen Welt vor 1914 entgegengesetzt wurde. Erheblich antidemokratisch-antiliberalen Einstellungen in den betreffenden Zirkeln sind nicht zu übersehen. Ein Teil der Jugendbewegung absorbierte der Nationalsozialismus. Dessen Führungsgestalten wiesen einen geringeren Altersdurchschnitt auf als die Politiker konkurrierender Parteien.

Die Jugendbewegung, die in den 1960er Jahren entstanden ist, umfasste diesmal diejenigen, die aufgrund der Gnade der späten Geburt kaum oder keine persönlichen Erinnerungen an das Grauen von Gewalt und Terror mehr hatten. Strukturelle Gemeinsamkeiten mit den Jugendbewegten der 1920er Jahren bestanden gleichwohl: die Idealisierung der Welt, die Präferenz für Gemeinschaft, der Hang zu Experiment und Veränderung und andere.

Verhaltensmuster und spezieller Verlauf der Studentenrevolte, die sich zu einer Kulturrevolution in allen Alltagsbereichen entwickelten, bis in Kleidung, Haartracht und veränderten Sexualverhalten hinein, lassen modernespezifische Ausprägungen erkennen. Dazu zählt – unabhängig von den Anlässen, etwa die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg und die Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg – eine Entmächtigung der Institutionen. Eine solche Depotenzenz kann man schon im frühen 20. Jahrhundert konstatieren. In spezifischen Kontexten (wie in den 1960er Jahren) kann das unter Umständen Emanzipationsbewegungen und Staatskritik deutlich fördern. Die Hin-

²⁹ Mit Hinweisen auf die umfangreiche Literatur vgl. den Überblick bei Bodo Mrozek: Das Jahrhundert der Jugend? in: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.): Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters, Bonn 2017, S. 199-218.

tergründe sind erklärbar und keinesfalls mythisch. Anfänge anzunehmen, ist in diesem Zusammenhang als eindeutig ideologisch-zweckhaft zu bewerten. Teilweise handelt es sich um eindeutige Reaktionen auf vorhergehende Entwicklungen.

III Desorientierungswirkungen von Freiheitsgewinnen

Die Unsicherheit der Einordnung der 68er-Bewegung bleibt bis heute, nicht zuletzt auf der semantischen Ebene. Die Umschreibung „68er“ kam erst Ende der 1970er Jahre auf. In den frühen 1980er Jahren wollten sich einige Protagonisten der Friedens-, Umwelt und Frauenbewegung von ihren Vorläufern distanzieren und griffen diese Begriffskonstruktion auf. In der Tat hatten diese Aktivisten etwas andere, konkretere Hintergründe und politische Vorstellungen als die stark ideologisch-utopisch ausgerichteten Gesellschaftsveränderer der späten 1960er Jahre. Insofern kann man die Ideenwelt der 68er sowie ihre Aktionen und deren Wirkungen (ob gewollt oder nicht) durchaus unterscheiden.³⁰

In den 1970er Jahren hob man begrifflich noch auf die direkten Ereignisse ab: Es wurde von „APO“, „SDS“, „1967er“, Studentenrevolte und so fort gesprochen. Erst später reflektierte man die generationenbedingten Prägungen, die über die feststellbaren Protestaktionen und Demonstrationen hinausgingen. Die Frauen- und Umweltbewegung, die im Laufe der 1970er Jahre stärker wurde, grenzte sich verstärkt gegen die Protestbewegung der späten 1960er ab. So kam der Ausdruck „68er“ in Mode. Es existierten nicht nur altersspezifische Erfahrungen, sondern auch Voraussetzungen, die zwei oder drei Jahrzehnte vorher nicht vorhanden waren. Eine entscheidende notwendige, wenngleich nicht hinreichende Präsupposition war der Wohlstandsfaktor, der opportunitätsspezifische Überlegungen zuließ. Man musste sich nicht mehr um das nackte Überleben sorgen. Rainer Langhans, einer der

30 Ich berufe mich bei diesem Kapitel gelegentlich auf die Ausführungen bei Felix Dirsch: Mit spitzer Feder gegen den Zeitgeist. Ausgewählte konservative Zeitschriften und ihre Kritik an kulturrevolutionären Tendenzen, in: Becker/Dirsch/Winckler (Hg.): Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution, 2. Auflage, Graz/Stuttgart 2004, S. 64-99.

Protagonisten, nannte diese Voraussetzung in einem seiner Interviews explizit. Der Unterhalt war gesichert – in welcher Höhe auch immer. Man brauchte, rein statistisch gesehen, einen immer geringeren Anteil des Durchschnittseinkommens für den Erwerb der Grundgüter. Wenn diese „Hintergrunderfüllung“ (Gehlen) infolge des Wirtschaftswunders zu keiner Zeit unsicher war, konnten sich die Angehörigen dieser Alterskohorte anderen Aufgaben zuwenden. Es liegen noch weitere generationenspezifische Beeinflussungen vor. Dazu zählen die verbesserten Bildungsmöglichkeiten: Die Zahl der Schulen und Universitäten ist gestiegen. Die 68er nutzen die gewandelten Kapazitäten, hatten aber an deren Schaffung kaum Anteil. Jetzt kommt es vielerorts zu einem breiten bildungsspezifischen Aufstieg, begleitet von einer entsprechenden Mentalität („Mein Kind soll es einmal besser haben“). Die veränderte Wirklichkeit, die einen neuen Umgang mit ihr erforderlich machte, war eine Gemeinsamkeit, die alle Angehörigen der Jahrgänge (etwa von 1938-1948) miteinander mehr oder weniger verbunden hat.

1968: Eine vielfältige Protestkultur

Man weiß heute, dass „1968“ vieles bedeuten kann: Proteste gegen Notstandsverordnung und Vietnamkrieg, Kommunenkultur; neue Strategien des gesellschaftlichen Umgangs mit der Obrigkeit (Sit-ins, Go-ins, Teach-ins etc.); sich langsam ankündigende, neue Geschlechterverhältnisse; bewusstseinsverändernde Drogen in nicht nur marginalen Zirkeln und vieles mehr. Der Wandel war an allen Ecken und Ende zu besichtigen. Nach einiger Zeit relativer gesellschaftspolitischer Stabilität in den 1950er Jahren zeigten sich nun überall Dissoziationserscheinungen. Man löste sich vor dem Hintergrund der neuen (auch finanziellen) Möglichkeiten überall von herkömmlichen Strukturen. Verstärkt wurden solche Ablösungsvorgänge durch die deutlichen Unterschiede in den Lebensläufen. Zu den Emanzipationsprozessen trugen nicht wenig die Lasten der Vergangenheit bei, die man (häufig pauschal) der älteren Generation unterstellte. Die Historisierung der 68er-Bewegung, die wichtigste Methode der Mythenzertrümmerung, in das Kontinuum der Zeithistorie ist relativ

einfach.³¹ Einige spezifisch nationale Kontexte sind kurz und ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufzuzählen:

Das Wirtschaftswunder hat vielen Freiheitsspielräume verschiedener Art ermöglicht. Es entstand langsam eine Vielfalt von Optionen. Viele Menschen wurden disponibler, die Mobilität stieg aufgrund der Zahl der vorhandenen Fahrzeuge und PKWs, die in immer größerer Stückzahl abgesetzt werden konnten. Anzeichen des beginnenden Massentourismus machten sich bemerkbar. Die kommunikative Reichweite (und damit der Wahrnehmungshorizont) ist für viele gewachsen – eine Folge des nunmehr verbreiteten Fernsehens. Die neuen Individualitäten zeigen sich auch in einer verstärkten Lösung von Herkunftsmilieus. Die Arbeiterschaft spürte die Veränderungen ebenso wie kirchliche Verbände. Nichts mehr von der Wiege bis zur Bahre! Zu denen, die solche Freisetzungen bevorzugt in politische Zielsetzungen und Aktivismus umsetzten, gehören primär Studenten. Diese waren sich ihrer Bedeutung angesichts vieler neuer Berufe in den Bereichen Ausbildung, Wissen und Dienstleistung bewusst. Das „Tertiärbürgertum“ (Arnold Gehlen) erhielt durch den Umbruch der Arbeitswelt eine deutliche Aufwertung. Die Rationalisierung der Arbeitswelt setzte Spielräume frei, die nicht zuletzt in längere Ausbildungs- und Studienzeiten umgesetzt werden konnten.

Vertreter der in Deutschland noch relativ jungen Wissenschaft der Demoskopie konnten offenkundige Wertewandelprozesse dokumentieren. Um 1960 zeigten Trendpfeiler in eine neue Richtung: Zivil-individualistischen Werten, etwa der persönliche Konsum und persönliches Wohlergehen, wurde ein allgemeiner Vorrang gegenüber kollektiven eingeräumt. „Volk“ und „Nation“ verloren ihre Rolle als dominante Identifikationsfaktoren. Die Bindung an die Kirchen schwand zusehends, nachdem sich in den Jahren unmittelbar nach 1945 noch viele von denen Trost zusprechen ließen, die nicht mehr zum Gros der Gottesdienstbesucher zählten. Die Säkularisierung zeigte sich unter anderem im zunehmenden Auswahlchristentum, das Religionssoziologen nunmehr verstärkt untersuchten.

Die „Linkswende“ (Habermas) war damit eingeleitet. Sie blieb selbstredend auch auf konservativer Seite nicht verborgen.³² Dem entsprach

31 Ausführlichere Hinweise bei ebd., S. 64-71.

32 Helmut Schelsky: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975.

ein bald offenkundiger „Fundamentalliberalismus“ (Jürgen Habermas) im politischen Bereich. Die Affäre um das Magazin „Der Spiegel“ 1962 ist im Nachhinein als ein erstes Wetterleuchten (auch im Hinblick auf spätere politische Aktivitäten) zu deuten. Eine gewisse Faszination entwickelte das Ideenkonglomerat „1968“, weil es die Laboratorien des aufgeklärt-progressiven Geistes aus dem 18. und 19. Jahrhundert (und seine Metamorphosen) partiell in die Gegenwart versetzte. Von ungefähr 1960 bis 1980 erkennt man leicht eine erlösungsschwangere Begeisterung für theoretische Texte.³³ Der heiße „Sommer der Theorie“ zog viele auch außerhalb der akademischen Sphäre in seinen Bann. Doch die Umstürze funktionierten höchstens in der Theorie, nicht in der Praxis. Den Terrorismus und das K-Gruppen-Milieu kann man als letztes, verzweifertes Aufbäumen verstehen, diese Evidenz doch noch widerlegen, was misslingen musste. Bis heute wird über die Kontinuität der (relativ breiten) Protestbewegung zu den sektenhaften K-Gruppen und terroristischen Splittergruppen gestritten.³⁴

Da die Umbrüche ein weites Spektrum erfassten, von der persönlichen Lebensführung über die Politik bis hin zu sämtlichen Bereichen der Alltagskultur, bietet es sich an, einen weiten Nenner im Rahmen der Interpretation zu wählen. Zunehmende Freiheiten generieren Dispositionsspielräume. Da Freiheit ein existenzieller Wert ist, der den Menschen als Menschen (neben anderen Faktoren) konstituiert, kann er dieses Moment nicht ablegen. Die breiten Debatten um Freiheit, vornehmlich in Kontexten der Existenzphilosophie und des Existenzialismus, die den Menschen zumeist als zur Freiheit verdammt begreifen³⁵, sehen in der Freiheit ein nicht abzulegendes apriorisches Konstitutivum. Selbst in einer etwaigen freiwilligen Aufgabe, ja sogar Vernichtung der Freiheit im Suizid liegt noch ein Moment der Freiheit. Bei der kollektiven Nutzung von Freiheitsgewinnen, die natürlich in sehr unterschiedlicher Weise verläuft, bleiben Misserfolge im Kontext

33 Philipp Felsch: Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte 1960-1990, München 2015.

34 Aus zeitgenössischer Sicht vgl. Hermann Lübke: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart 1978; aus der Retrospektive: Bettina Röhl: „Die RAF hat euch lieb“: Die Bundesrepublik im Rausch von 68 – Eine Familie im Zentrum der Bewegung, München 2018, die beide von engeren Zusammenhängen ausgehen.

35 Eines der meistrezipierten Bücher aus dieser sehr umfangreichen Literatur ist der Klassiker von Jean-Paul Sartre: Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie, Reinbek b. Hamburg 1991.

des Nationalsozialismus verquickt; weithin lehnte man Kirche und Religion als „Opium des Volkes“ ab. Säkularisierungstendenzen waren um 1970 unübersehbar.

Re-Ideologisierung als Religionsersatz

Die Reideologisierung in etlichen Staaten der freien Welt bot einen Ersatz. Kurzzeitig dienten der (Neo-)Marxismus und seine Dogmen als „intellektuelle Pseudokompensationen der Desorientierungswirkungen von Freiheit“.³⁸ Führergestalten wie Stalin, Lenin und „Onkel Ho“ repräsentierten eine Zeitlang die Identifikationsfiguren. Mit ihnen konnten demokratische Politiker kaum konkurrieren.

Die meisten der Demonstrierenden betätigten sich in den anfangs noch locker organisierten Organisationen als Durchlauferhitzer. Nur relativ wenige schlossen sich für einen längeren Zeitraum in „Deutschlands rotem Jahrzehnt“ (Gerd Koenen) den vielfältigen K-Gruppen an³⁹, die aus dem Zerfall von APO und SDS hervorgingen. Erst recht gilt das für das Unterstützerfeld des Linksterrorismus, der sich vor allem aus diesem (stark radikalisierten) Milieu speiste. Es handelte sich nur um kleine Anteile, die aber konsequent handelten und Gewalttaten nicht verschmähten. Die straffe Organisation, die in den K-Gruppen zumeist vorherrschte, generierte einen Typus von autoritärer Persönlichkeit, die Autoren wie Adorno durch einschneidende gesellschaftliche Veränderungen eigentlich beseitigt wissen wollten. Nun tauchte diese Persönlichkeitsstruktur auch auf der Linken auf.

Für die verbreitete Desorientierung gibt es diverse Beispiele. Einige der Widersprüche waren besonders auffallend. Genannt wurde bereits die westlich-individualistische Lebensweise bei gleichzeitiger scharfer Ablehnung der USA. Einerseits setzte man sich überall für Befreiung aus repressiv-autoritären Strukturen ein, andererseits jedoch wählte man Vorbilder, deren Freiheitsfeindlichkeit nicht größer hätte sein können. Die plakative Schau von Massenmördern, die vor allem deshalb gewählt worden waren, weil sie die extreme Negation des Nationalsozialismus darstellten, verblüffte bereits viele Zeitgenossen.

³⁸ Lübke: „Konzessionismus“ (wie Anm. 36), S. 46.

³⁹ Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution. 1967-1977, Köln 2001.

Mit Freiheit hatten Stalins Gulags ebenso wenig zu tun wie die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Ein weiterer Gesichtspunkt ist anzuführen:

Einer der Hauptkritikpunkte bestand bekanntlich in der Ablehnung des Kapitalismus. Die Protagonisten präsentierten unzählige Versuche, diesen Zustand zu verändern. Dennoch stand am Ende aller Bemühungen immer wieder der Supermarkt, wohin alle Wege der Revoluzzer zu führen scheinen. Darüber hinaus fällt auf: Etliche führende Persönlichkeiten stilisierten sich zu Juden, mit denen man sich in puncto Verfolgung mitunter auf eine Stufe stellte. Dennoch sprach man sich gegen Solidarität mit Israel aus, ja stellt sich sogar offen auf die Seite der Palästinenser, die nach dem Siebentagekrieg von 1967 als angeblich hauptsächliche Opfer des Konflikts galten. Im eigenen Land störten SDS- und APO-Mitglieder Vorlesungen unliebsamer Professoren jüdischer Herkunft wie Helmut Kuhn und Ernst Fraenkel, aber auch die des Remigranten und Altphilologen Kurt von Fritz. Eben diese Attacken waren für viele bürgerlich-konservative Hochschullehrer, etwa dem Münchner Politikwissenschaftler und bayerischen Kultusminister Hans Maier, der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es kam im November 1970 zur Gründung einer Gegenveranstaltung. In Bad Godesberg erblickte der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ das Licht der Welt⁴⁰, der sich 2015 auflöste. Damals wandte er sich – prominente Mitglieder waren unter anderem Thomas Nipperdey, Hans Maier, Erwin K. Scheuch und Wilhelm Hennis – vornehmlich gegen den verbreiteten Psychoterror an Universitäten und gegen die Störung von Vorlesungen. Erste Keime des Widerstandes gegen die Kulturrevolution sprossen, wengleich der Zeitgeist immer noch von Linken und Linksextremisten geprägt war.

Der Protestbewegung wohnte eine Dynamik inne, die niemand steuern konnte, auch nicht die lokalen Sprecher. Die neue Koalition von SPD und FDP 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt absorbierte schrittweise den reformwilligen Teil der Neuen Linken. Deren radikaler Teil wechselte zu den verhältnismäßig kleinen K-Gruppen. Ihr Einfluss war weitaus geringer als das Getöse, das um sie gemacht

40 Vgl. Till Kinzel: Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ im Widerstand gegen die Achtundsechziger, in: Becker/Dirsch/Winckler: Die 68er (wie Anm. 30), S. 112-136.

wurde. Sie beerbten die zerfallende 68er-Bewegung. Es ist schwierig, ein Ende der Unruhen anzugeben. Manchmal wird die Auflösung des SDS (nach dem Unfalltod des Adorno-Schülers Hans-Jürgen Krahl) als Datum angegeben.

Eine eigene Darstellung erforderten genauere Erörterungen über die Anlässe von „1968“, die das Fass zum Überlaufen brachten. Die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorgs, dessen Hintergründe immer wieder von neuem diskutiert werden, das Attentat auf Rudi Dutschke und die Reaktionen darauf, die Proteste gegen die Springer-Presse und viele kleinere Verstöße gegen die Etikette, die die kritische Intelligenz (und das, was sich dafür hielt) als provokant empfand, sind integraler Bestandteil von „1968“.

IV: 1968 und wir: der lange Schatten der Revolte

Ob eher der Ausdruck „Revolution“ oder „Scheinrevolution“ angemessener ist – darüber streiten sich diejenigen, die um das Deutungsmonopol der Ereignisse ringen. Klare Ziele fehlten, ein politischer Umsturz war nicht geplant. Er wäre auch nicht zu bewerkstelligen gewesen. Der amtierende Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger war als Symbolfigur kaum mit Ludwig XVI. zur Zeit der Französischen Revolution zu vergleichen.

„1968“ zählt bis heute zur Legitimationsbasis der Republik, obwohl die Zeit schon wieder längst vorbei ist, als man die 68er endlich – nach einem langen Marsch durch die Institutionen – zur Macht gekommen sah. Das war vor zwei Jahrzehnten der Fall, als Gerhard Schröder Helmut Kohl als Regierungschef ablöste. Zweifellos hat die Linke schon vor längerer Zeit die Schalthebel der Macht in Politik und Medienwelt besetzt.

Im Rückblick betrachtet – so eine verbreitete Meinung – hat die Kulturrevolte die Gesellschaft toleranter, bunter, ziviler, mit einem Wort: besser, gemacht. Die Deutschen sind schon seit längerem in ihren grundsätzlichen Wertepreferenzen kaum verschieden von ihren europäischen Nachbarn. Die Deutschen benehmen sich seit geraumer Zeit

als die europäischen Musterknaben schlechthin, die die Welt retten:⁴¹ den Euro, das Klima, die Demokratie in Polen und Ungarn, den Großteil jener Migrant*innen, die nach Europa einwandern und einiges mehr. Angesichts dieser herkulischen Aufgaben sind Tendenzen, sich selbst abzuschaffen, kaum verwunderlich. Die Belastungen für Rechts- und Sozialstaat sind immens und lassen sich relativ genau beziffern – eingeschlossen hoher Folgekosten, etwa infolge des Familiennachzugs.

Bei aller Kritik der Spätfolgen der Kulturrevolution, wie sie besonders Günter Rohrmoser in einem umfangreichen Werk immer wieder vorgetragen hat:⁴² Die heutige Linke unterscheidet sich doch mehrheitlich in mehreren Punkten vom Hauptstrom der 68er-Agitation. Die einstigen schroffen Kapitalismus-Kritiker mutierten relativ schnell zu Befürwortern globaler Deregulierung. Die ostentativen Befürworter von Toleranz und Weltoffenheit plädieren für Durchlässigkeit der Grenzen, die in hohem Maße der Wirtschaft nützt und vor allem die Profite steigen lässt. Erhebliche, ungesteuerte Zuwanderungsbewegungen innerhalb Europas (und von außerhalb) führen zu Lohnabsenkung, Belastungen für den Sozialstaat und zu einer tendenziellen Erhöhung der Miete, besonders in den Ballungsräumen. Nur relativ überschaubare Teile der politischen Linken erkennen das Dilemma, etwa die „Linken“-Galionsfigur Sarah Wagenknecht. Sie erkennt zumindest den Zusammenhang von National- und Sozialstaat, wenngleich sie in ihrer Partei damit weithin isoliert ist.

Ein anderes Beispiel ist ebenso aufschlussreich. Ein Ziel der Gesellschaftskritiker und ihrer Vordenker vor fünfzig Jahren war eine größere Beteiligung des Volkes an den politischen Entscheidungen. Partizipation schrieben die Aktivisten groß. Johannes Agnoli, einer der wichtigen Theoretiker der APO, verfasste eine Schrift mit dem Titel „Die Transformation der Demokratie“. Die repräsentative Demokratie – so der italienische Politologe – bevorzuge bestimmte Schichten und tendiere dazu, die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit zu ignorieren. Die Repräsentation verschleierte politisches Oligarchentum. Öfters

41 Pointiert auf den Punkt gebracht: Markus Vahlefeld: Mal eben die Welt retten. Die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Mit einem Vorwort von Henryk M. Broder, Köln 2017.

42 Stellvertretend für andere Publikationen vom gleichen Autor: Günter Rohrmoser: Geistiges Vakuum – Spätfolgen der Kulturrevolution: Plädoyer für die christliche Vernunft, Bietigheim 1997.

hat man bereits bemerkt, dass dieses Argumentationsschema auf der Linken die Parlamentarismus-Kritik auf der Rechten (in den 1920er Jahren) lediglich variiere.⁴³ Die Antipoden sind, wie so oft, gar nicht weit voneinander entfernt. Habermas und Agnoli wussten um Affinitäten zu Carl Schmitt, der natürlich andere Ziele verfolgte, so sehr er auch in der kritischen Methode mit ihnen übereinstimmte.

Bei den 68er Linken ist das eigene Volk verhasst

Wenn man die Diskussionen der unmittelbaren Gegenwart betrachtet, so reibt man sich die Augen. Nichts ist weiten Teilen der Linken so verhasst wie das Volk, der „große Lümmel“ (Heinrich Heine). Leute, die skandieren „Wir sind das Volk“, sind in höchster Weise verdächtig. Populismus ist das Schimpfwort schlechthin. Die Eliten präferieren eher erziehungsdiktatorische Maßnahmen, um die vermeintlichen Gefahren einzuhegen. Erstrebte die Linke ehemals vermehrte Partizipation, so sieht sie heute überwiegend größere Anteile der Bevölkerung an demokratischen Prozessen als Problem, erst recht gilt das für die Volksgesetzgebung.⁴⁴

Aber auch andere Vorfälle der letzten Jahre lassen manchen Beobachter zweifeln, dass die heutige Linke den seinerzeitigen Aktionen unvoreingenommen zustimmen kann oder gar muss. Manche Handlungsweise von damals kopierte man auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Die Sponti-Tricks blieben nicht ureigenes Gut der selbsternannten Progressiven. Mit den 68er-Ereignissen entstand, gleichsam in deren Windschatten, deren Pendant:⁴⁵ die Neue Rechte in einigen Facetten. Das kann wenig verwundern, ist ein solches Vorgehen, das nunmehr die Seiten wechselte, doch charakteristisch für im Grunde genommen ohnmächtige Minderheiten, die auf ihre Lage aufmerksam machen wollen. Auch die Ästhetik übernahmen die neuen Situationisten.

43 Hartmuth Becker: Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas. (Beiträge zur Politischen Wissenschaft), Berlin 2003.

44 Stellvertretend für andere: Frank Decker: Der Irrweg der Volksgesetzgebung: Eine Streitschrift, Berlin 2016.

45 Grundlegend für diese Zusammenhänge: Thomas Wagner: Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten, Berlin 2017.



Die Linke hat bereits vor Jahrzehnten die kulturelle Hegemonie erobert, zwischenzeitlich auch die politische. Ihre Vertreter sind längst an den Trögen politischer wie informationeller Macht. Eines von den vielen Indizien für diesen Sieg ist darin zu sehen, dass sich der einstige Gegner CDU mittlerweile größtenteils auf der Linken verortet, jedenfalls inhaltlich. Schon der so genannte Geißler-Süßmuth-Flügel der CDU in den 1980er Jahren, einige Zeit schon vor der Merkel'schen Neujustierung der Partei, machte sich Teile des 68er-Gedankenguts zu eigen. Die Sozialdemokratisierung der CDU ging Hand in Hand mit der Christdemokratisierung der SPD. Dem politischen System haben diese Angleichungsprozesse nicht gutgetan, entsteht auf diese Weise ein Vakuum, das erst später gefüllt wurde – in den 2010er Jahren, als sich zunehmend bürgerlicher Widerstand formiert, der sich nicht mehr ins gewachsene Parteiengefüge integrieren ließ und dauerhaft auf neue Optionen setzte. Aus der Konkursmasse der CDU, deren Selbsterstörung am Ende der Ära Merkel offensichtlich ist, ging die Alternative für Deutschland (AfD) hervor.

Zu den Gründen für diese oft als „Rechtsruck“ bezeichnete Entwicklung zählen weithin konsensuale Entscheidungen, die die Polarisierung in der Bevölkerung nicht mehr widerspiegeln.⁴⁶ Daher die oft bemerkte, schematisch-idealtypische Unterscheidung von Eliten

⁴⁶ Zur Kritik der Konsensdemokratie vgl. Josef Schüßlburner: Konsensdemokratie. Die „Kosten“ der politischen „Mitte“, Schnellroda 2010.

und Volk. Die offizielle Opposition gegen die offenkundig missglückte Energiewende, die europarechtswidrige Eurorettungspolitik wie auch gegen die gegen das Grundgesetz verstoßende Migrationspolitik hielt sich in engen Grenzen. Die Folgen für Deutschland – gerade in finanzieller Hinsicht, aber auch weit darüber hinaus – waren gravierend. Nicht nur das Parteiensystem wandelte sich insofern, als die größtenteils im konstitutionell rechten Spektrum anzusiedelnde Alternative für Deutschland entstand, die zumeist mit den üblichen Totschlagsargumenten angegriffen und ausgegrenzt wird. Der Widerstand brachte weiter neue Bewegungen hervor, die unterschiedlich arbeiten: Pegida wie auch die Identitäre Bewegung erregten beträchtliches Aufsehen mit ihren Protesten gegen das linke Establishment. Obwohl der Widerstand friedlich verläuft, kommt es gelegentlich sogar zur Kriminalisierung der Opponenten.

Vorläufergruppierungen existierten bereits vor diesen politischen Zuspitzungen. Die Konservativ Subversive Aktion machte schon vor einem Jahrzehnt von sich reden.⁴⁷ Unter anderem kreuzten Mitglieder des losen Verbandes, als dessen Übervater der Verleger und Autor Götz Kubitschek, oft als wichtigster Vertreter der Neuen Rechten apostrophiert, wirkt, bei einer Jubelveranstaltung zum vierzigsten Jahrestag von „1968“ an der Humboldt-Universität auf. Die Störer wollten in Erinnerung rufen, dass Massenmörder seinerzeit als Ikonen herumgereicht wurden und bis heute wenig oder gar nichts von ihrem Mythos verloren haben.

Selbstverständlich existiert zwischen den relativ jungen Mitgliedern der Identitären Bewegung und den zeitgenössischen Kritikern von „1968“, die schon in den 1970er Jahren Konzepte einer Neuen Rechten präsentierten⁴⁸, kein direkter Bezug. Zu den wichtigsten publizistischen Gegnern der Revolte wird Armin Mohler gerechnet, der immer wieder als Übervater der heutigen Neuen Rechten um Götz Kubitschek und seinen Kreis herausgestellt wird.⁴⁹ Auch der kürzlich in Dänemark verstorbene Gelehrte Henning Eichberg, der in seinen späteren Lebensjahren dezidiert von Konzepten der Neuen Rechten abgerückt

47 Vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 118-135.

48 So frühe Wahrnehmungen bei Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg im Brsg. 1975.

49 Zuletzt wirkmächtig bei Weiß: Revolte (wie An 47), bes. S. 39-62.

ist und sich auf Seiten der dänischen Sozialdemokraten engagierte, versuchte in jüngeren Jahren (in partieller Kopie der 68er-Konzepte) Widerstand dagegen zu initiieren.⁵⁰ Kubitschek wiederum bildet einen Transmissionsriemen zu Aktivisten von der IB. Sie erhalten von ihm und seiner Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“ ideelle und wohl auch materielle Unterstützung.

Die Neue Linke und ihre Vertreter beabsichtigten einst die Bundesrepublik zu einem utopisch-sozialistischen Staat umzubauen, den sie jedoch nicht mit realsozialistischen Organisationsstrukturen verwechselt wissen wollten. Spontan-subversive Aktionen waren ein Teil ihrer Strategie. Bekannt war den Protagonisten die Kritik Herbert Marcuses (und anderer Theoretiker) am Typus eines entfremdeten Menschen, den nicht nur die kapitalistischen Länder hervorgebracht hätten, sondern auch die des realen Sozialismus. Im Gegensatz dazu verfolgen die Mitglieder der Identitären Bewegung (mit vergleichbaren Mitteln) durchaus konservative Ziele: Sie wollen auf den „Großen Austausch“ (Renaud Camus) in Europa aufmerksam machen und zu seiner Beendigung beitragen.

Das Vorgehen ist mitunter durchaus spektakulär. So provozierten Mitglieder der Identitären Bewegung, mit besonderer Medienresonanz, im Rahmen ihrer spektakulären Erklimmung des Brandenburger Tores. Ihre zentrale Botschaft besteht in dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer wenigstens relativen ethnokulturellen Identität. Illegale Schlepperei soll enttarnt werden, die sich meist als Seenotrettung legitimiert, in Wirklichkeit jedoch ein weiteres Einfallstor für ungesetzliche Einwanderung öffnet.⁵¹

Auch inhaltlich gibt es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen Konzeptionen, die auch als Folge der 68er-Agitation sukzessive Breitenwirkungen weit über das intellektuelle Milieu hinaus erhalten haben, und zentralen Meinungen der Identitären.⁵² Multikulturelle Entwürfe enthalten im Kern doch die Vorstellung, dass unterschiedliche, vornehmlich eingewanderte Kulturen gleichberechtigt seien, besonders in Relation zur autochthonen Lebensweise. Einen Vorrang

50 Vgl. ebd., S. 32-38.

51 Alexander Schleyer/Martin Sellner: Defend Europe: Eine Aktion an der Grenze, Schnellroda 2018.

52 Vgl. Weiß: Revolte (wie Anm. 47), S. 79.

des Eigenen (im Sinne des Herkömmlichen, Ursprünglichen) gibt es nicht. Der Relativismus ist hierbei mit Händen zu greifen. Doch auch der Ethnopluralismus betont das Trennende, die Differenz zwischen den Kulturen. Jedoch wird der eigenen Kultur ein gewisser Vorrang eingeräumt, die anderen Lebensweisen indessen keinesfalls angegriffen.

V. Der „Kulturbruch“ (Karlheinz Weißmann) nach einem halben Jahrhundert

Das legendenumwobene Datum ist längst zur Legitimationsfigur heutiger politisch-kultureller Auseinandersetzungen geworden. Manche interpretieren die Entstehung der Alternative für Deutschland, das Wirken der Pegida-Bewegung und der Identitären als späten Widerstand gegen die Kulturrevolte und ihre vielfältigen Konsequenzen im letzten halben Jahrhundert. Während die einen in der Revolte die Ursprünge der modernen aufgeklärten Zivilgesellschaft konstatieren, sehen andere erste Hinweise für den Niedergang Deutschlands, den Verlust von Werten, Traditionen, Autoritäten und Gemeinschaftsbindungen. Auch institutionelle Ligaturen verloren an Relevanz. Den Gewinnen (an Freiheiten) stehen zweifellos Verluste gegenüber (unter anderem an Sicherheiten). Bemüht man sich um eine saubere Historisierung von „1968“, ist unschwer zu erkennen, dass es sich weder um Ereignisse handelt, auf die man rundherum stolz sein kann⁵³, noch um solche, die das Böse an sich verkörpern und mit den Worten „Unser Kampf“ umschrieben werden können⁵⁴.

Wer das Annus mirabilis untersucht, kommt nicht herum, die vielfältigen Voraussetzungen zu beleuchten. Auffallend sind die mit lautem Getöse einhergehenden Protuberanzen im Rahmen von Modernisierungsprozessen. Verschiedene Freiheitsgewinne, bedingt vor allem durch Emanzipationszuwächse als Folge des Wirtschaftswunders und

53 Mit viel Lobhudelei: Gretchen Dutschke: 1968: Worauf wir stolz sein dürfen, Hamburg 2018.

54 So zum vierzigjährigen „Jubiläum“ die teilweise polemische Retrospektive von Götz Aly: Unser Kampf: 1968 – ein irritierter Blick zurück, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 2008; zum fünfzigjährigen Gedenken vgl. die sachlichen Einwände bei Karlheinz Weißmann: Kulturbruch '68. Die linke Revolte und ihre Folgen, 2. Auflage, Berlin 2018; eine weitere negative Bilanz aus konservativer Sicht: Josef Kraus: 50 Jahre Umerziehung. Die 68er und ihre Hinterlassenschaften, Lüdinghausen/Berlin 2018.

technischer Rationalisierungsvorgänge, führten zu Desorientierungswirkungen. Vielfältige Dissonanzen bildeten wohl unvermeidliche Begleiterscheinungen. Neue Spielräume mussten, wohl unabwendbar, ausgetestet werden. Fehlschläge im größeren Stil blieben dabei nicht aus. So erwiesen sich die Experimente in den Kommunen bald als misslungen. Sie zerfielen in kurzer Zeit. Ihr Ruhm währt jedoch bis heute. Wie im kindlichen Stadium spielt die Versuch-und-Irrtum-Methode auch auf der kollektiven Ebene eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hervorzuheben ist, dass die diversen Anlässe (Anti-Schah-Proteste, Dutschke-Attentat, Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und andere) nicht vom zivilisatorischen Kontinuum gelöst werden können. Formen von Radikalisierung findet man in den K-Gruppen der 1970er Jahre, erst recht im Terror der RAF und ihres Umfeldes.

Versailler Vertrag (Diktat von 1919) Weg zur Auslösung des Zweiten Weltkriegs (1939)

<p>Prof. Dr. Hartmut Froschke</p> <p>Die Deutschen in Polen 1918 bis 1939</p> <p>Wiedergeburt des Staates Polen Hauptstädte und Vorgeschichte</p>  <p><small>Herausgeber: Landmannschaft Ostpreußen e. V. Landesgruppe NRW</small></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 0 auto;">DIN A5, 32 Seiten</div>	<p>Gerdt Schultze-Rhönhof</p> <p>Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanhänge 1939</p>  <p><small>Herausgeber: Landmannschaft Ostpreußen e. V. Landesgruppe NRW</small></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 0 auto;">DIN A5, 36 Seiten</div>	<p>Dr. Siegfried Scheil</p> <p>Deutschland, Polen und England Das Jahr 1939 - Polens Annexion und der Weg zum Krieg</p>  <p><small>Herausgeber: Landmannschaft Ostpreußen e. V. Landesgruppe NRW</small></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content; margin: 0 auto;">DIN A5, 32 Seiten</div>
---	--	---

**Der Abgabepreis beträgt 2,00 Euro/Broschüre.
Ermäßigter Preis (15,00 Euro) bei Abnahme von 10 Stück.
Bei Postversand zzgl. Versandkosten.**

Bestelladresse:

Landmannschaft Ostpreußen - Landesgruppe NRW e.V.
Postadresse: Brigitte Gomolka, Buchenring 21, D-59929 Brilon
Tel.: 02964-1037, Fax: 02964-945459 - E-Post: Buero@Ostpreussen-NRW.de

Aber auch umfangreiche Reformer beriefen sich auf die dynamischen Zeiten um 1970.

Auch im Verlauf der Zeitgeschichte ist an den dynamischen „langen“ 1960er Jahren, die erst mit dem Ende des Reform- und Wachstumselans Mitte der 1970er Jahren endeten, nichts ungewöhnlich. Die relativ kurze Periode, das halbe Jahrzehnt von „Stalingrad bis zur Währungsreform“ (Martin Broszat), wie ein verbreiteter Buchtitel lautet, darf als Phase ungeheurer Umbrüche gelten. Der Zwangsmobilität vieler Millionen Menschen auf deutschem Territorium, etwa Heimatvertriebener, Displaced persons und zurückgekehrter Kriegsgefangener, folgte eine Epoche verhältnismäßiger Stabilität, Autorität und vielfältiger Restriktionen, gerade in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Zu vermeiden war dies in Anbetracht der Situation wohl nicht, mag man auch später manche Exzesse bedauern. Neue Aufbrüche im Anschluss, schubhaft seit den frühen 1960er Jahren, sind im Nachhinein eher als konsequent zu sehen. Danach folgten wiederum Phasen, die man in toto als pragmatisch bewerten kann. Die 1980er Jahre werden öfters als „bleierne Jahre“ beurteilt, was im Kontinuum der Zeitgeschichte durchaus plausibel ist. Ob man den „Kulturbruch '68“ positiv oder negativ betrachtet, hängt vom eigenen weltanschaulichen Standpunkt ab. Dass „wir alle“ '68er seien, wie der frühere Chefredakteur der „Welt“, Thomas Schmid, schon vor einiger Zeit vollmundig behauptete, darf man bezweifeln. Die „Dialektik der Aufklärung“ kann man auch in solchen emphatischen Zeiten feststellen – vielleicht gerade in diesen. Auf viele der Spätfolgen trifft das ohnehin zu.

Der Beitrag ist die redigierte Langfassung des Vortrags von Professor Dr. Felix Dirsch während der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt ZFI am 16. Juni 2018-10-29

Gerd Schultze-Rhonhof

Der UN-Welt-Pakt über „Sichere, Geordnete und Reguläre Migration“ - Schleußenöffner für weitere Masseneinwanderung

Das vorliegende 34-Seiten Papier ist der Entwurf des UN Sekretariats für das im Dezember 2018 durch die Staats- und Regierungschefs der UN-Mitgliedsstaaten zu verabschiedende unverbindliche Abkommen über gesteuerte und legale Migration. *(Das Dokument ist im Internet in englischer Sprache zu finden unter : [refugeesmigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf](https://www.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf))*



Dieser Pakt-Entwurf über reguläre Migration muss zusammen mit dem zeitgleich entstandenen Pakt-Entwurf über Flüchtlinge bewertet werden. Ein Pakt-Entwurf über die dritte, für Europa besonders belastende Migrantengruppe, die irregulären Migranten, fehlt, nämlich über Regeln für die Behandlung der illegalen, unkontrollierten Völkerwanderung.

Das Ziel des Pakts ist es, gesteuerte, legale Migration weltweit als ein „für alle Beteiligten vorteilhaftes Geschehen“ in „sichere, geordnete und reguläre“ Bahnen zu lenken und Einflussfaktoren zu reduzieren, die Menschen daran hindern, in Gegenden und Staaten auszuwandern, die ihnen ein erstrebenswertes Leben bieten (Ziff.12). Der Pakt bestätigt das Recht der souveränen Staaten auf eine eigene



Global Compact
FOR **Migration**

Migrationspolitik im Rahmen des eigenen nationalen Rechts, soweit es internationalem Recht entspricht. Er bestätigt das nationale Vorrecht, die Migration im eigenen Land nach nationalem Recht zu regeln, und er überlässt es den Staaten, in ihrem Bereich über reguläre und irreguläre Migration zu unterscheiden (Ziff.15, Abs.4).

Der erkennbare Schwerpunkt des hier vorliegenden Entwurfs liegt auf der Forderung nach einer Verstärkung der weltweiten Arbeitsmigration.

Den Hauptteil des Pakts bilden 23 Zielsetzungen

(hier in Kurzfassung):

- 1. Ziel:** Ermitteln und nutzen genauer und **aufgeschlüsselter Daten** als Grundlage für eine Fakten-orientierte Migrationspolitik (Ziff. 17). Hier werden umfangreiche statistische Erhebungen über die Migranten, ihre Familien, Bildungsstand, „Wandermotive“, Migrationskosten, länderbezogene Migrationsprofile und ein umfangreiches internationales Meldewesen sowie Datenschutz gefordert. Dazu gehören auch Haushaltsmittel und geeignetes und geschultes Personal. Als Vorbild wird die 9 Tage vor Veröffentlichung dieses Entwurfs von der Afrikanischen Union beschlossene „Afrikanische Beobachtungsstelle für Migration und Entwicklung“ (OAMD) genannt.
- 2. Ziel:** Vermindern der **Migrationsursachen** (Ziff.18). Diese Ziffer enthält 1. Empfehlungen an Entwicklungsländer zur Behebung ihrer innewohnenden ökonomischen Migrationsursachen und 2. Empfehlungen an Staaten, die von Dürren, Umweltkatastrophen und Klimaveränderungen bedroht sind. Staaten wie Deutschland wird empfohlen, Hilfslieferungen, Rettungskapazitäten und Evakuierungsplanungen für fremde Bevölkerungen in Not vorzuhalten.
- 3. Ziel:** Bemühen, **Frühwarnungen** über sich anbahnende, reguläre Migrationsbewegungen zu erstellen und zu verbreiten und Strategien für ihre Vorhersage zu entwickeln. Dazu eine konsulare Begleitung auf den Migrationsrouten durch die Heimatstaaten und eine gezielte Information der ankommenden Migranten über ihre Rechte und Pflichten, die Registrierung, die Arbeits- und Wohnbedingungen, den Zugang zur Grundversorgung und zur Justiz durch die Aufnahmeländer.

4. **Ziel:** Sicherstellen, dass alle Migranten **Personalpapiere und Pässe** erhalten, in den Herkunftsländern durch dortige Behörden und bei Geburten unterwegs oder im Ankunftsland durch die Konsulate der Herkunftsländer. Bei ungeklärter Nationalität sollen die Prüfanforderungen so geändert werden, dass die Betroffenen nicht von einer Grundversorgung und den Menschenrechten ausgeschlossen sind.
5. **Ziel:** Verbessern der Möglichkeiten zur legalen Arbeitsmigration und deren Familiennachzug durch **Abbau fast jeder Einschränkung**; dies zur Deckung von Arbeitskräftebedarf in den Gastgeberstaaten.
6. **Ziel:** Erleichtern fairen Anwerbens und **fairer Arbeitsbedingungen** in geregelter Arbeit für Migranten zur Vermeidung von Ausbeutung, Missbrauch, Schuldenfallen, Kinderarbeit, Vertragslosigkeit und Einbehaltung von Pässen, Personalausweisen und Arbeitsverträgen. Es wird gefordert, das im nationalen Arbeits- und Strafrecht zu verankern.
7. **Ziel: Minderung der Gefährdungen** während der Migrationsbewegung zum Beispiel zum Schutz gefährdeter Frauen, unbegleiteter Kinder, Behinderter, Alter, Schleuseropfer und Angehöriger von Minderheiten durch schützende Begleitung, ärztliche Hilfe, Rechtsbeistand, Konsularschutz und Beratung.
8. **Ziel: Retten von Leben**, suchen nach vermissten und bergen und beerdigen von toten Migranten sowie informieren von Hinterbliebenen, dazu das Ausstatten von legalen Migrationsrouten mit Informations- und Konsulatsstellen.
9. **Ziel:** Verstärken der Abwehr von grenzüberschreitendem **Migranten-Schmuggel**, dazu internationaler Informationsaustausch über Schmugglerrouen und dazugehöriger Finanzflüsse, das Beenden der Straffreiheit des Migranten-Schmuggels und das Unterscheiden von zwei unterschiedlichen Straftatbeständen, des Schmuggelns und des Schleusens.
10. **Ziel:** Verhindern, bekämpfen und ausrotten von **Schleuserkriminalität**. Dazu sollen gesetzliche und andere Maßnahmen ergriffen werden, um Schleuser verfolgen und bestrafen zu können und ihre Schleuser-Strecken überwachen zu können. Die Opfer der Schleuser sollen nicht kriminalisiert werden, und ihnen ist Schutz und Hilfe zu gewähren, **bis hin zum begrenzten oder dauerhaften Aufenthaltsrecht in ihrem Zielstaat**.

11. **Ziel:** Grenzsicherung in koordinierter Staaten-Zusammenarbeit zur Überwachung des **geordneten Grenzverkehrs**, zum Schutz der Staaten und regulären Migranten und zur Verhinderung der (irregulären) „wilden“ Migration.
12. **Ziel:** Verbessern der **Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit** bei den Migranten-Aufnahmen, als da sind die Bereitstellung von Informationen zur Einwanderung, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, ggf. den Rückreisezwang, die Bereitstellung von Betreuern vor allem für Frauen und Kinder, von Rechtsberatern und Strafverfolgungs- und Konsulats-Personal und medizinischem Personal.
13. **Ziel:** Gebrauch von **Festnahmen** nur als letztes Mittel. Dazu die Suche nach Alternativen. Festhalten von Migranten nur über die kürzest erforderliche Zeit, ohne Diskriminierung, unter Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Gesetzmäßigkeit, einzelfallbezogen, mit Zugang zu Rechtsmitteln, dem eigenen diplomatischen Dienst, der eigenen Familie, bei ärztlicher Betreuung, Verpflegung und Schulzugang für Kinder. Das Festhalten darf nicht zur Abschreckung von Migration dienen.
14. **Ziel:** Verbessern des **konsularen Schutzes** und der Hilfe während der Dauer der gesamten Migrationsbewegung. Dazu Erweiterung der Konsulatskapazitäten, Abhalten von internationalen Migrationsforen für Konsulatspersonal und Beratung und Betreuung der Migranten durch Konsulatspersonal ihrer Herkunftsstaaten.
15. **Ziel:** Den Migranten einen sicheren Zugang zu einer **Grundversorgung** schaffen, an der die Migranten angemessen mit der ortsansässigen Bevölkerung versorgt und betreut werden können. Dazu soll ein Grundversorgungs-System mit Versorgungs- und Betreuungsstellen vorgehalten werden, das Migranten ohne Diskriminierungen jeglicher Art eine allumfassende Grundversorgung bietet.
16. **Ziel:** Migranten und aufnehmende Gesellschaften befähigen, die Aufnahme und den **sozialen Zusammenhalt** zu vollziehen, und zwar durch gegenseitigen Respekt für Kultur, Traditionen, Sitten und Unterschiede, durch Aufnahme in den Arbeitsmarkt, durch Befähigung weiblicher Migranten, ohne Diskriminierung frei und gleichberechtigt am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, und durch multikulturelle Veranstaltungen.

17. **Ziel:** Alle Formen von **Diskriminierung** beseitigen und eine auf Erfahrung mit Migranten beruhende realistischere, humanere und konstruktivere öffentliche Wahrnehmung fördern. Dazu sollen Hass-Kriminalität unter Strafe gestellt und die Opfer medizinisch, juristisch und psychologisch betreut werden. Dazu sollen die Medien geschult und Medienkampagnen in den Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten gefördert werden.
18. **Ziel:** Die **Fähigkeiten der Migranten** entwickeln und ihre Qualifikationen und Kompetenzen gegenseitig anerkennen. Dazu sollen Vergleichbarkeit und Transparenz hergestellt und verbreitet werden und Förderprogramme für Migranten auf allen Stufen der Aus- und Weiterbildung angeboten werden.
19. **Ziel:** Bedingungen für Migranten und ihre **Auslandsgemeinden (Parallelgesellschaften, im Originaltext „diaspora“)** schaffen, um zur Entwicklung in ihren Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten beizutragen. Dazu soll Migration in die Entwicklungspläne von Staaten und Regionen einbezogen werden, der Beitrag der Migranten und ihrer Auslandsgemeinden (Parallelgesellschaften) für die Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten erleichtert und in Schwerpunktregionen durch eigene Agenturen gefördert werden. Gezielte Unterstützungsprogramme und Finanzprodukte wie Diaspora-Bonds und Diaspora-Entwicklungsfonds sollen die Investitionen und Unternehmen der Migranten und Auslandsgemeinden unterstützen.
20. **Ziel:** Erleichtern der schnelleren, sichereren und billigeren **Überweisungen** von Migranten in ihre Herkunftsstaaten. Dazu sollen die internationalen Regeln des Zahlungsverkehrs angeglichen, die Überweisungsgebühren auf 3% reduziert und der Missbrauch des Migranten-Zahlungsverkehrs für Geldwäsche und illegale Finanztransaktionen verhindert werden. In den Herkunftsstaaten sollen Programme und Finanzinstrumente zur Geldanlage der Migranten geschaffen werden.
21. **Ziel:** Erleichtern und zusammenarbeiten bei der Wiedereingliederung von Migranten bei ihrer **Rückkehr**. Dazu verpflichten sich die Gastgeberstaaten, beim Fehlen von Aufenthaltsberechtigung auf Abschiebung zu verzichten, wenn den Migranten Tod, Folter oder Ähnliches in ihren Heimatländern droht oder ihre Rechtsmittel noch nicht ausgeschöpft sind. Die Herkunftsstaaten verpflichten

sich, die Identitäts- und Nationalitätsfeststellung zu übernehmen und die Rückkehrer möglichst in ihrer regionalen Heimat sicher und menschenwürdig wieder einzugliedern.

22. Ziel: Öffnen der Teilhabe der Migranten an den Sozialsystemen und Mindestlohn-Regeln in den Gastgeberstaaten und einführen von Mechanismen für die **Übertragbarkeit von Sozialleistungen** und verdienten Renten in die Herkunftsstaaten.

23. Ziel: Die internationale Zusammenarbeit und globale Partnerschaft für die **sichere, geordnete und reguläre Migration** stärken. Dabei wird unter Wiederholung vieler schon genannter Ausführungen auf die Notwendigkeit weiterer Bemühungen und die Erfüllung früherer Vertragswerke und Absichtserklärungen verwiesen, die wie die zum Beispiel im Pakt wiederholt zitierte ADDIS ABABA ACTION AGENDA auch verstärkte Finanzleistungen der Industriestaaten fordern.

Aussagen über die Verwirklichung und Folgemaßnahmen:

Verwirklichung: Die Unterzeichnerstaaten entscheiden, einen erforderlichen Apparat (capacity) innerhalb der UN aufzubauen und förderliche Netzwerke einzurichten und zu fördern. Die **IOM** (International Organisation for Migration)¹ soll als Koordinator und als Sekretariat der Netzwerke dienen. Die Unterzeichnerstaaten fordern den Generalsekretär auf, der Generalversammlung alle zwei Jahre über die Fortschritte der Verwirklichung zu berichten.

Folgemaßnahmen: Zur Überprüfung der Fortschritte der Umsetzung des Pakts werden eine Reihe von Routine-Foren und Konferenzen beschlossen, unter anderem ein „Internationales Migrations Überprüfungs-Forum“ im Vier-Jahres-Rhythmus.

Bewertung aus europäischer und deutscher Perspektive:

Die vorgeschlagenen Regelungen für eine geordnete, reguläre Migration durch die Vereinten Nationen sind zu großen Teilen begrüßenswert. Sie regeln Schutz und Rechte für Migranten und geben den

¹ Die IOM ist dem UN Generalsekretär direkt unterstellt und nicht dem UNHCR untergeordnet.

„Auswanderungsländern“ Ziele für deren eigene Entwicklung und die Lebensumstände ihrer Bevölkerungen vor. Sie weisen den „Auswanderungsländern“ Pflichten gegenüber ihren Auswanderern zu, unter anderem auch ihre Pflicht, in Europa abgelehnte Asylsuchende wieder aufzunehmen. Dennoch bleiben aus europäischer und deutscher Sicht erhebliche Kritiken.

Der vorliegende Entwurf erweckt in Teilen den Eindruck, Migration sei ein generelles Menschenrecht. Er erkennt zwar zu Beginn des Textes ausdrücklich das Recht der souveränen Staaten an, im Rahmen des eigenen nationalen Rechts über die Einwanderung ins eigene Staatsgebiet zu entscheiden, doch listet er so viele Schutzregeln und Hilfsversprechen für reguläre und „illegale“ Migranten auf, dass es den Zielstaaten der Migranten in der Praxis kaum möglich sein wird, überbordende Massenmigrationen einzudämmen. Die Sogwirkung der Zielstaaten bleibt damit ungebremst erhalten.

Der Entwurf ist auch der erkennbare Versuch der Vereinten Nationen, jede Art von Migration als einen positiven Beitrag zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels, der Überalterung und des Bevölkerungsschwundes in den „reichen“ Staaten anzudienen. Das Papier verschweigt dabei, dass dies nur auf ein sehr schmales Segment der Zuwanderer zutrifft. Die übergroße Mehrheit aller Migranten kommt als Arbeitskräfte für hochtechnisierte Industriegesellschaften nicht in Frage, und sie werden die alternden Bevölkerungen der Industriestaaten nicht verjüngen, sondern mit der Zeit verdrängen. Ohne diese Abwägung zu beschreiben, ist das Papier nicht das, was es zu versprechen scheint.

Der gravierende Mangel des Entwurfs ist das Verschweigen der häufigsten und zugleich vermeidbaren Migrationsursachen und ihrer Verursacher. Das sind die Bevölkerungsexplosionen in etlichen Entwicklungs- und Schwellenländern und die „Regime-Change-Wars“.

Der Entwurf übergeht die Feststellung aus dem vorhergehenden Bericht des UN-Sonderbeauftragten für Migrationsfragen, P. Sutherland, an den UN Generalsekretär A. Guterres vom 3.2.2017, in dem der Sonderbeauftragte schreibt, dass sich die Bevölkerung Europas bis 2050 um 30 Millionen Menschen vermindern, die Be-

² So hat sich zum Beispiel die Bevölkerung Nigerias in den 20 Jahren von 1998 bis 2018 von 100 Millionen auf annähernd 200 Millionen verdoppelt.

völkerung Afrikas im selben Zeitraum um 1,2 Milliarden Menschen vermehren² wird. Schwund und Wachstum stehen sich demnach im Verhältnis 1 zu 40 gegenüber. Der Sutherland-Bericht selbst und der hier vorliegende Entwurf für einen Welt-Pakt über reguläre Migration werden der Sutherland- Prognose in keiner Weise gerecht, es sei denn, die Vereinten Nationen nehmen eine weitgehende Übergabe Europas an den Bevölkerungszuwachs Afrikas stillschweigend aber sehenden Auges in Kauf.

Der vorliegende Pakt-Entwurf verschweigt damit den daraus erwachsenden dauerhaften Einwanderungsdruck aus Afrika und Vorderasien auf Zentral- und Westeuropa, der sich derzeit schon als Massenmigration darstellt. Massenmigration bildet im Gegensatz zu geringer, geordneter und regulärer Einwanderung ein Problem für die Industriestaaten mit hochentwickelten Sozialsystemen. Der vorgesehene Pakt, der dieses jetzt schon nicht gelöste Problem ausblendet, wird schnell an den Realitäten scheitern. Ihm fehlt damit jede Nachhaltigkeit.

Der Anspruch des Pakts auf die Förderung regulärer Einwanderung ist außerdem ein Eingriff der Vereinten Nationen in die Souveränität der Mitgliedsstaaten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Staaten und Völker haben ein Recht auf das ausschließliche Eigentum am eigenen Territorium und auf die Erhaltung oder Veränderung ihrer eigenen Bevölkerung. Der Entwurf stellt außerdem einseitig die Vorteile der Migration für die Herkunfts-, die Transit- wie für die Gastgeberstaaten heraus und verschweigt die Lasten für die Völker in den Transit- und in den Zielländern. Wenn die entwickelten Staaten in Zentral- und Westeuropa den ständig weiter zunehmenden Bevölkerungszuwachs in Afrika und im Nahen Osten aufnehmen, drohen sie binnen zweier Generationen selbst zu Armutsgebieten zu werden und ihre Sozialsysteme und Rechtsordnungen zu verlieren.

Dem Entwurf fehlt damit auch ein Stück weit seine Objektivität und Glaubwürdigkeit.

Die zweite vermeidbare Migrationsursache sind die „Regime-Change-Wars“, von außen ausgelöste Bürgerkriege zum Sturz

³ US Gen Wesley Clark hat in einem Interview vom 2.3.2007 berichtet, dass er knapp 3 Wochen nach „nine-eleven“ im Pentagon erfahren hat, dass die Entscheidung gefallen ist, dass in den nächsten 5 Jahren in 7 Staaten Systemwechselkriege geführt werden sollen und zwar in IRAK, SYRIEN, LIBYEN, LIBANON, IRAN, SOMALIA und im SUDAN.

autoritärer und unliebsamer Regierungen. Die letzten Beispiele sind Libyen und Syrien³. Hier haben westliche Regierungen aus politischen und wirtschaftlichen Interessen von außen Unruhen geschürt und damit Bürgerkriege entfacht. Die Kriege haben Massenfluchten ausgelöst und im Falle Libyens außerdem das bis dahin verschlossene Ausfalltor für die innerafrikanische Massenmigration aufgestoßen.

Ein weiterer gravierender Mangel des vorliegenden Entwurfs ist, dass er eine Gleichrangigkeit von Sitten, Gebräuchen, Rechtsgewohnheiten und Verhaltensnormen der Migranten und der gastgebenden Völker voraussetzt und deren Anerkennung von den Gastgeber-Völkern einfordert. Die europäischen Staaten brauchen allerdings vor allem eine qualifizierte sowie integrationswillige und -fähige Einwanderung. **Stabile** Staaten und Gesellschaften bestehen aus annähernd homogenen Bevölkerungen. Deshalb müssen die in den europäischen Staaten gebräuchlichen Sitten und Rechtsgewohnheiten, das Demokratieverständnis, die westlichen Wertevorstellungen, das „Menschenbild“ und die religiös entstandenen Moralvorstellungen als nationale Leitkulturen das Ziel der Anpassung von Einwanderern sein und nicht multikulturelle, inhomogene und gespaltene Bevölkerungen. Der Migrationspakt dagegen sieht in seinem 19. Ziel in Ansatz auch ausländische Parallelgesellschaften vor. Reguläre Migration endet in der Regel mit Einwanderung. Sie muss daher in eine Übernahme der „Leitkulturen“ der aufnehmenden Gastgeber-Völker durch die ankommenden Migranten münden.

Die Betonung der Migranten-Rechte in den Transit- und den Zielstaaten ohne gleichzeitige Erwähnung und Durchsetzung der Rechte der gastgebenden Bevölkerungen wird zu eruptiven Spannungen im Umgang miteinander führen. Der Schutz der Migranten vor „Hass-Äußerungen“ darf außerdem nicht in eine Ächtung oder Strafbarkeit der Kritik an aktuellem Migranten-Verhalten und der Kritik an zu starker Einwanderung ausarten.

Bei aller Kritik am Pakt-Entwurf ist den Verfassern zugute zu halten, dass sie versucht haben, ein Konsenspapier unter Beteiligung aller Auswanderungs- und Entwicklungsländer einerseits und aller Aufnahme- und Industrieländer andererseits zu formulieren, das möglichst alle unterschreiben können. Dabei mussten die Entwicklungsländer akzeptieren, dass die Zielländer der Migration ein grundsätzliches Recht auf Migration und die unbegrenzte Aufnahme von Migranten

ablehnen. Sie mussten auch akzeptieren, dass ihnen selbst Forderungen zur Lösung ihrer eigenen Probleme gestellt worden sind, die sie nun vertraglich anerkennen sollen. Sie mussten anerkennen, dass bei aller eigenen Not das Verursacherprinzip gilt.

Kommentar und Zusammenfassung

Das für uns Deutsche überwältigende Problem, das man den UN-Autoren des Entwurfs des Welt-Pakts über Migration nicht anlasten kann, ist das Verhalten der Deutschen Bundesregierung und der Mehrheit im Deutschen Bundestag in der augenblicklichen Situation. Beide Institutionen zeigen keinen Ansatz zur nachhaltigen Lösung der augenblicklichen und der zu erwartenden Masseneinwanderung, sei sie regulär, wie im UN-Pakt geregelt, oder sei sie die irreguläre, „wilde“ Migration. Das wäre **erstens** eine drastische Wende in der Familien- und Kinderförderung in Deutschland, die zur Beendigung des „Demographischen Wandels“ so umfangreich und **teuer** sein müsste wie die derzeitigen Finanzaufwendungen für Migranten. Es wäre **zweitens** die Anpassung des Grundgesetzes, der Gesetze und Verordnungen an die vor 2015 erkannte und seit 2015 eingetretene Lage der massenhaften, unkontrollierten Einwanderung mit ihren für Deutschland schädlichen Auswirkungen. Es wäre dies vor allem ein entsprechendes Einwanderungsgesetz.

Unter der augenblicklichen Gesetzeslage und der derzeitigen Unwilligkeit und Unfähigkeit der Mehrheit der Regierungsmitglieder und der Mitglieder des Deutschen Bundestags, Abhilfe zu schaffen, herrscht folgende Lage: Die Rückführung der illegalen Einwanderer und der abgelehnten Asylbewerber funktioniert nicht. Der zum Teil Jahre dauernde gerichtliche Instanzenweg in Asylverfahren wird nicht abgeschafft. Abschiebehindernisse ufern zu Gunsten der Migranten aus. Die Hindernisse werden selbst bei straffälligen Einwanderern und sog. Gefährdern anerkannt und belassen kriminelle Migranten in Deutschland. Polizei und Justiz kommen gegen Clan- und Banden-kriminalität mit Migrationshintergrund nicht mehr an. Die weitere illegale Einwanderung über Deutschlands Außengrenzen wird nicht konsequent verhindert. Die als „Rettung“ bezeichneten Hilfsdienste von deutschen NGO-Schiffen für Schlepper auf dem Mittelmeer werden geduldet. Hunderttausende illegale Einwanderer konnten und können in

Deutschland untertauchen und werden de facto im Land geduldet. Regierung, „Politik“ und Medien vermischen legale Einwanderer, illegale Einwanderer, Flüchtlinge, Asylsuchende und Nicht-Bleibeberechtigte im Sprachgebrauch und erzeugen damit unangebrachte Vorteile in der Behandlung einiger Migrantengruppen. Regierung, „Politik“ und Medien sind nicht in der Lage, das langfristige Ziel von Integration in Deutschland zu definieren, nämlich die multikulturelle, inhomogene Bevölkerung oder die Assimilation der Einwanderer.

Stattdessen versucht die Bundesregierung, illegale Einwanderung mit Hilfe bilateraler Verträge mit Herkunfts- und Transitländern durch gleichstarke legalisierte Einwanderung zu ersetzen. Stattdessen versucht sie, einen Teil der schon erfolgten irregulären Migration durch administrative Umwandlung zu regulärer Migration zu machen. Stattdessen unterlässt sie sofort wirksame deutsche Interimslösungen für drängende Migrationsprobleme mit Hinweis auf die Verantwortung der EU. Stattdessen klärt sie nicht, was sie mit Integration meint, Multikulti oder langfristige Assimilation. Stattdessen stellt sie einen zeitweiligen Rückgang der Zahl von Zuwanderern als Erfolg dar, ohne das Dauerproblem der afrikanisch-asiatischen Bevölkerungsexplosion zu thematisieren. Stattdessen versucht sie mit Manipulation von Statistiken, Vertuschen der Gesamtkosten, Unterdrückung von Negativnachrichten⁴ und Vortäuschen von Positiventwicklungen durch positive Einzelfallnachrichten die „Problemzonen“ der Massmigration aus dem öffentlichen Bewusstsein fernzuhalten. Stattdessen preisen Politiker und Arbeitgeberverbände die Migration als einen Zustrom von Arbeitskräften und Talenten an, wohl wissend, dass bisher nur etwa zwei Prozent der gesamten Migranten seit 2015 in den deutschen Arbeitsprozess eingliederbar waren⁵. Stattdessen halten Spitzenpolitiker der Altparteien Propagandareden für die Einwanderung nach Deutschland und Schmähreden gegen die Einwanderungskritiker.

Es ist zu befürchten, dass die Deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag den UN-Pakt über Sichere, Geordnete und

4 Die Mehrzahl der in Deutschland begangenen Morde und Vergewaltigungen durch Migranten wird nicht veröffentlicht.

5 Martin Schulz, ehem. Kanzlerkandidat der SPD: „Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold“

Reguläre Migration als Schleusenöffner für weitere Masseneinwanderungen interpretieren und missbrauchen werden.

Bei allem positiven Bemühen des UN-Pakts, Migrationsbewegungen über Staatsgrenzen hinweg humaner, zivilisierter und geregelter zu steuern, löst der Pakt das Kernproblem für Deutschland nicht: die gleichzeitige irreguläre Masseneinwanderung der Zukunft. Ohne eine wirksame Unterbindung der irregulären Masseneinwanderung aus afrikanischen und islamischen Staaten ist abzusehen, dass die Wohnbevölkerung in Deutschland in etwa zwei Generationen in eine mehrheitlich islamische und afrikanische Bevölkerung „umkippt“, dass die hiesige Demokratie in eine islamisch-autoritäre Staatsform mutiert und dass der Ausverkauf des deutschen Sozialsystems erfolgt sein wird.



Wilhelm von Kaulbach: Narrenhaus (1834)

Wikipedia

„Massenmigration ist Völkermord“

von Günther Strauß

Während bundesdeutsche Politiker heute die massenhafte Zuwanderung von Fremden nach Europa und Deutschland begrüßen, wurden derartige Geschehnisse vor wenigen Jahren noch verurteilt. Nachdem China im Jahre 1950 in Tibet einmarschiert war und massenweise Chinesen in das besetzte Land übersiedelten, kam der Bundestag zu dem Entschluss, dass eine Massenzuwanderung einem Genozid an der angestammten Bevölkerung gleichkommt.

Im Jahre 1996 beschloss der Bundestag eine Resolution, welche die Abgeordneten der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einbrachten: Ohne parlamentarische Beratung und ohne Gegenstimmen bei drei Enthaltungen wurde diese beschlossen. Die Abgeordneten hatten sich davon trotz massiver Einschüchterungen, Drohungen mit Sanktionen und Protesten der chinesischen Regierung nicht abbringen lassen.

Deutsche Sorgen um die tibetische Identität

Mit der Bundestags-Entscheidung 13/4445 vom 23.4.1996 verurteilt die Bundesrepublik die chinesische Zuwanderungs-Politik in Tibet, weil dadurch die tibetische Identität „zerstört“ wird, was nichts anderes als ein Völkermord ist. Die wichtigsten Inhalte haben wir nachfolgend kurz zusammengefasst:

Der Deutsche Bundestag, (...)

- *im Hinblick darauf, dass Tibet sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahrt hat, (...) verurteilt die Politik der chinesischen Behörden, die im Ergebnis gerade auch in Bezug auf Tibet zur **Zerstörung der Identität** führt, insbesondere **mittels Ansiedlung und Zuwanderung von Chinesen in großer Zahl** (...)*
- *fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass (...) die chinesische Regierung jede Politik einstellt, welche die Zerstörung der tibetischen Kultur zur Folge haben kann, wie*

z. B. die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl, um die tibetische Bevölkerung zurückzudrängen, und die Verfolgung der Vertreter der tibetischen Kultur; (...) die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Benachteiligungen der tibetischen Bevölkerung aufgehoben werden; alle politischen Gefangenen in Tibet freigelassen werden; (...) dem Verlangen des tibetischen Volkes, die tibetische Kultur und Religion zu erhalten, verstärkt Beachtung geschenkt wird (...).

Es ist schon erstaunlich, wie sich die deutschen Politiker noch vor wenigen Jahren vehement für die Erhaltung von ethnischer und kultureller Identität einsetzen konnten. Damals war man offenbar sogar noch der Meinung, dass eine massenhafte Zuwanderung von Fremden ein Völkermord sei. Die Benachteiligung von Einheimischen war nach Ansicht der Politik ein unhaltbarer Zustand, der beseitigt werden müsse. Und Kultur sowie Religion müssten erhalten bleiben.

Angesichts der heutigen Situation und der Politik in Bezug auf Deutschland erscheint dies geradezu paradox. Für Tibet setzte man sich seinerzeit noch ein. Das eigene Volk ist nur wenige Jahre später völlig egal und die Auslöschung wird sogar noch gezielt gefördert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

Florian Josef Hoffmann
Dreistigkeit siegt

Der Diesel-Skandal ist ein politischer Skandal

Der Dieselskandal ist kein Automobil-Skandal und kein Umwelt-skandal, sondern ein politischer Skandal. Die Politik hat unsinnige Grenzwerte vorgegeben und damit der Industrie ein Bein gestellt. Der größte Skandal ist, dass es der Politik gelingt, dieses Versagen zu verdecken, indem sie erfolgreich das Industrie-Image beschmutzt. Und ihre Dreistigkeit siegt – zulasten von Industrie und Kommunen.

Dabei ist die Sache selbst so einfach zu verstehen: Stickoxide sind Gase, die sich von selbst auflösen und von denen für den Menschen kaum messbare oder erkennbare Gefahren ausgehen. Dementsprechend beträgt die Belastungsgrenze in der Schweiz 8.000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. In Deutschland liegt die Obergrenze in geschlossenen Räumen laut Arbeitsplatzverordnung bei 950 Mikrogramm pro Kubikmeter. Diesen Grenzwert hat der deutsche Gesetzgeber festgelegt, nachdem in medizinischen Tests festgestellt wurde, dass es ab 3.000 Mikrogramm möglicherweise Einwirkungen auf das Befinden von Menschen geben könnte, insbesondere auf asthmatisch vorbelastete oder ähnliche Fälle. So viel die Realität. Dann kommt die Politik.

Ehrgeizige Spitzenbeamte und Politiker auf EU-Ebene im Schulterschluss mit einer regierenden Physikerin denken sich NOx-Niedrigstwerte für die Belastung an Straßen aus, die ihr Image als Umweltsaubermänner/Frauen polieren sollen. Das Ganze ist zehn Jahre her, wird zur EU-Verordnung und schon nimmt das Unglück seinen Lauf. Die europäischen Grenzwerte liegen erst bei 100 Mikrogramm pro Kubikmeter, dann bei 60, heute geplant bei 40, demnächst wohl bei Null. Und niemand wehrt sich so richtig.

An der Spitze des VDA, des Verbandes der Automobilindustrie, also ihrer politischen Vertretung, steht zu dieser Zeit ein verdienter Berufspolitiker, Matthias Wissmann, ein lebenslänglicher Politiker sozusagen, und tut nichts. Jedenfalls ist nichts erkennbar. Er, der VDA-Chef, überlässt die ganze Industrie sich selbst, anstatt mit allen Mitteln gegen den politisch-technischen Humbug aufzubegehren. Da nichts

geschieht, wehren sich die Autobauer dann selbst - aber auf ihre Art. Nun, Autobauer sind Techniker, Techniker suchen nach technischen Lösungen. Es gelingt zwar, den Ausstoß von NOx bei den beliebten Turbodieselmotoren drastisch zu senken, aber für die idiotisch niedrigen EU-Grenzwerte nahe Null reicht es nicht. Also denkt man sich einen Weg aus, wie man die Zulassungsbürokratie an der Nase herumführt. Man steuert den NOx-Ausstoß herunter, sobald das Programm feststellt, dass sich der Motor auf einem Prüfstand befindet. Das ist zwar die Täuschung einer Behörde, aber kein Betrug. Die Behörde erleidet keinen Vermögensschaden, wie das Gesetz es für den Betrug § 263 StGB voraussetzt. Außerdem ist die Abwehrmaßnahme gerechtfertigt, weil die Grenzwerte sichtlich Unsinn sind, also verfassungswidrige Eingriffe in die Handlungsfreiheit.

Ein Schaden tritt erst ein, als die krumme Sache publik wird. Denn was nun droht, sind Fahrverbote für den Diesel-Altbestand und damit dessen wirtschaftliche Abwertung. Ein echter Schaden für Hersteller, Handel und manche Dieselbesitzer.

Ein Versagen der „großen“ Politik

Und schon wieder: Die Drohung mit Fahrverboten ist wieder ein Versagen der „großen“ Politik. Keine Gemeinde käme von sich aus auf die Idee, ganz normal amtlich zugelassene Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen oder Teile ihrer Innenstädte für sie zu sperren. Aber genau an dieser Stelle tritt wieder die große Politik auf, diesmal in Gestalt des Umweltministeriums.

Hoppla, diese Aussage ist etwas unscharf. Das Ministerium tritt nicht selbst auf, es lässt auftreten und zwar in Gestalt eines Abmahnvereins, der den unschlagbaren Namen „Deutsche Umwelthilfe e. V.“ trägt. Der Normalbürger assoziiert damit so etwas wie eine Nothilfe für die arme Umwelt. Wer will sich dem entgegenstellen?

Der Verein ist von seinem wichtigsten Förderer, dem Bundesumweltministerium, mit viel Geld ausgestattet, 4,2 Millionen Euro im Jahr 2016 berichtet Focus am 6. März 2018 (https://www.focus.de/auto/news/abgas-skandal/deutsche-umwelthilfe-wie-die-bundesregierung-mit-steuergeldern-die-diesel-klieger-finanziert_id_8499622.html). Aufgabe des Abmahnvereins ist, landauf landab die Einhaltung von Umweltvor-



Foto: pixabay, webandi

schriften aller Art zu kontrollieren und durchzusetzen. Eine Art private Umweltpolizei sozusagen.

Im Jahr 2006 berief die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) Rainer Baake zusammen mit Jürgen Resch zum Bundesgeschäftsführer. Zuvor war Rainer Baake seit 1998 unter Jürgen Trittin Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Zwei Jahre später, im Jahr 2008, erkannte das Umweltbundesamt den Verein als klageberechtigte Vereinigung nach dem Umwelt-Rechtsbehelfgesetz an. Die Schlagkraft des Abmahnvereins war auf Dauer hergestellt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Trittin hat sich damit praktisch unsterblich gemacht. Unterlassungs- und gerichtliche Unterlassungsurteile sind auf Dauer vollstreckbar. Deshalb grinst Trittin bei seinen wenigen verbliebenen Fernsehauftritten auch immer so siegessicher. Von der echten Mutter des Vereins, dem Umweltministerium, steht in der Presse sonst nichts, obwohl auch andere Ministerien mit der DUH kooperieren. Man regt sich über die Unterstützung durch Toyota auf – wohl um die Öffentlichkeit abzulenken. Vereinfacht kann man sagen: Das einst grün regierte Umweltministerium hat es dauerhaft extern organisiert, Industrie und Kommunen zu drangsalieren. Dabei spielt es offenbar keine Rolle, dass Wirtschaftsminister und Umweltminister in Berlin als Kollegen am selben Kabinetttisch sitzen. Die Schlachten werden draußen geschlagen, zulasten der wehrlosen Bürger, drinnen gibt man sich artig lächelnd die Hand. Alles politisch gewollt.

Nachdem sich die Automobilindustrie nicht gewehrt hat, sollte man meinen, die Gemeinden seien stark genug, sich zu wehren. Immerhin reden wir von Metropolen wie Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und anderen Millionenstädten, deren Eigeninteresse am pulsierenden Verkehr auf der Hand liegt. Herzen ohne Blut pulsieren nicht, und der automobile Verkehr ist nun mal das Blut der Städte.

Die politische Organisation der Städte ist der Deutsche Städtetag. Und hier stellt sich die nächste Falle. Städte sind Verwaltungseinheiten, sind bürokratisch organisiert. Die Städte haben Umweltabteilungen und der Deutsche Städtetag auch. Und welche politische Couleur verdingt sich als Umweltbeamte bei den Städten und beim Städtetag? Die grüne.

Und also schlägt sich der Deutsche Städtetag auf die Seite des Umweltministeriums und des Umwelthilfe-Abmahnvereins - zulasten der Automobilindustrie und gegen die Interessen ihrer eigenen Mitglieder, der Städte. Brav fordert er die teure und unsinnige Umrüstung oder Nachrüstung oder gar ihren Austausch, um ältere Dieselfahrzeuge auf Null-NOx zu trimmen oder zu verbannen. Bezahlen sollen es die Industrie und der Steuerzahler. Der Verbraucher selbstredend auch. Den Innenstädten drohen erst mal weiterhin gesperrte Straßen.

Dass sich alle großen LKWs und alle Kleintransporter praktisch ausschließlich mit Dieselmotoren vorwärts bewegen, wird unter den Teppich gekehrt. Auch dicke Schiffe kurven auf unseren Flüssen ausschließlich mit qualmenden Dieselmotoren durch die Städte Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt und Berlin. Aber der Hinweis auf die idiotischen, realitätsfernen NOx-Grenzwerte wird vom Deutschen Städtetag beiseite gewischt: Das Umweltministerium wisse da mehr, man sei da richtigerweise völlig anderer Ansicht als die Medizin, die Wissenschaft und die Automobilindustrie. Und dem schließe man sich als Deutscher Städtetag an. Das wars dann.

Wie gesagt: Dreistigkeit siegt.

Und die nächste Attacke kündigt sich an: Wahrheitswidrig behauptet Jürgen Resch, Berlin habe ein NOx-Problem, und kündigt gerichtliche Schritte an. Dass hier letztlich das Bundesumweltministerium gerichtlich gegen die Stadt Berlin agiert, regt niemanden auf. Oder doch?

Arminius und die Niederlage des Varus 9 n. Chr.

Mit meinem Sohn, einem 12-jährigen Gymnasiasten, habe ich mich köstlich darüber amüsiert, wie die Gallier „Asterix und Obelisk“ um das Jahr 50. v. Chr.² die hilflos trottelligen römischen Besatzer verprügelten und dank Zaubertrank Caesar und die Römer pffiffig an der Nase herumführten. Jedes neue Heft wurde mit Begeisterung gelesen, auch im Kreis der Kollegen. Keiner wollte sich den Spass durch historische Tatsachen verderben lassen. Diese aber sind wahrlich ernüchternd:

Caesar hat Gallien erobert und besetzt. Er siegte schon in der Schlacht bei Mühlhausen 58 v. gegen den germanischen Sueben-König Ariovist, den gallische Sequaner und Avernier zu Hilfe gerufen hatten. Danach eroberte er mit brutaler Gewalt in nur sechs, sieben Jahren ganz Gallien für Rom und die Romanisierung „als Voraussetzung für die spätere französische Nation“.³ Er selbst gewann dadurch immensen Reichtum. Caesar hatte letztlich nur zwei ernsthafte Gegner:

- * Ambiorix, der als einer der Doppelkönige den gallischen Stamm der Eburonen (heutiges Gebiet zwischen Eifel, Maas und Rhein) anführte. Diese wehrten sich verzweifelt gegen die Römer, konnten sich aber 54 v. nicht gegen die Rachefeldzüge Cäsars halten. Ambiorix floh über den Rhein zu den germanischen Sugambrenn, die ihn entgegen Cäsars Forderung nicht auslieferten. Cäsar gab dann, durch Aufruf an alle Nachbarvölker, Land und Volk der Eburonen zum Plündern und Ermorden frei (De bello gallico VI,31,8-9).
- * Vercingetorix, Anführer der gallischen Avernier, der als Freiheitskämpfer 52 v. bei der römischen Belagerung des Oppidums Alesia unterlag und in Rom geopfert wurde.

1 Zur Autorin:

Studium der Geschichte (Schwerpunkt Alte Geschichte), Germanistik und Philosophie an der Universität Osnabrück; 1. u. 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Publikation des Jugendromans: Arminius greift ein: denn links des Rheins herrschen die Römer – rechts davon herrscht Steuerfreiheit, Kultur-Dialog-Verlag, Spelle 2009.

2 Chr. fällt nachfolgend weg., wie in der Fachliteratur üblich.

3 Franke, Alfred: Rom und die Germanen. Das neue Bild der deutschen Frühgeschichte, Tübingen 1980, S. 292

Der den Römern unterlegene König Ambiorix, dessen bronzenes Kriegerstandbild heute wildblickend mit Streitaxt und Schwert im belgischen Tongeren steht, diente den Comic-Autoren als Vorbild für den Zaubertrankhelden Asterix. Sie bauten ihn zum erfolgreichen Kontrahenten der Römer auf und schufen so zumindest im Comic die Legende der siegreichen Gallier als Vorfahren der Franzosen.

Arminius, der vergessene Held, wiederentdeckt

Wir Deutsche haben im Gegensatz dazu einen tatsächlich höchst erfolgreichen Widersacher Roms als Helden – den Germanen Arminius der Cherusker (17 v. bis 21 n.).

Tacitus würdigte dessen außerordentliche Leistung in seinen Annalen von 110-120 n. Chr.:

„Unstreitig war Arminius der Befreier Germaniens, der das römische Volk nicht am Anfang seiner Geschichte, wie andere Könige und Heerführer, sondern das in seiner höchsten Blüte stehende Reich herausgefordert hat, in den einzelnen Schlachten nicht immer erfolgreich, im Kriege unbesiegt. Er wurde 37 Jahre alt, zwölf Jahre hatte er die Macht in den Händen, und noch immer besingt man ihn bei den barbarischen Völkern.“ (Tacitus, Annalen, II, 88)

Doch was machen wir aus unserem historischen Helden, der die Römer ohne Zaubertrank besiegt hat? Der Althistoriker Alfred Franke stellt dazu fest: „Der Römisch-Germanische Krieg von 9 bis 16 n., dessen Ausgang die Geschichte Europas bis zum heutigen Tag bestimmen sollte, findet bei unseren Historikern verhältnismäßig wenig Beachtung.“⁴

Augustus (63 v. - 14 n.) habe bei der Katastrophennachricht im Oktober 9 n. einen Schock erlitten, wie Sueton es in seinen Kaiserbiographien (*De vita caesarum*) schreibt, seinen Kopf an Türpfosten geschlagen, nichts mehr essen können, sich einen Trauerbart wachsen lassen und bereits ganz Gallien verloren geglaubt. Dieser Augustus schrieb 13 n. in seinem Tatenbericht, der nach seinem Tod in Bronzetafeln gegossen wurde auf Latein und Griechisch für die geneigte Öffentlichkeit:

4 Franke, S. 223

„Germaniam pacavi...“ „Germanien habe ich befriedet...“, (Res gestae Augusti divi, 26).

Kein Wort von der katastrophalen Niederlage der Römer, kein Wort von dem herausragenden Sieg der germanischen Koalition, kein Wort von ihrem siegreichen Heerführer Arminius und dem Rückzug Roms hinter den Rhein. Augustus ließ die für ihn so schmachvolle und desaströse Niederlage des Varus einfach unter den Tisch fallen und behauptete, er habe Germanien „befriedet“, also erobert. Eine glatte Geschichtsverfälschung!

Die o.g. Annalen, die Jahresberichte des Tacitus, die von diesem Ereignis berichten, verschwanden und gerieten in Vergessenheit. Die römische, wie später die mittelalterliche Welt, wusste so gut wie nichts von den Ereignissen des Jahres 9 n. Die „Germania“ des Tacitus wurde 1455 im Kloster Hersfeld aufgefunden, dessen „Annalen“ mit den entsprechenden Kapiteln über Arminius erst 1509 im Kloster Corvey.

Die Entdeckung dieser lateinischen Quellen weckte enormes Interesse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation an den Germanen und an Arminius als „Vaterlandsverteidiger“, wie ihn Tacitus nennt. „Wir sind wer!“, können wir rückblickend die begeisterte Stimmung der Damaligen beschreiben.

Diese Werke bildeten seit dem Zeitalter des Humanismus eine der wichtigsten Grundlagen für das um die Person des Arminius sich verstärkende deutsche Nationalbewusstsein.

Die damalige Geisteselite in unserem Land, angefangen bei Ulrich von Hutten (Arminius, ein Dialog, 1519/29), über Justus Möser, Christoph Martin Wieland, Friedrich Hölderlin, Johann von Goethe bis Heinrich von Kleist und spätere Autoren, schrieben über eine gemeinsame Geschichte, über gemeiname Wurzeln, kulturelle Identität, Ahnen, Tradition, Freiheit und gemeinsamen Ruhm.

Heute: Der verleugnete Held

Doch nach zwei verlorenen Weltkriegen und einer angloamerikanischen Reeducation ist die Erinnerung an die Leistung des Arminius sowie deren Bedeutung auch für uns nicht nur so gut wie

in der Versenkung verschwunden, sondern Arminius gilt vor allem bei unseren deutschen Historikern schon fast als Unperson, als „hinterlistiger Verräter“. Er habe als römischer Offizier mit einer „militärischen Revolte seinen Eid gebrochen“, so Dieter Timpe (1970), der anscheinend nicht bereit war, nach den berechtigten Gründen für den „Eidbruch“ zu forschen.

Zwar räumt der Althistoriker Gustav Adolf Lehmann ein, dass aufgrund der lateinischen Quellenlage bei Tacitus und Cassius Dio der Kampf der Germanen als „antirömische Erhebung“, als „gemeinsame Sache von principes (Stammesadeligen) und plebs (Volk) des cherusischen Stammes und seiner Verbündeten gelten könne“, auch Alfred Franke urteilt entsprechend, doch in der heutigen Literatur überwiegt ein Negativbild von Arminius. Ja, man kann zum Teil sogar von übler Nachrede sprechen. Zumeist ist es das Etikett des „hinterlistigen Eidbrechers“ und „heimtückischen Verräters“. Auch schämte sich ein Autor des Merian-Heftes von 2009 nicht, Arminius sogar als „Verlierer“ zu verfälschen und seinen Artikel derart zu betiteln, da dieser 21 n. von „seinen Verwandten ermordet worden sei“. Abenteuerlicher noch Jutta Laroche: sie meinte sogar, ihm eine homosexuelle Beziehung zu Varus nachweisen zu können.

Die Region Osnabrück schrieb die Bezeichnung der historischen Schlacht auf Schildern und in Katalogen/Broschüren einfach um. Die lateinischen Quellen bezeichnen das Ereignis richtig als „clades variana“, als „Niederlage des Varus“. In Deutschland hieß sie lange Zeit „Hermannsschlacht“, da seit der Lutherzeit für den unbekanntesten germanischen Namen des Arminius „Hermann“ gesetzt wurde. Nunmehr heißt sie nach dem Besiegten „Varus-Schlacht“. So steht es auf allen Straßenschildern des Landkreises Osnabrück. Sogar die Wanderregion heißt jetzt „Varus-Region“. Kein Wort erinnert an den Sieger. Kein Althistoriker hat dem bisher widersprochen. Man hat alles getan, um die Erinnerung an Arminius öffentlich auszulöschen, was weltweit einzig sein dürfte.

Auch eine Würdigung der Bedeutung des säkularen Ereignisses vor 2000 Jahren suchen wir so gut wie vergebens: Die Germania magna, das große Germanien blieb frei, Land und die Menschen rechts des Rheins behielten ihre eigene Kultur und Sprache. Germanien wurde größtenteils nicht romanisiert. Das schuf die Voraussetzung für

die Bildung des deutschen Volkes: „Ein Ereignis weltgeschichtlichen Wendepunktes“, so Franke.⁵

Arminius und die römische Bedrohung

Den lateinischen Quellen zufolge ist Arminius der Sohn des Cheruskerfürsten Sigimer. Er wurde um 17 v. geboren, seinen germanischen Namen können wir nur vermuten.⁶ Die Cherusker (wahrscheinlich „Hirschvolk“ von herut=Hirsch) waren Wesergermanen und lebten zwischen Ems, Teutoburger Wald (Osning), Weser, Elbe und Harz. Der junge Adlige wurde in eine für sein Volk höchst gefährliche Zeit geboren, denn Rom hatte begonnen, das Gebiet östlich des Rheins Zug um Zug zu unterwerfen.

Bereits 15 v. unternahmen die Stiefsöhne des Augustus, Tiberius und Drusus, eine unprovokierte militärische Offensive aus Gallien gegen das linksrheinische Germanien. Die Römer errichteten eine Kette von Kastellen am linken Rheinufer, darunter das Doppellegionslager *Castra vetera* gegenüber der Lippemündung, und die Garnison *Mogontiacum*, Mainz. Insgesamt fünf Legionen wurden im linksrheinischen Verwaltungsgebiet Germanien stationiert.

12 v. begann die Offensive gegen das rechtsrheinische Germanien, die *Germania libera* oder *magna*, durch Drusus, der bei seiner vierten Expedition nach einem Reitunfall starb. Damit scheiterte das bis zur Elbe geplante Eroberungsunternehmen.

Die Offensiven hatten aus nächtlichen Überfällen, Verwüstungen und Einäscherungen von Dörfern, Feldern und Ernten bestanden sowie dem Morden der ganzen Bevölkerung.⁷ Dies fand ein vorläufiges Ende durch den Verteidigungskrieg, den Cherusker und andere rechtsrheinische Völker gemeinsam von 1 n. bis 4/5 n. führten, den „*immensum bellum*“. (Velleius Paterculus, *Hist. Rom.* II, 104,2)

Dieser „gewaltige Krieg“ hatte keinen eindeutigen Sieger. Dass Marcus Vinicius in dreijährigen Kämpfen nicht Herr der Germanen wurde, spricht für die Härte der Kämpfe. Schließlich hatte der herbei-

5 Franke, S. 292

6 Höfler, Otto: Siegfried, Arminius und die Symbolik, (Universitätsverlag) Heidelberg 1961

7 Tac. *Ann.* I, 50 f.; Franke, S. 215

geeilte Tiberius Verträge mit den germanischen Stämmen geschlossen. Darin erlaubten sie als „socii“, Verbündete, nicht als Unterworfenen, den Römern, Kastelle z.B. längs der Lippe zu bauen, ansonsten blieben sie frei. Sie mussten aber die beiden Söhne des Cheruskerfürsten Sigimer – Arminius und Flavus – als Geiseln stellen. Sie wurden zu Offizieren ausgebildet, wahrscheinlich, um sie als Neurömer im Krieg gegen ihr eigenes Heimatland einzusetzen.

Arminius wurde römischer Präfekt (praefectus equitum) einer Auxiliarkohorte, entweder eines 500 (quingenaria) oder sogar 1000 (miliaria) Mann starken Auxiliarverbandes. Er wurde auch Ritter und damit römischer Bürger (civis romanus) mit allen dazugehörigen Privilegien. Velleius Paterculus, Zeitgenosse, Offizier, Historienschreiber, kannte Arminius persönlich; er schrieb über ihn:

„Arminius, ein junger Mann aus fürstlichem Geschlecht, tapfer, klug und energisch, dem das Feuer seines Geistes aus seinen Augen leuchtet“. Außerdem: „Damals gab es einen jungen Mann von vornehmer Abstammung, der persönlich tapfer, schnell von Begriff und über das Maß der Barbaren hinaus begabt war, er hieß Arminius, der Sohn des Fürsten Sigimer, eines Fürsten dieses Stammes“. (Vell. Pat., Hist. Rom. II,118,2)

Augustus schickte seinen Schwager Publius Quinctilius Varus als Statthalter (legatus Augusti pro praetore) im Jahr 7 n. an den Rhein in der Absicht, aus dem freien Germanien (Germania libera) eine römische Provinz zu machen – ein für die Germanen empörender Bruch der gerade von Tiberius geschlossenen Verträge.

Varus verfügte bereits über reichlich Erfahrungen auf dem Gebiet der Provinzverwaltung, u.a. in Syrien. Ihm eilte der Ruf voraus, er habe arm die Provinz Syrien betreten und dann die arme Provinz reich verlassen. Zudem wusste man von seinen harten Bestrafungen. Bei Aufstand o.ä. bedeutete sie für Menschen ohne römisches Bürgerrecht als Todesstrafe die Kreuzigung.

Wäre Germanien römische Provinz geworden, so hätten die Menschen dort ihre Selbstregierung über das Thing verloren und damit ihre Entscheidungsgewalt über Verträge, Krieg und Frieden. Ihnen wären ihre herkömmliche Rechtsordnung und Rechtsprechung sowie ihre Freiheiten allgemein genommen worden, z.B. die der Ortswahl, der Wahl der Gefolgschaft. Außer ihrer Souveränität hätten sie

auch ihre Sprache verlieren können, wie z.B. die Gallier ihr Keltisch. Zusätzlich hätte Rom noch die Rekrutierungsrechte an den jungen Männern in der Provinz erhalten, die in Auxiliarkohorten eingegliedert und überall im Reich militärisch eingesetzt wurden, sowie die Hoheit, Steuern einzutreiben. Das hätte einen Katalog von Steuerabgaben an die römische Verwaltung bedeutet: Provinzsteuer (tributum), Vermögenssteuer für das bewegliche Eigentum und die Kopfsteuer (tributum capitis). Diese Steuern musste ausschließlich der perigrinus, der Bewohner einer römischen Provinz ohne römisches Bürgerrecht, zahlen. Hinzu kamen noch die indirekte Umsatzsteuer sowie Zölle (portoria), auch Binnenzölle. Es drohte also ein rigoroser Eingriff in das Leben.

Arminius – etwa 26 Jahre alt – der wahrscheinlich um 8 n. Chr. in sein Heimatgebiet beordert worden war, um die gewaltsame Provinzialisierung zu unterstützen, muss sich deswegen in einem für uns kaum vorstellbaren inneren Konflikt befunden haben:

Auf der einen Seite hatte er als Offizier viele Privilegien und sämtliche Vorteile des civis romanus. Es lockte die Karriere als angesehenes und ausgezeichnetes Mitglied einer Weltmacht, mit der sich niemand straflos verfeinden konnte. Zudem stand Arminius als römischer Offizier unter Eid. Den Befehl, gegen sein Volk zu kämpfen, musste er unbedingt befolgen, sonst drohte ihm Exekution.

Führte er aber den Befehl aus, so verriet er seine Landsleute und seine Heimat. Das war, wie wir aus einem heftigen Streitgespräch mit seinem Bruder durch seine Mutter wissen, für ihn ausgeschlossen. (Tac., Ann.II,10)

Arminius sprach von „der „heiligen Pflicht gegenüber dem Vaterland“, „von der von den Vätern ererbten Freiheit“, (Tac., Ann.II,10) In einer anderen Rede rief er äußerst kämpferisch: „Die Germanen werden sich nie damit abfinden, dass sie zwischen Elbe und Rhein Rutenbündel, Beile und die Toga gesehen haben. Andere Völkerschaften, die keine Bekanntschaft mit dem römischen Reich gemacht haben, wissen nichts von Blutgerichten und kennen keine Steuern.“. (Tac. Ann.I 59)

So war für ihn der Bruch mit Rom zwingend.

Er selbst hatte die Aussicht, nach einem Sieg durch Ratsbeschluss die Nachfolge seines Vaters Sigimer († 8/9) als Fürst der Cherusker anzutreten und damit eine Zukunftsperspektive unabhängig von Rom.

Wir wissen, dass er Thusnelda, die Tochter eines weiteren cheruskischen Fürsten, Segestes, heiraten wollte.

Es war für ihn aber auch klar, dass er mit seinen germanischen Kriegerern, ungepanzert, schlecht bewaffnet und ungeordnet freikämpfend, gegen die hervorragend gedrillten und bewaffneten, kampferfahrenen Römer,⁸ in einer Phalanx formiert, besonders auf freiem Feld, keine Chance hatte. Es wäre ein aussichtsloses Gemetzel geworden; die Überlebenden, vor allem Frauen und Kinder, wären in die Sklaverei oder den Selbstmord getrieben worden. Arminius wusste, dass der große Aufstand in Pannonien (Westungarn, 6-9 n.) gerade mit 15 Legionen niedergeschlagen wurde.

Die Schlacht

In Germanien vollzog Varus im Frühjahr des Jahres 9 eine gewaltige Demonstration der Macht: Vom Rhein bei Xanten zog er zur Weser mit drei Elite-Legionen, den Legionen XVII, XVIII und XIX zu je 5.000 bis 6.000 Legionären, sechs Auxiliarkohorten zu je 500 Mann und drei Reiterformationen zu je 500 Mann (alles Sollstärken, die nicht immer erreicht wurden), insgesamt also um 20 000 Kämpfer mit Geschützen, dazu einem großen Tross von Vermessungstrupps, Pionieren, Ärzten, Schreibern, Trossknechten, Frauen mit Tragtieren, bespannten Transportkarren für Zelte und Versorgung. Bei einer Breite der Kolonnen von drei/vier Mann und bei Einberechnung der Geschütze, Tiere und Karren ergab das einen Heerzug von gut 20 km Länge!

An der Weser bezog das Heer ein Sommerlager. Im Herbst würde es wieder in ihr Winterlager am Rhein ziehen.

Die schier endlose, metallglänzende Heerschlange wird den Germanen, die sie sahen, einen großen Eindruck gemacht haben, zumal, wenn

8 Fischer, Thomas, aus: Die Armee der Caesaren, Archäologie und Geschichte, Regensburg, o.D.

Römische Brust- und Muskelpanzer bestanden aus Metallamellen, mit Lederriemen gehalten, z.T. individuell gefertigten Kettenhemden aus Eisen oder Bronze; Bronze-Helmen mit Nackenschutz und Wangenklappen, Arm- und Beinschienen, seltener auch metallenen Gesichtsmasken (Offiziere); hohem rechteckigen Schild (scutum); Bewaffnung: als Hieb und Stichwaffe ein Kurzschwert (gladius) und das pilum, ein zur Hälfte eiserner Wurfspieß. Siehe Fischer, S. 163-172, auch Jahn, passim.



Neuerscheinung

Wolfgang Schlüter (Hrsg.)

ARMINIUS IN FLAMMEN

Neuer Forschungsstand
zum Streit um römische Besatzung
und Befreiungskrieg

Mit diesem Buch des Arminius-Forschungsvereins Bielefeld legen sieben Experten neue z.T. spektakuläre Erkenntnisse zum Krieg der Cherusker gegen die Römer vor. Neben der Darstellung der militärischen Kräfte beider Seiten unter den Feldherrn Varus und Arminius sowie des Verlaufs der Kämpfe werden die sensationellen Ergebnisse einer umfangreichen Feldforschung mit Hilfe des LIDAR-Systems sowie durch Luftaufnahmen mit Unterstützung der Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt mit neuen Erkenntnissen zum römischen Lagersystem im Raum Ostwestfalen/Lippe/Weser präsentiert und durch zahlreiche Farbaufnahmen dokumentiert.

Zur Frage nach dem Ort der Varus-Schlacht werden neue Bewertungen vorgelegt. Nachgewiesen wird der bis heute gelegnete Ursprung des Klosters Corvey als Römerlager. Widerlegt wird die verkürzte Darstellung der Geschichte der Extern-Steine als frühchristliche Kultstätte.

**296 Seiten, zahlreiche Abbildungen,
dabei Farabbildungen der Ergebnisse der Feldforschung,
Quellennachweis, umfangreiche Literaturhinweise.**

Preis 26,00 Euro

sie ihre eigene völlig fehlende Panzerung und schwache Bewaffnung sahen, die zum Teil nur aus Keulen und Lanzen aus Holz bestand.⁹

Doch Arminius hatte einige gute Gründe, an einen Erfolg in dem ungeheuren Wagnis eines Kampfes gegen diese Streitmacht zu glauben:

1. Die römischen Truppen befanden sich nun weit im Innern der Germania libera, fern ab von den restlichen zwei Legionen in Mainz, konnten deshalb auch nicht verstärkt werden, wenn sie auf dem Rückmarsch angegriffen wurden.
2. An der Marschroute der Legionen gab es für den Angriff geeignetes Gelände, in dem sich die Legionen nicht zur Phalanx formieren konnten, was ihre Kampfkraft erheblich minderte.
3. Arminius konnte auf eine feste, auf Eid beruhende Koalition von etwa 12 germanischen Völkern¹⁰ zählen und hatte damit fast so viele Kämpfer wie die Römer. Dies gab Chancen auf einen Sieg, wenn die besser bewaffneten Römer keine Möglichkeit hatten, sich zur Phalanx zu formieren und auch ihre Wurf- und Pfeilgeschütze nicht wirksam einsetzen konnten.

Arminius' Vorstellung, wie die Römer zu schlagen seien, kann besonders von einem historischen Beispiel beflügelt worden sein, das er aus seiner Ausbildung zum Offizier kannte: Die Schlacht am Trasimenischen See 217 v., in der Hannibal zwei überlegene konsularische Heere vernichtet hatte. Damals zogen die beiden Legionen, die Hannibal in Richtung Rom einholen wollten, durch einen Engpass zwischen Bergzug und See. Da stürzten sich die Karthager überraschend von den Hängen und trieben sie in den See. Die Rüstungen der Legionäre wirkten sich dabei tödlich aus. (Titus Livius: *Ab urbe condita* 22,2,2-8; Polybios: *Hist.*: 3, 82-84)

9 Pieper, Peter: Die taciteischen Annalen und die Holzfunde vom Bohlenweg XXV (Pr) zwischen Damme und Hunteburg. In: Wolfgang Schlüter/Rainer Wiegels (Hg.), *Rom, Germanien und die Ausgrabungen von Kalkriese* (Osnabrück. 1999), S. 509 - 526.

10 Die Verbündeten, die am Aufstand 9 n. und auch später bis 16 n. unter der Führung des Arminius teilnahmen, lebten zwischen Rhein und Elbe: vor allem Cherusker, Marser, Brukterer, Angrivarier, Ampsivarier, Chattuarier, Sugambrer, Usipeter, Tenkterer, Chatten, Tubanter; wahrscheinlich auch Kaulker und Hermunduren, mehr dazu in: Jahn, ebenso Franke, S. 233, der allerdings von weniger Stämmen spricht.



„Die Hermannsschlacht“ (kolorierte Reproduktion), Gemälde von Friedrich Gunkel, 1862–1864, zerstört im Zweiten Weltkrieg. Foto: wikipedia

Gehen wir davon aus, dass die dreitägige Schlacht gen Varus tatsächlich in Kalkriese stattfand, dann ergibt sich ein verblüffend ähnliches Bild: Das Wiehengebirge zieht sich auf der südlichen Seite über Lübbecke Richtung Kalkriese nordwestlich hin. Auf der nördlichen Seite breitet sich parallel dazu das Venner Moor aus. Dazwischen verläuft der Hellweg¹¹, ein fester Erd-/Sandweg für mindestens 3 bis 4 Mann Breite, die zwingend notwendig war, wenn Legionen schweres Geschütz¹² und vollen Tross mitführten.

Varus zog vermutlich im Herbst 9 n. mit seinem gewaltigen Militärzug von seinem Sommerlager an der mittleren Weser den Hellweg am Fuße des Wiehengebirges entlang. Er vermutete einen Aufstand in der Gegend, glaubte aber, ihn leicht niederschlagen zu können. (Die Römer tappten also nicht, wie in allen Verfilmungen gezeigt, durch einen Urwald.)

Als der Zug eine Enge passierte, stürzten sich die Germanen – wie zwei Jahrhunderte zuvor die Karthager – für die Römer völlig überraschend – von den Hängen in die Flanke des langen Zuges, blockierten ihn vorne und hinten und trieben die Legionäre ins Moor.

11 Jahn, Ralf: Der römisch-germanische Krieg (9 -16 n.), Diss. Bonn 2001 – Hellweg: im Mittelalter Heer- und Fernhandelsstraße, die auf etwa 3 m (Lanznenlänge) von jedem Bewuchs freigehalten werden musste.

12 Schwere Geschütze: große Pfeilabschuss- und Kugelschleuderkatapulte auf Rädern, Abb. Franke, S. 53.

Die Geschütze waren kaum einsetzbar, die gewohnte Gefechtsordnung nicht einnehmbar, die Rüstung wirkte sich für die Legionäre im Moor meist tödlich aus. Die Reiterei unter Numonius Vala floh, wurde aber niedergemacht. Varus stürzte sich ins Schwert.

Die verbündeten Germanen unter ihrem Feldherrn Arminius hatten in drei blutigen Tagen einen säkularen Sieg errungen.

Der Offizier und Zeitzeuge Velleius Paterculus schrieb darüber:

„So wurde das (römische) Heer von einem Feind niedergemacht, den es selbst früher wie Vieh abgeschlachtet, dessen Leben und Tod nur von seiner Gnade oder seinem Zorn abhängig gewesen war.“ (Vell. Pat: Hist. Rom.II)

Rom reagiert, Germanen siegen

Die Vernichtung von drei Legionen war für Rom eine auch politische Kathastrophe: ein tiefer Kratzer im Bild des unbesiegbaren Imperiums. (Um dies vergessen zu lassen, wurden Namen und Nummern der vernichteten Legionen nie mehr vergeben!) Deshalb erhöhte Augustus die zwei im linksrheinischen Germanien verbliebenen Legionen des Unterlegaten Lucius Nonius Asprenas mit äußerster Anstrengung, auch unter Androhung der Todesstrafe, auf acht Legionen!

Im Gegensatz zu der von den Römern stets behaupteten Uneinigkeit der Germanen, die sie durch Bestechungen vielfach selbst geschürt hatten, hielt die Eidgenossenschaft der Stämme¹³ weit über das Jahr 9 hinaus gegen die schon im nächsten Jahr beginnenden Rachefeldzüge des Tiberius. Als der im Jahre 14 Nachfolger des Augustus geworden war, führte sie sein Neffe Germanicus weiter – mit acht Legionen! Doch trotz großer Übermacht gelang ihm kein entscheidender Sieg

13 Ausnahme: Segestes, ein weiterer Cherusker-Fürst, der eine persönliche Feindschaft gegen Arminius hegte. Er hatte die Aufstandspläne an Varus verraten, die dieser aber nicht ernst nahm. Doch dann nahm er am Aufstand teil. Später stellte er sich gegen Arminius und verbot seiner Tochter Thusnelda die Ehe mit Arminius, worauf dieser sie entführte (germanische Entführungsehe). Segestes wurde von seinen Stammesgenossen belagert, aber von Germanicus gerettet. Ihm lieferte er 15 n. seine schwangere Tochter aus. Er wurde mit seinem Sohn Segimundus zum Überläufer. (Tac. Ann., I. 58f.) Thusnelda gebar ihren und des Arminius Sohn Thumelicus in der Gefangenschaft. Sie wurde im Triumph des Germanicus 17 n. samt Kind mitgeführt. Beider weiteres Schicksal ist unbekannt. Arminius soll völlig verzweifelt und außer sich gewesen sein. (Tac. Ann.,I,57)

gegen Arminius. Nach großen Verlusten rief Tiberius ihn 16 n. nach Rom zurück, wo ihm ein Jahr später ein Triumph über das angeblich „besiegte Germanien“ gewährt wurde. Das Imperium zog sich endgültig hinter den Rhein auf seine Ausgangsposition von vor 12 v. zurück.

Die Leistung des Arminius

Arminius war ein sehr guter Stratege, wie die Wahl des Ortes und der Zeit des Angriffs beweist. Er war zugleich ein Feldherr von großer politischer und organisatorischer Begabung.

Er hatte 12 Stämme in kurzer Zeit zu einem Bündnis geeint und dann dafür gesorgt, dass sich die Krieger, die z.T. von weit her aus Hessen kamen, sich rechtzeitig am rechten Ort versammelten. Er musste organisieren, dass sie im Versammlungsraum und für die Zeit des Einsatzes gepflegt und untergebracht wurden. Er brachte die Krieger zu einer zuverlässigen Disziplin im Kampf. Er ließ den Hellweg entlang des Wiehengebirges „präparieren“. So errichtete er einen mehrere hundert Meter langen starken und hohen Erdwall entlang des unteren Berghanges neben der Straße mit Durchlässen (auch für Wasserabläufe), der mit Grassoden getarnt wurde (Grabungsergebnisse in Kalkriese). Hinter diesem Wall konnten die Germanen sich zurückziehen und auch zum Kampf vorpreschen. Er ließ Bäume so ansägen, dass sie bei Bedarf gestürzt werden konnten, um den Marsch der Legionskolonnen zu hemmen. Überdies muss er eine exzellent funktionierende Aufklärung aufgestellt haben.

Arminius hatte mit seiner Entscheidung zur Schlacht alles auf eine Karte gesetzt. Er musste gewinnen, zumindest einen überzeugenden Anfangserfolg erringen, um die zu erwartenden Rachefeldzüge erfolgreich zu bestehen. Selbstverständlich ging es auch um seinen Kopf!

In den Kämpfen gegen Germanicus '(14-16) wurde Arminius zwar verwundet, führte aber nach dem Abzug der Römer bereits 17 n. einen erfolgreichen Feldzug gegen den Markomannenkönig Marbodius, der sein Reich im heutigen Böhmisches Becken ausgedehnt hatte. Der Germane Marbod hatte sich der Koalition entzogen und trieb offensichtlich ein doppeltes Spiel (Tac. II 45-46). Obwohl er – zu der damaligen Zeit außerhalb Roms einmalig – ein stehendes Heer von über 70.000 Mann plus 4.000 Mann Reiterei aufgestellt haben soll und auch mehrfach

*Maske eines römischen
Soldaten aus dem
Museum Kalkriese.
Foto. Wikipedia, Pieter
Kuiper*



von Rom als gefährlicher Konkurrent und Machtfaktor massiv, sogar mit 12 Legionen bedroht worden war (6 n. rettete ihn der Pannonische Aufstand vor diesem Großangriff und zwang Tiberius zum Frieden), machte Marbod bei den Kämpfen der Koalition des Arminius nicht mit. Wie wäre es wohl Rom ergangen, hätte sich Marbod mit seinen gewaltigen Kräften im Kampf gegen Rom beteiligt?

Arminius hatte ihm, den er einen Vaterlandsverräter nannte (Tac. Ann. II, 45), 9 n. den Kopf des Varus zukommen lassen; Marbod hat ihn an Augustus weitergesandt.

Arminius und die Selbstbehauptung der Germanen verdienen Respekt.

Die Großtat des Arminius „hat dem Werden des deutschen Volkes“
Bahn geschaffen.¹⁴

Wenn heute der Erfolg des Arminius meist übergangen oder er ihm sogar aberkannt wird, dann zeugt das von einer wohl weltweit einzigartigen Verachtung für die eigenen Vorfahren. Deutsche Historiker haben

14 Franke, S. 294

meist die Perspektive der Römer, welche für sie die Zivilisierten sind, obschon sie ihr Imperium fast nur durch brutale Raub- und Eroberungszüge zustande gebracht haben.¹⁵ Das Land unserer Vorfahren ist daher das „Barbaricum“, unsere Vorfahren sind meist „Feinde, Barbaren und plündernde Horden“. Die Varus-Niederlage nennen sie „Katastrophe“, „Desaster“ oder „Unglück“, als gelte das ebenso für die Germanen. Die germanische Verteidigung gegen Rom gilt stets als Verschwörung („coniuratio“) und Treulosigkeit/Verrat („perfidia“).

So gut wie nie lesen wir im Zusammenhang mit den Germanen Begriffe wie „beeindruckende Leistung“, „spektakulärer Erfolg“ oder gar „Sieg“. Die von Rom vertuschte schmachvolle Niederlage des Varus, ihr erfolgloser Germanischer Krieg und ihr endgültiger Rückzug hinter den Rhein werden von unseren Althistorikern sogar als „Verzicht“ schön geredet¹⁶, wohlwissend, dass Rom niemals freiwilligen Verzicht übte. Die blutigen Taten der Römer bleiben so gut wie ganz von Kritik, und in Gänze von negativen Attributen verschont.

Denken wir daran: Die von uns so sehr bewunderten Römer verehrten ihre Ahnen sogar mit einem Hausaltar.

Genau das sollten wir von ihnen lernen. Auf jeden Fall wünschen wir uns eine respektvolle Würdigung der Leistungen unserer Ahnen. Denn nur wer seine Herkunft, seine Wurzeln ehrt, achtet und vertritt, der kann sich auch selbst achten.

15 Dazu gehörten auch Überfälle mit nächtlichen Massakern, wie der sogenannte „Marserfeldzug“ (sic!), 14 n., (Tac. Ann.I, 50f.), ebenso Franke, S. 215), bei dem sie über schlafende Menschen mordend hergefallen sind.

16 Simon, Hans-Günther: Eroberung und Verzicht. Die römische Politik in Germanien zwischen 12 v. und 16 n., in: Baatz, Die Römer in Hessen, S. 38 – 57



Neuerscheinung

Robert Winter

Das Fremde im Land

**Rechtswidrige Einwanderung
Ausländerkriminalität
Islamisierung
Islamistische Gewalt**

Ausgehend von der Grenzöffnung und der unkontrollierten Masseneinwanderung 2015–17 unterzieht der Autor Robert Winter die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung einer scharfen Kritik. Dabei greift er aus dem Gesamtkomplex der Ein- und Zuwanderung mehrere besonders gravierende Problembereiche heraus.

**160 Seiten, Broschur, ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis
Preis 12,60 Euro**



Vorschau

Rainer Thesen

EINSPRUCH!

**Gegen Politikversagen und
Meinungsdictatur**

Der große Erfolg des Buches „Deutschland stürzt ab – Anmerkungen zur Lage 2015 – 2017“ führte sehr schnell zu der Nachfrage nach einer Fortsetzung des Buches für das Jahr 2018. Autor und Verlag sind diesem Verlangen gerne nachgekommen.

**ca. 200 Seiten, Broschur, erscheint im Januar 2019
Vorbereitung jetzt; Preis: 19,80 Euro**

„Roosevelts Weg zum Krieg“

Im Jahre 1983, als die USA für Deutschland noch sakrosankt waren, erschien Dirk Bavendamms Werk „Roosevelts Weg zum Krieg“, das quer zum verordneten Geschichtsbild über die Entstehung des zweiten Weltkrieges stand. Das steht es nach 35 Jahren immer noch mit seinen zwar als „revisionistisch“ gebrandmarkten, aber in der Sache nicht widerlegten, weil offenbar nicht widerlegbaren Aussagen.

Wenn deshalb das pralle, mit unzähligen Belegen und wichtigen Dokumenten versehene Buch heute in zweiter Auflage erscheint, so mag das als Hommage an den Autor erscheinen, der in diesem Jahr 80 Jahre alt geworden ist. Doch vor allem ist es angesichts heutiger US-Politik eine notwendige Erinnerung daran, wie Amerika einen Weltkrieg forciert hat, um nach der Herrschaft als Weltmacht zu greifen, wie es der neue Buchtitel ausdrückt, damit auch eine Erinnerung, welche tiefen Wurzeln die amerikanische Machtpolitik in und um Europa seit dem völkerechtswidrigen Krieg gegen Serbien hat.

Das Buch entstand, weil der in Geschichte promovierte Autor, einst Redakteur und Korrespondent der ZEIT, der WELT und der Süddeut-

schen Zeitung, untersuchen wollte, warum England und Frankreich Deutschland am dritten Tag nach dessen Einmarsch in Polen den Krieg erklärten, obschon Berlin London schon am Vortag seinen Rückzug nach dem Gewinn Danzigs und des Korridors signalisiert hatte, und der Regionalkonflikt dadurch zum Weltbrand werden musste. Im britischen Staatsarchiv zeigten ihm dann die Dokumente, daß Roosevelt London und Paris schon lange vor Kriegsausbruch gegen Deutschland unter massiven Druck gesetzt hatte. Schon 1938 hatte er nach einem ausgeklügelten Plan Hitler stürzen wollen, notfalls mit Krieg.

Roosevelt war der führende liberal-demokratische Internationalist, der alle Staaten der Welt in einer „One World“ unter US-amerikanischer Führung zusammenbringen wollte, natürlich zu einer „friedlichen, freiheitlichen, demokratischen Welt des Wohlstands“, obschon sein New Deal im Gegensatz zu Hitlers Aufschwung ein Flop war. „Gangster-Nationen“ wie Deutschland und die anderen Achsenmächte mussten deshalb zunächst mit Wirtschaftssanktionen ausgeschaltet werden. Der Konflikt um Danzig und den Kor-

ridor bot noch bessere Möglichkeiten. Roosevelt hatte sofort von dem Polens Existenz bedrohenden Hitler-Stalin-Pakt erfahren. Aber statt die Polen warnend zum Einlenken zu bringen, bestärkte er sie in ihrer starren Haltung, die zum Krieg führen musste. Roosevelt schämte sich später auch nicht, Hitler öffentlich zu unterstellen, auf dem Weg über Südamerika die USA angreifen zu wollen.

Obschon die Vereinigten Staaten offiziell neutral waren, was auch der Einstellung der Bevölkerung entsprach, unterstützte Roosevelt bald England massiv durch das Lend-and-Lease-Abkommen. Nachdem er seine Flotte in den Atlantik verlegt hatte, ließ er sie die englische Flotte durch Aufklärung, schließlich auch durch Waffeneinsatz unterstützen, um Hitler zum „ersten Schuss“ zu provozieren, was aber erst gelang, nachdem er Pearl Harbour inszeniert hatte.

Wie ein Präsident mit seiner Entourage ein gar nicht kriegswilliges Land entgegen gesetzlichen Bestimmungen mit seinen Winkelzügen systematisch in der Krieg zog, ist nicht nur sehr lesenswert, sondern trotz der sehr traurigen Fakten dank Bavedamm's journalistisch flüssiger Schreibe auch ein Lesevergnügen! Dr. Stefan Scheil, welcher mit

einer Serie von Büchern über den Zweiten Weltkrieg, Churchill und die Juden ein Prominenter der jüngeren Generation deutscher Historiker ist, die gemäß Leopold von Ranke vorurteilsfrei danach suchen, „wie es eigentlich gewesen“ ist, wartet in seiner Einführung zusätzlich mit einigen neuen Erkenntnissen auf, die uns noch heute, mehr als siebenzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, sehr nachdenklich machen müssen – auch hinsichtlich der Gefahren für das heutige wirtschaftlich relativ noch florierende Deutschland.

Der Folgeband von 1993 „Amerikas Griff nach der Weltmacht. Amerikanische Politik und Strategie 1939 bis 1945“ wird im kommenden Frühjahr das Bild über den Zweiten Weltkrieg tatsachengerecht vervollständigen.

Manche Bücher zweimal gelesen

Manche Bücher haben es verdient, mindestens zweimal gelesen zu werden – zu verschiedenen Zeitpunkten nämlich. So auch das Buch des Historikers und früheren Journalisten Dirk Bavedamm, das erstmals 1983 in der H. A. Verlagsbuchhandlung des inzwischen verstorbenen Verlegers Dr. Herbert Fleissner

erschienen ist. Damals jedoch unter dem noch vergleichsweise blassen Titel „Roosevelts Weg zum Krieg. Amerikanische Politik 1914 bis 1939“.

Damals hatte Präsident Ronald Reagan die Wahl in das höchste Amt der Vereinigten Staaten von Amerika gewonnen. Reagan beendete die Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre, er half der angebotsorientierten Wirtschaft Milton Friedmans zum Durchbruch und rüstete sein Land gegen die damals noch bestehende Sowjetunion auf. Der Gipfel dieser Entwicklung war der Ruf „Mr. Gorbatschow, tear that wall down“, den Reagan über die Berliner Mauer dem damaligen Parteichef der KPdSU, Michael Gorbatschow, zurief. Wenig später brach das kommunistische Imperium jenseits von Elbe, Oder und Bug zusammen. Die Wiedervereinigung Deutschlands war eine der Folgen.

Für manche Zeitgenossen ist der Name Ronald Reagans daher bis heute mit einer Glorione umgeben. Die Tatsache aber, dass Ende der 1970er Jahre die weltpolitischen Temperaturen steil anstiegen, ein gefährliches Wettrüsten zwischen NATO und Warschauer Pakt begann und manche sogar den Ausbruch eines Dritten Weltkrieges befürchteten,

ließ Bavendamm nicht ruhen. Als Redakteur und Korrespondent von Welt, Zeit und Süddeutscher Zeitung hatte er die politische Entwicklung seit den 1960er Jahren aus der Nähe verfolgt, wegen der von ihm befürworteten „neuen Ost- und Deutschlandpolitik“ Willy Brandts hatte er sich sogar vom Springer-Konzern getrennt. Nun registrierte Bavendamm mit Erstaunen, dass die außenpolitische Entwicklung sogar auf die englische und deutsche Innenpolitik durchschlug, als in London Margret Thatcher und in Bonn Helmut Kohl an die Macht kamen.

Diese Entwicklung brachte Bavendamm auf den Gedanken, die Frage zu untersuchen, wie es eigentlich in den 1930er Jahren gewesen ist, als in London die Regierung Chamberlain zunehmend unter Druck des Präsidenten Roosevelt geriet, bis sie sich 1939 dazu durchrang, den polnischen Staat zu garantieren. Das Ergebnis waren zwei Bücher, die Dirk Bavendamm über die transatlantischen Beziehungen unter Präsident Roosevelt geschrieben hat. Das erste ist das oben genannte, das zweite wird unter dem Titel „Amerikas Griff nach der Weltmacht. Amerikanische Politik und Strategie 1939 bis 1945“ im kommenden Frühjahr ebenfalls bei Druffel&Vowinkel erscheinen.

Diese Bücher jetzt erneut zu lesen, bietet sich gerade heute an, da durch die Wahl Donald Trumps eine Entwicklung eingetreten ist, die das Geflecht der weltpolitischen Beziehungen wie eine Schockwelle nach der anderen durchläuft. „America first“ ist die Parole des neuen US-Präsidenten. Sie deutet den bestimmenden Einfluss an, den er auf die globale Entwicklung nehmen will. Wie und warum das schon einmal funktionierte und schließlich zum Zweiten Weltkrieg führte, kann man in dem hinreißend geschriebenen Buch von Dirk Bavendamm nachlesen, das Weltkarten, Fotos und ein Personenregister enthält. Man kann daraus eine Menge für heute lernen.

Nicht minder lesenswert als der sorgfältig an Hand von amtlichen Dokumenten erarbeitete Inhalt dieses Buches ist das Vorwort des Verlegers Dr. Gert Sudholt und die Einführung aus der Feder des Historikers Dr. Stefan Scheil. In eindrucksvoller Weise zeichnet Sudholt den Weg nach, den der Autor Dirk Bavendamm in den letzten Jahren genommen hat. Bis heute ein Anhänger Willy Brandts und Walter Scheels, die einst als erste den Weg zur Wiedervereinigung Deutschland bahnten, hat er vergeblich nach einem entsprechenden Verlag



gesucht, der die Neuauflage seiner beiden Roosevelt-Bücher übernimmt. Denn die wurden von den in geschichtspolitischer Hinsicht gleichgeschalteten Medien schon vor vierzig Jahren als „revisionistisch“ eingestuft und sind seither in der Schweigespirale verschwunden. Wie viele früher einmal linksliberal eingestellte Intellektuelle musste daher schließlich auch Bavendamm Anschluss bei einem nationalkonservativen Verlag suchen, um überhaupt noch zu Wort zu kommen.

Im Gegensatz zu diesem Autor, der kürzlich sein 80. Lebensjahr vollendete, zählt der Historiker Stefan Scheil zur jüngeren Generation deutscher Historiker,

die ausgetretene Pfade einer politisierten Geschichtsschreibung verlassen haben und vorurteilsfrei nach den „wahren Schurken“ der Weltgeschichte suchen, diese Spezies jedenfalls nicht nur und ausschließlich von Adolf Hitler vertreten sehen. Scheil selbst hat allerhand Beachtenswertes über den Zweiten Weltkrieg, Churchill und die Juden publiziert. Er wartet in seiner Einführung ebenfalls mit einigen neuen Erkenntnissen auf, die uns heute, mehr als siebenzig Jahre nach Ende des Zweiten

Weltkrieges, sehr nachdenklich machen können.

Dirk Bavendamm, Amerikas Griff nach der Weltmacht.

Roosevelt, Hitler und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. Einführung von Stefan Scheil. Druffel&Vowinckel Verlag Gilching 2018, S. 598. viele Abbildungen, 2 Weltkarten, Preis 29,80 €.

Manfred Backerra



Francisco de Goya: Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer (etwa 1797/98)

Wikipedia

zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

Die andere Perspektive

Das Wochenmagazin für
Österreich und Deutschland mit der
politisch unkorrekten Perspektive

Immer Freitags neu in der Trafik – 60 Seiten
Information aus Politik und Kultur für Leser,
die Unabhängigkeit schätzen

Bei Fragen zum Abonnement
oder an die Redaktion
kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: verlag@zurzeit.at

oder Tel.:

(+43/1) 712 10 57

Internet:

www.ZurZeit.at

Gratis Probeabo:

www.ZurZeit.at/

Gratis-Abo



Gratis Probeabo: www.ZurZeit.at/Gratis-Abo

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT

Klartext für Deutschland: Wie eine Republik abgewickelt wird

Willy Wimmer war 33 Jahre direkt gewähltes Mitglied des Bundestages, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Parlamentarischer Staatssekretär des Verteidigungsministers und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE. Er ist heute international gefragter Kommentator des weltpolitischen Geschehens, dabei scharfer Kritiker der das Völkerrecht verachtenden Machtpolitik der USA und ihrer besonders kriegswilligen britischen und französischen Vasallen. Wie schon in seinen Büchern „Wiederkehr der Hasardeure“ (2014) und „Die Akte Moskau“ (2016) entführt Wimmer die Leser zu vielen Ereignissen und persönlichen Begegnungen mit höchstrangigen Akteuren der Politik in Eurasien und den USA. Er schildert dabei seine persönlichen Erfahrungen in der Erkundung der Lage in Krisengebieten und im Finden einvernehmlicher Lösungen politischer Probleme Deutschlands mit anderen Staaten oder anderer Staaten untereinander durch deutsche Vermittlung. Milosevic und Saddam Hussein (unter dem Christengemeinden sicher waren) erscheinen dabei

keineswegs als die Bösen, zu denen sie im „westliche Werte“ heuchelnden Lager gemacht wurden, um sie mit völkerrechtswidrigen Kriegen zu überziehen. Mit dem kriminell inszenierten Krieg gegen Jugoslawien 1999 begann die Serie der amerikanisch-britisch-französischen Kriege und Umstürze, welche das nähere und weitere Umfeld Europas und die Ukraine chaotisiert haben.

In diesem Zusammenhang zeigt er, was den „Umbruch“ in Deutschland darstellt: Der fast völlige Verzicht auf eine Politik für deutsche Interessen, dagegen (mit den Ausnahmen Irak und Libyen) willfährige Beteiligung an Aktionen für fremde Interessen wie die Angriffskriege der NATO, die militärische Unterstützung französischer Kolonialpolitik, des NATO-Aufmarsches und, betont, der US-Sanktionen gegen Russland und dessen Ausgrenzung und Verteufelung als aggressiv, obschon es im scharfen Kontrast zu den USA fast alle Streitkräfte im eigenen Land stationiert hat. Gleichzeitig aber wird das Verhältnis zur US-Regierung vergiftet, weil die Bundesregierung der kriegstreibenden Anti-Trump-

Koalition in den USA näher steht als dem gewählten Präsidenten. Diesen Umbruch begleitet im Inneren ein quasi totalitärer Geltungsanspruch für diesen Kurs des Altparteien-Kartells, unterstützt von den Leitmedien, der jeden Abweichler – besonders im Bundestag – ausgrenzt. Das tötet allen an der Sache orientierten Diskurs um die beste Lösung, auch wenn seit 2017 im Bundestag sich die AfD darum bemüht. „Propagandalügen“ (Wimmer) führten so die Bundesrepublik 1999 in ihre erste Kriegsbeteiligung, der weitere folgen sollten. Dem Autor als Kritiker dieser Richtung bieten nur russische und iranische Sender eine Möglichkeit, seine Vorstellungen unbeschnitten zu verbreiten.

Wimmer zeigt, dass die USA alle Bemühungen um eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa im Rahmen der KSZE zunichte machten, und wie der angelsächsische Kapitalismus den wirtschaftlichen Zusammenbruch Osteuropas herbeiführte, wie die Gier nach „Shareholder Value“ organisch gewachsene europäische und deutsche Strukturen zerstört und wie „Privatisierung“ die früher sehr fähigen deutschen Ministerien für die Formulierung von Gesetzen von meist angelsächsischen Anwaltskanzleien abhängig gemacht hat.

Angriffsziel: Parlamentsvorbehalt beim Einsatz der Bundeswehr

Man erfährt, wie gebohrt wird, den Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Bundeswehr abzuschaffen, damit diese im Endeffekt nach US-Gusto eingesetzt werden kann (wozu die Aussetzung der Wehrpflicht ein wichtiger Schritt war), wie deutsche Stiftungen in Washington vom US-Geheimdienst durchgesetzt sind und US- statt deutscher Interessen vertreten, wie eine frühe Friedenslösung in Afghanistan vereitelt wurde, wie diverse Kräfte daran arbeiten, den muslimischen Teil des Kaukasus Russland zu entreißen, daß deutsche Großverlage nur deshalb für den EU-Beitritt der Türkei trommelten, weil sie den türkischen Markt gewinnen wollten, wie sehr sich die USA nach der Wende des riesigen Chemiekomplexes in Usbekistan angenommen hatten, in dem das Nervengas Novichok hergestellt wurde, daß Deutschland mit Beginn der Regierung Schröder auf Druck der USA das Ölgeschäft mit Aserbeidschan aufgab, ebenso den Ausbau der „Deutschen Welle“ zum globalen Medieninstrument, wie sehr Nichtregierungs- und andere Organisationen mit erheblichem Einfluss auf die

sogenannte öffentliche Meinung in Deutschland vom Pentagon und globalen Mäzenen finanziert werden, wie sehr Deutschland durch den Ausstieg aus der Nukleartechnologie Einfluss auf die Verbesserung der globalen Sicherheit (militärisch und zivil) verliert, daß die auf Konfliktlösung orientierte Politik Kohls in Eurasien immer „auf eine unüberwindliche Hürde stieß: die Verweigerung amerikanischer und in gewissem Maße auch israelischer Politik“, daß auch Großbritannien in diesem Sinne wirkt, daß die Endlosschleife der angelsächsisch bestimmten Negativ-Geschichtsbilder von Deutschland keinen Platz lässt zur Darstellung der gegenwärtigen Machtverbrechen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, daß Valentin Falin, der die deutsche Vereinigung förderte, sagte: „Die Geschichte der letzten zweihundert Jahre ist eine einzige angelsächsische Lüge.“, daß die Flure des Pentagon Bilder von siegreichen Schlachten und heldenhaften Einsätzen der Wehrmacht zieren, während die Bundeswehr zur *damnatio memoriae* der Wehrmacht verpflichtet wird, welche große Hoffnungen auf ein gutes Miteinander es weckte, als 2012 das Stabsmusikcorps der Bundeswehr auf dem Roten Platz mit Jubel empfangen wurde, daß

Russen die deutschen Gefallenen mehr ehren als das amtliche Deutschland, wie florierende deutsche Städtepartnerschaften auf der Krim auf Druck der USA von der EU nach dem ukrainischen Staatsstreich unterbunden wurden, wie entspannt es auf der Krim zugeht.

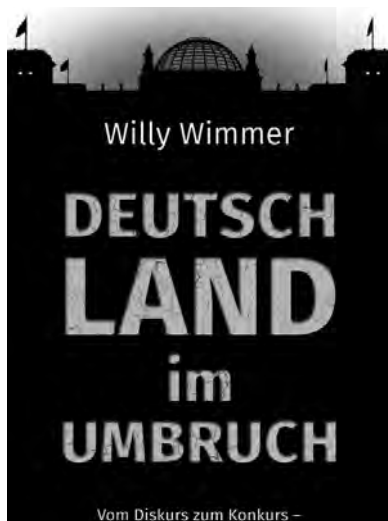
Einige unzutreffende Aussagen und Vergleiche zulasten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, wohl aus der Tiefe früheren Nichtwissens, sind nur Schönheitsfehler, ebenso, wenn es einmal nuklear anstatt abgereicherte Munition heißt.

Wimmer geißelt die Erklärung der Existenz Israels zur deutschen Staatsraison, und weist darauf hin, daß amerikanische, britische und französische Spezialkräfte in Syrien die friedensfördernde Rückgabe der Golanhöhen vereitelten. Er erklärt, warum in den heutigen Führungsgremien der Bundesrepublik keine unabhängige Lagebeurteilung mehr angestellt wird: Da die Geheimhaltung nicht mehr funktioniert, sind Urheber nicht genehmer Überlegungen sofort dem Druck auswärtiger Interessierter ausgesetzt. Bundeswehr und Auswärtiger Dienst werden von den USA für deren Absichten auch durch Gewährung persönlicher Vorteile korrumpiert: „wenn bestimmte Forderungen der NATO-Führung umgesetzt werden

sollten [...], kam es darauf an, nicht die geringste eigene Vorstellung sichtbar werden zu lassen, wenn sich daraus ein Dissens zu den Westalliierten zu entwickeln drohte. Also verzichtete man gleich ganz auf eigenes Denken.“ „Bündnissolidarität“ wird so im Zweifelsfall das einzige Argument für eine deutsche Beteiligung an einem Konflikt.

Wimmer stellt fest, daß die USA durch Kräfte des „tiefen Staates“ ohne Rücksicht auf das Wohl der Bevölkerung an das global engagierte, skrupellose „Corporate America“ ausgeliefert werden. Dadurch bestimmen Kräfte, welche anscheinend „die Welt im Dauerkriegszustand halten“ wollen und die Vernichtung Russlands betreiben (was spätestens seit dem Ersten Weltkrieg ein wichtiges Ziel ist); sie fordern und pressen Westeuropa Milliarden ab, um dessen Modernisierung zu verzögern.

In Deutschland ist die auf vernünftige Konsensbildung über Parteigrenzen hinweg ausgerichtete politische Kultur zerbrochen bis hin zur Staatskrise durch die „putschähnliche Entscheidung“ für die wilde Einwanderung, die weder Bundestag noch Bundesverfassungsgericht stoppten, und bei der, wie seit 1999 stets, die



Leitmedien als Transmissionsriemen der Regierungspropaganda wirken.

Das Buch bietet ein wahres Kaleidoskop von oft erstaunlichen Hintergründen politischer Geschehen, von genutzten, vertanen und zielgerichtet zerstörten Chancen für vernünftige politische Lösungen – und das in episodenhaft erzählender Form und Sprache, die man sehr gerne liest.

Willy Wimmer: Deutschland im Umbruch. Vom Diskurs zum Konkurs – eine Republik wird abgewickelt. 2018 Verlag Zeitgeist, 280 Seiten, Abbildungen und Dokumente, 22, 90 €.

Manfred Backerra

Bevölkerungsaustausch in Europas Mitte: Wege zum Gegen-Steuern

Aus der Sicht des „einfachen Mannes von der Straße“ versagt(!) die EU und die meisten „Nationalstaaten“ Europas seit Jahren bei der Bewältigung der sgn. „Flüchtlingskrise“, die man korrekter Weise als Invasion bezeichnen muss. Denn „Flüchtling“ nach Definition der UNO-Flüchtlingscharta ist nur die verschwindende Minderheit. Solche bewussten und bekannten Lügen holen aber heute in einer EU der Realitätsverweigerung niemanden mehr hinter dem sprichwörtlichen Ofen hervor. Daher sind auch folgende aktuelle Entwicklungen in der realexistierenden EU weitgehend unhinterfragt möglich: Medien, allen voran natürlich der EU-Einwanderungssender *euronews*, Bildungseinrichtungen, Künstler, Wirtschaftsbosse bis hin zum politisch korrektem Fußball á la BRD-„National“-Mannschaft, die sich selber bei der letzten Fußballweltmeisterschaft in Russland nicht einmal mehr gestattete, die „Nationalfarben“ der BRD auf ihren Trikots zu tragen, verbreiten die Unvermeidbarkeit, ja sogar die Wünschbarkeit einer multiethnischen und multikulturellen BRD, EU und überhaupt der Welt.

Obwohl nun in Italien eine Regierung, die ihrer Aufgabe zum Schutz der Grenzen und damit seiner Bürger nachkommt, beweist, dass man Grenzen sehr wohl schützen kann und das Gefasel von den „Zäunen die nichts nützen und nichts schützen“ nur eine migrationsaffine Lüge ist, kann eine kaum im Amt befindliche sozialistische Regierung in Spanien dieses Land zum Haupteinfallstor der massenhaften illegalen Immigration machen. Und die Lüge von der „Unvermeidbarkeit“ der Migrationsinvasion wird schon wieder in den Systemmedien verbreitet. Medial untermauert wird diese prolongierte Lüge „der nicht zu schützenden Grenzen“ mit den Bildern von rund 800 Migrantinnen aus Subsahara-Afrika, die die spanische Enklave Ceuta und den dortigen Grenzzaun am 26. Juli 18 gewaltsam und erfolgreich stürmten.

Die medial hochgespielte Auseinandersetzung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Innenminister Seehofer zur Jahreshälfte 2018 hätte nicht absurder sein können. Ein Innenminister streitet mit einer Bundeskanzlerin und dem politisch-

medial-kulturell-wirtschaftlichen System und seinen Vasallen um die auch nur ansatzweise Einhaltung von gültigen Gesetzen. Vermutlich um davon abzulenken, dass sich währenddessen der BRD-Außenminister Heiko Maas im Rahmen des sgn. „*Rabat-Prozesses*“ (läuft seit 2006!) und die UNO mit zwei Rahmenwerken, „*Global Compact of Refugees*“ und „*Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*“, bemühen, die Migration nach Europa weiterhin massiv zu befördern. Diese Regelungen stellen sicher, dass auch in den nächsten Jahrzehnten dutzende, wenn nicht hunderte Millionen Schwarzafrikaner nach Europa kommen. Denn diese Prozesse und Pakte sind in Wahrheit die „europäischen Lösungen“, die eine Bundeskanzlerin Merkel, die sich darin gefällt, die Gesetze ihres Landes systematisch zum Nachteil „ihrer“ Bürger zu brechen, gebetsmühlenartig verkündet.

Das Hilfsmittel zur Abwehr: Gebrauch von Hausverstand

Die Bürger, die sich trotz der flächendeckenden Manipulation noch so viel Hausverstand bewahrt haben, dass sie verlässlich zwei und zwei auf vier

zusammenzählen können, und die noch daran glauben, dass es „ihre“ Politiker sind, die zu ihrem Wohle agieren, sie stehen nur noch fassungslos vor diesem für sie absurden, aber dennoch selbstmörderischen Treiben. Für diese Bürger sind „unsere“ Politiker vollkommen verblödet, weil sie offenbar nicht rational handeln.

Verstehen kann man all dies aber nur dann, wenn man sich von dem Standpunkt trennt, dass „unsere“ Politiker für „unser“ Wohl agieren. Denn die Frage nach der Rationalität des Handelns versteht man nur dann, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Rationalität nicht absolut, sondern relativ ist. Rationalität ist eine Zweck-Mittel-Orientierung. D.h. die rationale Mittelauswahl hängt von der Zielsetzung ab. Daher kann man festhalten: Es gibt sie, die(!) „europäische Lösung“ in der Migrationsproblematik! Nur sie sieht diametral anders aus, als der europäische Bürger sich dies vorstellt und wünscht. Der Plan von Merkel & Co eben!

Das ggst. Buch scheut nun nicht davor zurück, Ross und Reiter – wenn auch nur beispielhaft – zu nennen. Basierend auf einer Hypothese und fünf konkreten Forschungsfragen wird eine breiter Bogen gespannt und versucht, Erklärungsansätze für die selbst-

mörderische Immigrationspolitik aufzuzeigen. Es zeichnet die Ideen, Ideengebäude und konkreten Maßnahmen – wenngleich auch nur auf wenigen, aber wichtigen Feldern – nach, die zur gegenwärtigen ge- und beförderten Masseneinwanderung geführt haben und nach wie vor führen. Das Buch liefert eine kompakte Zusammenschau von den Anfängen der seit mehr als einem Jahrhundert ineinandergreifenden Pläne, Maßnahmen, Statements etc. zur Forcierung des Bevölkerungsaustausches durch Massenmigration in Europa. Es zeigt klar auf, dass hier niemand „versagt“ hat, sondern dass alles nach Plan abläuft. Abschließend gibt es Gedanken- und Handlungsanstöße zum Gegensteuern.

Der Autor ist Oberst des österreichischen Bundesheeres mit Magistergrad und MBA.



Hermann H. Mitterer, Massenmigration als Mittel zum Bevölkerungsaustausch in Europas Mitte, Eigenverlag 2018, 223 S., broschiert, € 18,50 einschließlich Versand.

Zu beziehen über: h.h.mitterer.buchbestellung@gmail.com

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

Aus unserem Programm



ISBN 978-3-99081-000-2

Martin van Creveld

HITLER IN HELL

Was er noch zu sagen hätte ...

416 Seiten, Hardcover

€ 29,90

Adolf Hitler ist tot. Nun kommt der „Führer“ in der Hölle endlich dazu, seine ganz eigene Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen! Er trumpft auf, lässt die Höhe- und Tiefpunkte des Dritten Reiches noch einmal aufleben und zahlt seinen damaligen wie heutigen Feinden postum alles heim.

Prof. Dr. Martin van Creveld hat den Ansatz der fiktiven Autobiografie gewählt, um eine kompakte und lockere Geschichte des „Zeitalters der Extreme“ zu erzählen – aus der Sicht der prägenden Figur des 20. Jahrhunderts.

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,

Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at,

www.buchhandlung-stoehr.at

Das Migrationsproblem: Todesstoß für den Sozialstaat

In dem Nachlaß des 2017 freiwillig aus dem Leben geschiedenen Professors Sieferle fand sich u.a. das zeitkritische, oben angezeigte Werk, das in der öffentlichen Diskussion trotz der hohen Aktualität kaum erwähnt wird. Dagegen wird der Interessierte sich gut an den noch frischen Skandal um das Buch „Finis Germania“ des gleichen Autors erinnern. Stand es doch zunächst auf der Bestsellerliste des Spiegels an vorderer Stelle, und wurde sodann ohne weiteres aufgrund wilder Proteste aus dem linken Lager aus eben dieser Liste entfernt. Das hier zu besprechende Buch wird mit dem Bann des Verschweigens belegt. Seine Erwähnung wird vergeblich in den laufenden Talkshows erwartet. Nimmt man die Ereignisse um Chemnitz und den „Fall Maaßen“, ehemals Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hinzu, so wird deutlich, welches Ausmaß und welche Härte der laufende Kulturkampf angenommen hat. Die Liberalität weicht ständig vor totalitären Tendenzen zurück. Näheres kann ohne Umstände dem Internet entnommen werden. Sieferle war nach seiner Mannheimer Dozententätigkeit u.a. von

2005-2012 ordentlicher Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen. Durch seine breite akademische Ausbildung (Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie) sowie seine Laufbahn und Forschungstätigkeit war er durchaus berufen, zu den gegenwärtigen Krisen der Industriegesellschaft, insbesondere zu Fragen der Ökologie und Energie, aber eben besonders auch der Migration Stellung zu nehmen. Hier ist nicht der Platz, den Wandel des Autors von eher linken Standpunkten zu mehr konservativen Ansichten zu hinterfragen. Wichtig ist jedoch die Feststellung, daß S. sich zum Außenseiter entwickelte, der dem Zeitgeist und der ideologisch fundierten politischen Correctness keine Zugeständnisse machte. Vielmehr stellte er sich wissenschaftlich dem utopischen Universalismus entgegen und gab den partikularistischen Lösungen (also Volk, Nation u.a.) den Vorzug. Das führte zu der bitter empfundenen Nichtanerkennung durch das tonangebende akademische Milieu bis hin zu nahezu verleumderischen Nachrufen, u.a. in der FAZ.

Das Buch ist mit 135 Seiten nach dem Vorwort eines ehemals Befreundeten in folgende, leicht lesbare und zu verstehende Kapitel eingeteilt:

- Migrationsursachen,
- Situation in den Zielländern,
- Narrative zur Legitimation,
- Motive der Akteure und
- Die längere historische Perspektive.

Einige wenige Ausschnitte und Zitate seien hier angeführt, um das Interesse zu wecken und die Qualität der Ausführungen anzudeuten:

Schon im Vorwort zeigt Raimund Th. Kolb an, worum es geht. „Er (Sieferle, uw.) stellt fest, daß sich Europa und Deutschland in einem Prozeß der Selbstdestruktion befinden.“ Das entspricht genau den Aussagen des britischen Journalisten Douglas Murray in dessen herausragenden Buch: „Der Selbstmord Europas.“ Schon im 1. Kapitel wird deutlich, daß es sich bei den Migranten überwiegend um unqualifizierte junge Leute handelt, die sich in eine hochentwickelte Industriegesellschaft kaum integrieren lassen. Sie müssen sich, um sozial ein- und aufzusteigen, „hinten anstellen“ und qualifizieren. Da das oft nicht oder nur unzulänglich ge-

lingt, folgen sie „tribalistischen“ Gewohnheiten, bilden Parallelgesellschaften und verdienen ihren Lebensunterhalt mit Drogen oder anderen kriminellen Aktivitäten.

Der globale Sozialstaat ist eine linke Utopie

Im 2. Kapitel wird eine Kernaussage gemacht, daß nämlich der globale Sozialstaat eine Utopie ist. „Den eigentlichen Todesstoß erhält der Sozialstaat jedoch durch die Massenimmigration unqualifizierter Menschen, die in den National-Sozialstaaten ihr Glück suchen. Für die komplexe Anforderungen stellenden Arbeitsmärkte sind sie fast alle untauglich, und es würde mehrere Generationen dauern, bis sie akkulturiert bzw. assimiliert sind. Also werden sie vom Sozialsystem alimentiert, und zwar in enorm wachsender Zahl. Dies bringt jedoch die Sozialsysteme aus dem Gleichgewicht.“ Also bleibt es dabei, daß der von uns so geliebte Sozialstaat eine Genossenschaft ist, die sich nur im Nationalstaat verwirklichen läßt. Wir fügen an, daß die bereits jetzt kalkulierten astronomischen Kosten der Migration natürlich nicht unmittelbar dem einheimischen Bürger auferlegt, sondern durch neue Schulden und eine weitere unverhältnismäßige Erhöhung

des Sozialhaushaltes beglichen werden. Zahlenangaben des statistischen Bundesamtes und anderer Institutionen belegen dies. Der klassische nationale Sozialismus läßt grüßen! (S. 29).

Die Proteste gegen diese Entwicklung, die „autochthone“ Völker in traditionslose „Bevölkerungen“ transformiert, richten sich besonders auch gegen die Bedrohung der Identität. „Das einst recht homogene Volk soll sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln, also etwa in >>Deutschländer<<, die neben >>Deutschtürken<< und >>Deutschsyrern<< leben.“

Das Volk wird natürlich nicht befragt. Das ging schon unter Bundeskanzler Helmut Kohl so mit dem Euro, „den wir nicht bekommen hätten, hätte ich das Volk befragt.“ Sieferle spricht nun auf Seite 43 eine verblüffende Wahrheit aus: „Wir haben hier eine Art Staatsstreich vor uns, der von niemandem bemerkt wird, obwohl er mit Rechtsbrüchen verbunden ist.“ Der Leser sollte dazu das Buch „Der Staat in der Flüchtlingskrise“ von Otto Depenheuer und Christoph Grabenwarter (Hg.) in die Hand nehmen. Darin äußern sich 16 renommierte Rechtswissenschaftler zu unserem Problem, insbesondere zu den Rechtsbrüchen der Bundesregierung.

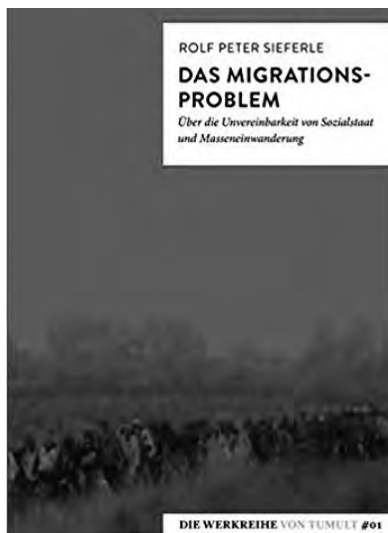
Ein im Allgemeinen wenig beachtetes Feld betritt der Autor, wenn er Ausführungen über die Entwicklungspsychologie macht. „Danach durchläuft das menschliche Gehirn in seiner Ontogenese/Sozialisation eine Reihe von Entwicklungsphasen, deren höchste das formal-operative Denken bildet. Die Gesamtentwicklung ist spätestens mit 18 Jahren abgeschlossen, d.h. wer in diesem Alter noch nicht das formal-operative Stadium erreicht hat, dem wird dies in der Folge niemals gelingen. Er gehört einer Generation an, die für einen anspruchsvollen Arbeitsmarkt verloren ist.“ Der Kenner wartet an diesem Punkt auf das „Rassismusgeschrei“ des politischen Pöbels.

Besonders hervorheben möchten wir den Abschnitt „Die Gleichheitsreligion“. „Ein zentrales Element des humanitären Universalismus ist das Postulat der Gleichheit aller Menschen, das sich zu einer fundamentalistischen Ideologie ausgeformt hat, die in den letzten Jahrzehnten große Teile Europas, vor allem Deutschlands ergriffen hat. Es handelt sich hierbei um eine religiöse Gewißheit, die wie jede andere religiöse Wahrheit nicht des Beweises bedarf. Das Dogma lautet: Alle Menschen sind gleich, auch wenn es offensichtlich ist,

daß dieses Dogma im Gegensatz zur Realität steht“ (S.70 ff)

Selbsthass als Triebmotiv: Die Negation des Eigenen

Viele, die über den Rechtsstaat schwadronieren, dürften die folgende Aussage Sieferles, der wir ausdrücklich beipflichten, nicht verstehen: „Ein altes Rechtsprinzip lautet ultra posse nemo obligatur, d.h. jede Verpflichtung hat ihre Grenze dort, wo die Selbstzerstörung begänne. Das Leben wie auch das Überleben des politischen Gemeinwesens hat einen Vorrang vor abstrakten Rechtsprinzipien.“(S.80) Eine nahezu verzweifelte Ausführung Sieferles, die vielleicht auch einen Bezug zu seinem Selbstmord hat, müssen wir hier erwähnen: „, Das kennzeichnende Element des deutschen Denkens und Fühlens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Selbsthaß, aus dem die >>Kunst des Verschwindens<< hervorging. Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten“ (S. 88). Das sehr anregende und inhaltschwere letzte Kapitel zeigt historische Perspektiven auf, die auf der Grundlage historischer Vergleiche ganz konkrete gegenwärtige Probleme wie zum Beispiel die Emanzipation des Finanzsystems



von der produktiven Wirtschaft beurteilt. Dem Eintreten für den demokratischen Nationalstaat und den Erhalt des Volkes nach GG steht die Kritik am „letzten Menschen“ im Rentnerparadies, der weich und kraftlos ist, gegenüber. Die von einem renommierten Wissenschaftler geschriebene hochaktuelle und konkrete Zeitkritik empfehlen wir auf das Wärmste!

Rolf Peter Sieferle, Das Migrationsproblem – Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung, 136 Seiten, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG, Waltrop/Berlin 2017, ISBN: 978-3-944872-41-4. 16,- Euro.

Reinhard Uhle-Wettler

Grundzüge des operativen Denkens in der NATO

Ein zeitgeschichtlicher Rückblick

Wie bereits aus dem Titel der Studie „Grundzüge des operativen Denkens in der NATO“ ersichtlich wird, hat sich der Autor mit Kompetenz, Erfahrung und detailliertem Fachwissen mit der Problematik des operativen Denkens in der NATO, aber auch in der Bundeswehr, auseinandergesetzt.

Er beschreibt und analysiert sehr treffend „Operative Führung“ als Bindeglied zwischen taktischen Handlungen und strategischen Zielvorgaben. In seinen Überlegungen stützt er sich vor allem auf die US-Dienstvorschrift des Heeres FM 100-5 und auf die Heeresdienstvorschrift HDv 100/100 der Bundeswehr. Er stellt sehr umfassend die Grundlagen operativen Denkens und Handelns dar (Charakteristika operativer Führung: Grundlagen der Operation, Führungsprozess, Begriffsbestimmungen, militärische Herausforderungen, Struktur der Kriegführung, Bestandteile der Operation bis hin zu den Gefechtsarten etc.) und bezieht sich auch auf die „Leitlinie für die operative Führung von Landstreitkräften in Mitteleuropa“

(Operative Leitlinie, 1987) des damaligen Inspektors des Heeres, Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart.

Neben dem Gefecht, das nach den Grundsätzen der Taktik geführt wird, zeigt der Autor die operative Führung in ihren größeren Zusammenhängen als eigenes Feld der militärischen Führung unterhalb der Strategie auf.

Ausgesprochen interessant und aufschlussreich erweist sich, dass die Studie aus Sicht der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und der Nationalen Volksarmee (NVA) geschrieben ist und auch Vergleiche im operativen Denken zwischen Ost und West nicht scheut.

Dies scheint zunächst sicherlich als etwas ungewöhnlich, unterstreicht aber den authentischen Charakter des Autors, der sowohl in der NVA als auch in der Bundeswehr gedient hat. Er gehörte auch zu den Autoren der Weiterentwicklung der Heeresdienstvorschrift (HDv 100/100) der Bundeswehr von 1997.

Infolge der Kenntnisse und Erfahrungen des Autors in beiden deutschen Streitkräften, erweist

sich die Studie – auch in ihren Vergleichen zwischen Ost und West – als besonders wertvoll. Wenn sich das Führungsdenken im Deutschen Heer etwa bis 1987, während der Zeit des Ost-West-Konfliktes, mehr auf das Gebiet der Taktik verlagerte, das operative Denken weniger im Mittelpunkt stand und die alliierten und deutschen Korps sich mehr taktisch eingesetzt sahen, dann lag das natürlich auch an der eindeutigen Schwerpunktsetzung auf Verteidigung, der geringen Tiefe des Raumes und der begrenzten Kräfte und Reserven. Es gilt auch, darauf hinzuweisen, dass im westlichen General Defence Plan (GDP) kein Angriff von NATO-Truppen über die „Inner German Boarder“ (IGB) geplant werden durfte.

Die Studie stellt aber nicht nur einen zeitgeschichtlichen Rückblick auf die 1980er Jahre dar, sondern führt bei sorgfältiger Auswertung auch zu Schlussfolgerungen für die erhöhte Bedeutung der operativen Führung infolge der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen wie z.B. der Verschiebung der NATO- Bündnisgrenzen nach Osten unter Einbeziehung osteuropäischer Staaten in die NATO , der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, der

Rückbesinnung auf Landes- und Bündnisverteidigung. Folgerungen ergeben sich ebenso für die Aus- und Weiterbildung der Führerkorps im Denken, Planen und Handeln auf operativer Ebene im nationalen Bereich wie im Bündnis.

Militärische Professionalität, Kernfähigkeiten, militärisches Handwerkszeug dürfen nicht einer Verwissenschaftlichung und Technisierung in der Ausbildung nachgeordnet werden.

Operative Führung ist aber auch abhängig von einer klaren politischen „Gesamtstrategie“, die ressortübergreifend von der politischen Führung unter Beratung durch die militärische Führung zu leisten ist. Im Weißbuch heißt es zwar: „Die Ressorts übergreifende Strategieentwicklung der Bundesregierung wird gefördert und ausgebaut“, lässt aber nach fast zwanzig Jahren Afghanistan-einsatz zu wünschen übrig.

Den Kapiteln der Studie sind eine Reihe von Anlagen, Skizzen, Begriffsbestimmungen, Bezugsdokumenten und Abkürzungen beigelegt, die das Verständnis zu den Sachverhalten veranschaulichen. Mit einem repräsentativen Anhang gewinnt die Studie zudem an Gewicht. Die Beifügung der „Operativen Leitlinie“ von 1987 des damaligen Inspektors

des Heeres im Wortlaut bestätigt die Absicht von Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart, die operativ-taktische Aus- und Weiterbildung von Offizieren des Heeres anzuregen, ebenengerecht zu strukturieren und das operative Denken im Heer zu fördern.

Im Kalten Krieg: Kaum Raum, aber hinlängliche Kräfte

Zu Zeiten des Kalten Krieges hatten die westlichen Korps zum „Operieren“ kaum Raum, aber hinlängliche Kräfte. Nun verfügen sie über den Raum, haben aber zu geringe Kräfte für die Landes- und Bündnisverteidigung infolge der übereilten politischen Entscheidungen bezüglich der Reduzierungen an Personal und Material.

Es ist ein besonderes Verdienst von Oberst a.D. Siegfried Lautsch, das operative Denken, das Wesen der operativen Führungsebene als Bindeglied zwischen Taktik und Strategie dargestellt und die unterschiedlichen Denkansätze anhand der entsprechenden Vorschriften und Leitlinien aus Ost-West-Sicht verglichen zu haben.

Es bleibt zu wünschen, dass die Studie, die in ihrer Klarheit und Verständlichkeit ein Vorstellungs-



vermögen für operative Führung vermittelt, möglichst größte Beachtung findet bei Berufsoffizieren, bei den über Auslandseinsätze entscheidenden Politikern, aber auch bei vielen zivilen Interessenten.

Siegfried Lautsch, Grundzüge des operativen Denkens in der NATO – ein zeitgeschichtlicher Rückblick auf die 1980er Jahre, Miles-Verlag, Berlin 2017, ISBN 987-3-945861, 252 Seiten, zahlreiche Organigramme und Karten in Text, Anhang mit 9 Dokumenten.

Hans-Christian Beck

Aus unserem Programm



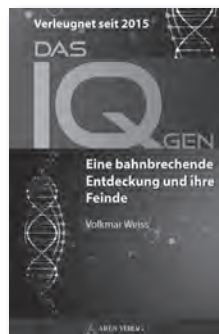
**JETZT
KOSTENLOS PROBEHEFT
ANFORDERN!**



ISBN 978-3-902732-91-0
Werner Bräuninger
DUX
Mussolini oder der Wille zur Macht
458 Seiten,
mit vielen S/W-Bildern, Hc.
€ 34,90



ISBN 978-3-902732-88-0
Stefan Straßer/Georg Zakrajsek
EINBRUCHSCHUTZ, SELBSTVERTEIDIGUNG, HOME DEFENSE
240 Seiten,
durchgehend bebildert, Hc.
€ 29,90



ISBN 978-3-902732-87-3
Volkmar Weiss
DAS IQ-GEN – VERLEUGNET SEIT 2015
Eine bahnbrechende Entdeckung und ihre Feinde
160 Seiten, Hc.
€ 19,95

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at,
www.buchhandlung-stoehr.at

Die Referenten und Autoren der SWG

Konrad Adam, Journalist, Politiker
Prof. Dr. Menno Aden, Wirtschaftsjurist, Autor, Hochschullehrer
Gualterio F. Ahrens, General a. D., Botschafter von Argentinien
Dr. Helmut Allardt, Botschafter a. D.
General a. D. Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur a.D.
Dr. Prinz Asfa-Wossen Asserate, Unternehmensberater, Autor und Analyst
Oberst a.D. Manfred Backerra, Vorsitzender der SWG
Konrad Badenheuer, Publizist
Wolfram Baentsch, Journalist
Prof. Dr. Arnulf Baring, Freie Universität Berlin
Dr. Dirk Bavendamm, Historiker
Generalmajor a. D. Hans-Christian Beck
Wolfram Bednarski, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
Dr. Bastian Behrens, Journalist
Prof. Dr. Dr. Hermann von Berg, Historiker
Günter Bertram, Richter a.D.
Prof. Dr. Fritz Beske, Arzt
Ferdinand Fürst von Bismarck
Dr. Martin Blank, Deutsch-Atlantische Gesellschaft
Wilhelm von Boddien, Unternehmer
Erhard Bödecker, Bankdirektor, Buchautor, Preußenmuseum Wustrau
Dr. phil. Horst Boog, Wiss. Direktor am MGFA, Historiker
Peter Börner, Studiendirektor i.R.
Sigismund Frhr. von Braun, Botschafter a. D.
Prof. Dr. Johann Braun, Passau
Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Historiker
Dr. Jürgen Bruns, Europa Carton A.G.
Prof. Dr. Rainer Buchholtz, Sportwissenschaftler
Dr. Klaus G. Conrad
Dr. Günther Deschner, Historiker und Publizist
Gerhard Detlefs, Leinburg, Publizist
Prof. Dr. Hellmut Diwald, Historiker
Peer Lars Döhnert, Journalist
General a. D. Lothar Domröse
Rolf Dressler, Chefredakteur a. D.
Monika Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte Goslar a.D.

Andreas Ehlers, China-Experte
Stephan Ehmke, Diplom-Pädagoge
Prof. Richard W. Eichler, Kunstgeschichtler
Cord Emmermann
Pfarrer Alexander Evertz
General a. D. Ernst Ferber
Dr. Dr. h. c. Hans Filbinger, Ministerpräsident a. D.
Prof. Dr. Michael Freund, Historiker
Prof. Dr. Gerhard Funke, Universität Mainz
Dr. Alexander Gauland, Parteivorsitzender und Bundessprecher der AfD,
Mathias von Gersdorff, Publizist
Dr. Klaus Goebel, Rechtsanwalt
Döring-Ernst von Gottberg, Vizepräsident der Bundesdruckerei a.D.
Wilhelm von Gottberg MdB, ehem. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
Dr. H. J. Grasmann, Oberstaatsanwalt Dipl. Vw.
Sylvia Green-Meschke, Publizistin
Uwe Greve, Publizist
Horst Gröpper, Botschafter a. D.
Prof. Dr. jur. Klaus Michael Groll, München
Pater Lothar Groppe SJ
Dr. Ing. Jürgen R. Großmann, Unternehmer
Klaus J. Groth, Chefredakteur a. D.
Gen.Lt. a.D. Gert Gudera, Inspekteur des Heeres a.D.
Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel
Dr. Otto von Habsburg, MdEP a.D.
Prof. Dr. Jens Hacker Historiker, Uni Regensburg
Dr.iur Hermann Hagena, Brig.Gen.a.D.
Henry Hallmann; Publizist
Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen
Dr. rer. pol. Eike Hamer von Valier, Wirtschaftswissenschaftler und Autor
Klaus Hammel, Oberst a.D., Autor
Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Wirtschaftswissenschaftler
Brigadegeneral a. D. Helmut Harff
Prof. Jerzy Hauptmann
Hans Heckel, Redakteur Preußische Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Gerd Heinrich, Historiker
General a.D. Adolf Heusinger
Prof. Dr. Friedrich-August Frhr. v. d. Heydte

Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye, Wehrbeauftragter des Bundestages
Peter Hild, wiss. Referent
Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
Dr. med. Horst A. Hoffmann, Kinderarzt
Martin Hohmann, MdB
Prof. Dr. Klaus Hornung, Historiker
Gerhard Hubatschek, Oberst a.D., Verleger
Dr. Rafael Hüntelmann, Publizist
Eugen Hutmacher, Wirtschaftsminister des Saarlandes a. D.
Hans Graf Huyn, MdB
Dr. Richard Jäger, MdB, Bundesminister a. D.
Dr. Hans-Edgar Jahn, Präsident der AG demokratischer Kreise
Lutz Jürgensen, Berater Osteuropa
Bernd Kallina, Dipl.-Pol., Redakteur Deutschlandfunk a.D.
Prof. D. Walter Kaminsky, Universität Hamburg
Josef W. Karaus, Gymnasialdirektor i.R., ehem. Präsident des Dt. Lehrerverbandes
Imad Karim, Regisseur, Drehbuchautor, Fernsehjournalist
Botschafter a. D. Jörg Kastl
Brigadegeneral a. D. Heinz Karst
Hans-Jörg Kimmich, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof
Baden-Württemberg i.R.
Dr. Karl Kindermann, Publizist
Botho Kirsch, Leiter des Russischen Programms a.D. der Deutschen Welle
Kurt Klein, Regierungsdirektor
Manfred Kleine-Hartlage, Sozialwissenschaftler, Publizist
Generalmajor a. D. Gerd-H. Komossa
Dr. Hubertus Knabe, Bundesbeauftragter für die Unterlagen der STASI
Bernhard Knapstein, Landsmannschaft Ostpreußen
Prof. Dr. Hans-Helmut Knütter, Universität Bonn
Dr. Dr. Joachim Körner, Kandidat Hamburger Bürgerschaft
Prof. Dr. Walter Krämer, Vorsitzender Verein Deutsche Sprache
Alfred Krause, Bundesvorsitzender des DBB
Prof. Dr. Martin Kriele Universität Köln
Dr. Hans Kroll, Botschafter a. D.
Gabriele Kuby, Journalistin und Publizistin
Götz Kubitschek, Publizist und Verleger
Detlef Kühn, letzter Präsident des Gesamtdeutschen Instituts Bonn
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Theologe

Dr. Horst Kullak-Ublick, Botschafter a. D.
Prof. Dirk Kunert, Historiker, Universität Johannesburg
Prof. Dr. H. R. Kurz, Eidgenössisches Militärdepartement (EMD)
Prof. Dr. Hermann von Laer
Alexander Lechler, Jena
Hans-Joachim von Leesen, Publizist
Dr. Erik Lehnert, Publizist
Markus Leuschner, Historiker und Referent beim BdV
Alexandra Maria Linder, Journalistin und Übersetzerin
Bernd Lippmann, Historiker
Dr. Stefan Luft, Historiker
Dr. Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol
Dr. Gregor Manousakis, Publizist (Athen)
Dr. Ulrich March, OSt. Dir. a.D.
Dr. Walter Marinovic, Gymn. Professor
Dr. jur. Werner Marx, MdB
Prof. Dr. Werner Maser, Historiker und Völkerrechtler
Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée, Politologe Uni Kiel
Dr. Alfred Mechttersheimer, Sprecher des Friedenskomitees 2000
Dieter Meichsner, Schriftsteller
Prof. Dr. Boris Meißner, Universität Köln
Richard Melisch, Unternehmer, Autor
Günther G. A. Marklein, Direktor Bismarck-Museum Jever
Dr. jur. Erich Mende, MdB, Bundesminister a. D.
Dr. Dietrich Wilhelm v. Menges, Generaldirektor der Gute-Hoffnungshütte AG
Prof. Dr. Rainer Mennel, Berlin
Prof. Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Bundesminister a. D.
Ferdinand Otto Miksche, Militärschriftsteller
Dr. Arnim Mohler, Publizist
Prof. Dr. Klaus Motschmann, Hochschule der Künste Berlin
Dr. Heinz Nawratil, Rechtsanwalt
Henry Nitzsche, MdB
Dr. Wolf Nitschke, Philologe und Historiker
Prof. Dr. Ernst Nolte, Historiker
Dr. med. h. c. F. E. Nord, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Dr. Claus Nordbruch, Literaturwissenschaftler
Dr. Ing. Wolfgang Nowak, MdL
Karl Oberleitner, Sozialwissenschaftler und Publizist

Dipl. Volksw. Werner Obst
Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur von ZUERST
Dr. Dirk W. Oetting, Brig.Gen.a.D.
Ole Olenbostel, ehem. Logistik-Unternehmer, Finanzsanierer
Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Universität Hamburg
Gisa Pahl, Rechtsanwältin
Lucia Gevert Parada, Botschafter von Chile
Dr. Richard Pemsel, Publizist
Heiko Peters, Unternehmer
Jean-Paul Picaper, Publizist
OTL a. D. Konrad Pingel, Historiker
Prof. Dr. Günther Pöschel, Konteradmiral a. D.
Dr. Roger Kusch, Justizsenator a.D. Hamburg
Gisela Poelke, Landesfrauenrat Schleswig-Holstein
Dr. Walter Post, ehem. Universität München
Dr. V. E. Preusker, Bundeswohnungsbauminister
Rüdiger Proske, Journalist
Ulrike Raich
Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb, Universität Siegen
Udo Reinhardt, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof
Prof. Dr. Bolko Frhr. von Richthofen
Frank Riedel MA, Historiker
Manfred Ritter, Landesanwalt a.D. und Publizist
Dr. Walter T. Rix, Literaturwissenschaftler
Dr. habil. Peter Robejsek, Direktor Haus Rissen
Dr. Klaus-Rainer Röhl, Publizist
Prof. Dr. G. Rohrmoser, Universität Hohenheim
Dr. jur. Helmut Roewer, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz
Thüringen a. D.
Dr. Olaf Rose, Germanist
Dr. Peter Sager, Direktor des Ostinstituts Bern
Dr. Rolf Sauerzapf, Kirchenrat und Dekan im BGS a.D.
Dr. Edmund Sawall, Unternehmer
Dr. Wolfgang Schaarschmidt, Autor
Prof. Dr. jur Karl Albrecht Schachtschneider, Staatsrechtler
Dr. Hermann Schäfer, Bundesminister a. D.
Prof. Dr. Wolf Schäfer, Bw-Uni Hamburg

Dr. Stefan Scheil, Historiker
Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, Universität Köln
Dr. Alfred Schickel, Historiker (ZFI)
Prof. Emil Schlee, Ministerialrat a.D.
Prof. Dr. Franz Schlegelberger, Jurist
Dr. jur. Friedrich Wilhelm Schlomann, Publizist
Dr. Jürgen W. Schmidt, Historiker
Wolf Schneider, Journalist
Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps, Universität Erlangen
Prof. Dr. Percy Schramm, Kanzler des Ordens „Pour le mérite“
Dr. Wilhelm Ritter von Schramm, Schriftsteller
Alexander Sosnowski, Korrespondent/Autor Deutsche Welle/Deutschlandradio
Kultur für Rußland/Ukraine
Horst Schüler, Journalist
Heidrun Christine Schüler, Historikerin
Prof. Dr. jur. Erich Schwinge, Universität Marburg (em.)
Prof. Dr. Franz W. Seidler, em. Hochschule der Bundeswehr München
Prof. Dr. jur. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel
Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Selenz, Vorstandssprecher Preussag Stahl AG a.D.
Prof. Dr. Harald Seubert, Philosoph
Elena Skrjabin, Publizistin
Prof. Dr. H.G. Schmitz, Germanist
Ronald F.M. Schrupf, Sozialethiker
Josef Schüßlburner, Jurist, Publizist
Prof. Dr. jur. Theodor Schweisfurth, Emeritus Uni Viadrina
Prof. Dr. Hubert Speidel, Psychotherapeut
Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt a.D.
Reginald Steed, Chefkomentator des Daily Telegraph
Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“
Prof. Dr. Udo Steinbach, Direktor Orientinstitut
Rolf Stolz, Dipl. Psych., Publizist
Peter Streichan, Generalsekretär a.D., Seeheimer Kreis (SPD)
Dr. Carl Gustav Ströhm, Publizist
Prof. Dr. Karl-Ewald Tietz, Emeritus Uni Greifswald
Wolfgang Toerner, Diplom-Pädagoge
Save di Tove, Botschafter von Togo
Dr. jur. Walter Truckenbrodt, Botschafter a. D.
Generalleutnant a. D. Dr. Franz Uhle-Wettler

Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler
Miguel Venegas, Export-Manager, Regioleiter SWG Hamburg
Dr. Wolfgang Venohr, Journalist
Prof. Dr. Michael Vogt, Historiker
Prof. Michael S. Voslensky, Direktor des Forschungsinst. für sowjet. Gegenwart,
München
Lutz Webendorfer, Unternehmensberater
Dr. h. c. H. G. Weber, Oberstadtdirektor a. D., Braunschweig
Prof. Dr. Oskar Weggel, Institut Asienkunde Hamburg
Hugo Welles, Chefredakteur
Reginald Steed, Chefkomentator des Daily Telegraph
Dr. Arno Weiner, Gen.Staatsanwalt a. D.
Dr. Karlheinz Weißmann, Publizist
Rudolf Willeke, Studiendirektor
Prof. Dr. Bernard Willms, Universität Bochum
Willy Wimmer, RA, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Dr. Stefan Winckler, M.A., Publizist
Dr. Klaus W. Wippermann, Redakteur, Publizist
Manuel Wittstock, Historiker
Dr. Wolfgang von Wolmar, Historiker
Dr. Barbara v. Wulffen, München
Dr. jur. et. phil. Alfred Zayas, Historiker, Völkerrechtler
Prof. Dr. Günter Zehm, Philosoph und Publizist
Dr. Ekkehard Zimmermann, Historiker
Dr. Friedrich Zimmermann MdB, Bundesminister a.D.

Aus unserem Programm



ISBN 978-3-99081-004-0
Felix Dirsch/Volker Münz/Thomas
Wawerka (Hg.)
RECHTES CHRISTENTUM?
**Der Glaube im Spannungsfeld von
nationaler Identität, Populismus
und Humanitätsgedanken**
256 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Heute unterstützt die Führung der christlichen Kirchen fast gänzlich die „Flüchtlingspolitik“ der deutschen Regierung. Dahinter steht ein profan-universalistischer Humanitarismus, der die Pflicht des Christen zur Nächstenliebe anmahnt. Dieses aber kann nicht als Begründung dafür dienen, das Gemeinwohl zu schädigen. Der Instrumentalisierung des Glaubens für politische Zwecke setzt der vorliegende Sammelband christlich-rechtskonservative Stimmen mit wohlbe-gründeten Gegenpositionen entgegen.

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at,
www.buchhandlung-stoehr.at

Veranstaltungen der SWG-Hannover im Jahre 2018

Donnerstag, 22. Februar 2018

Herr Dipl.-Politologe Bernd Kallina: „Feindbild Heimatvertriebene – Die Revanchismus-Kampagne gegen den Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Mitglieder“

Mittwoch, 7. November 2018

Herr Cord Emmermann: „Exportweltmeister? - Targetsalden – Was ist unsere Billionenforderung wert?“

Donnerstag, 29. November 2018

Herr Manfred Backerra, Oberst a.D. und Vorsitzender der SWG: „Traditionswürdiges aus der Wehrmacht“

Veranstaltungen der SWG-Regio Schleswig-Holstein im Jahre 2018

Die Regio Schleswig-Holstein traf sich in mehreren Gesprächskreisen zu aktuellen Fragen deutscher und europäischer Politik. Die Suche nach einem geeigneten neuen Treff-Lokal in Kiel dauert noch an.

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

Veranstaltungen der SWG-Regio Hamburg in Jahr 2018

- **Stephan Ehmke**
Welche Drohungen, welche Chancen bringt die neue
Parteien-Konstellation?

Seminartag:

Deutsche Geschichte – Das Eigene, das Besondere

- **Manfred Backerra**
Der eigene Weg zum „Reich der Deutschen“
- **Dr. Stefan Scheil**
Das Alte Reich als deutsche Staatsform – Traditionen und Kontinuitäten
- **Dr. Walter Post**
Das Deutsche Reich von 1871
- **Josef W. Kraus**
Wie man eine Bildungsnation vor die Wand fährt und was Eltern
jetzt wissen müssen
- **Ole Olenbostel**
Bargeldverbot – der Weg in die Enteignung
- **Miguel Venegas**
Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode!
Die Bundesrepublik aus der Sicht eines deutsch gesinnten Ein-
wanderers
- * **Dr. Jürgen W. Schmidt**
Terrorabwehr in Rußland: Beispiel Spezialeinheit ALFA
- **Dr. Walter Post**
Was ist in den USA los, wer regiert?